

# *Stenografischer Bericht*

## **24. Sitzung des Landtages Steiermark**

---

XVII. Gesetzgebungsperiode 21. März 2017

Beginn: 10.03 Uhr

Entschuldigt: Landeshauptmannstellvertreter Mag Schickhofer

**AN. Einl.Zahl 1501/1**

Freier Tagesordnungspunkt (Landtag)

Betreff: *Angelobung einer/eines Abgeordneten*

Wortmeldung: LTAbg. Kolar (4047)

**A. Einl.Zahl 1515/1**

Aktuelle Stunde (§ 71 GeoLT)

Betreff: *Die Steiermark als Gastgeberland der Special Olympics World Winter Games*

Wortmeldungen: LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl (4047), Landesrat Dr. Buchmann (4051), Landesrat Anton Lang (4053), LTAbg. Mag. (FH) Hofer (4055), LTAbg. Cramer (4057), LTAbg. Dipl.-Ing. (FH) Köck (4058), LTAbg. Klimt-Weithaler (4059), LTAbg. Karl Lackner (4060), LTAbg. Krautwaschl (4062), LTAbg. Ederer (4064)

**B1. Einl.Zahl 1527/1**

Anfrage der Frau LTAbg. Krautwaschl an Landesrätin Mag. Kampus  
betreffend „*Zu lange Wartezeiten bei Wohnunterstützung*“

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag. Kampus (4067)

Zusatzfrage: LTAbg. Krautwaschl (4067)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrätin Mag. Kampus (4067)

**D1. Einl.Zahl 1530/1**

Dringliche Anfrage der KPÖ an Landesrätin Mag. Kampus

Betreff: *Hürden bei Kautionsfonds des Landes abbauen*

Begründung der Anfrage: LTAbg. Klimt-Weithaler (4126)

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag. Kampus (4130)

Wortmeldungen: LTAbg. Krautwaschl (4133), LTAbg. Klimt-Weithaler (4135)

Beschlussfassung: (4138)

**M.**

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: *Mitteilungen gem. § 39 GeoLT*

**1. Einl.Zahl 1272/5**

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *Einsparungspotenzial durch „intelligente“ LED-Straßenbeleuchtung*

Wortmeldungen: LTAbg. Hafner (4069), LTAbg. Ahrer (4071), LTAbg. Fartek (4072)

Beschlussfassung: (4073)

**2. Einl.Zahl 1441/2**

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *Beschluss der regionalen Mobilitätspläne RMP Südweststeiermark und RMP Teilregion Voitsberg*

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. Kerschler (4073), LTAbg. Kügerl (4075), LTAbg. Petinger (4077), LTAbg. Gangl (4079), LTAbg. Tschernko, MSc (4080), LTAbg. Dirnberger (4083), LTAbg. Schönleitner (4086)

Beschlussfassung: (4088)

**N1. Einl.Zahl 1336/3**

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Regionen

Betreff: *Anpassung der Bebauungsdichteverordnung*

Wortmeldungen: LTAbg. Petinger (4088), LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (4090)

Beschlussfassung: (4091)

**N2. Einl.Zahl 1337/3**

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Regionen

Betreff: *Ausweitung der Nachbarrechte im Baurecht*

Wortmeldung: LTAbg. Dirnberger (4092)

Beschlussfassung: (4093)

**3. Einl.Zahl 1214/5**

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft

Betreff: *Pestizide müssen reduziert werden!*

Wortmeldungen: LTAbg. Royer (4093), LTAbg. Kolar (4094), LTAbg. Schönleitner (4096),  
LTAbg. Hubert Lang (4099), Landesrat Seitinger (4102)

Beschlussfassung: (4106)

**4. Einl.Zahl 1325/3**

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Prüfbericht zu Querschnittsprüfung - Errichtung von geförderten  
Seniorenwohnheimen*

Wortmeldung: LTAbg. Mag. (FH) Hofer (4107)

Beschlussfassung: (4108)

**5. Einl.Zahl 1279/5**

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft

Betreff: *Schulskikurs-Offensive für das Schuljahr 2017/18*

Wortmeldungen: LTAbg. Cramer (4109), LTAbg. Hartleb (4109), LTAbg. Royer (4111),  
LTAbg. Mag. Dr. Dolesch (4113), LTAbg. Kolar (4115), Landesrat Dr. Buchmann (4117)

Beschlussfassung: (4118)

**6. Einl.Zahl 1483/3**

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Europa

Betreff: *Europäische Auffanglager bzw. Schutz zonen unterstützen*

Wortmeldung: LTAbg. Amesbauer, BA (4119)

Beschlussfassung: (4121)

**7. Einl.Zahl 1440/2**

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *Landtag Steiermark Landtagsbeschluss Nr. 326 EZ: 1064/3 betreffend „Zentrales Infrastrukturprojekt zur Entwicklung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes Steiermark: Pyhrn-Schober-Achse“*

Wortmeldungen: LTAbg. Ahrer (4121), LTAbg. Schönleitner (4123), LTAbg. Gangl (4124)

Beschlussfassung: (4125)

**Präsidentin Dr. Vollath:** Ich bitte die Plätze einzunehmen, damit wir mit der Sitzung beginnen können.

Hohes Haus! Es findet heute die 24. Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, alle Zuseherinnen und Zuseher hier in unserem schönen Sitzungssaal, aber auch jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze und die heute anwesenden Mitglieder des Bundesrates.

Entschuldigung für die heutige Sitzung liegt mir keine vor.

Sehr geehrte Abgeordnete, die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das sehe ich nicht.

Wir beginnen mit einem Punkt, der nicht so oft während der Sitzungsperiode vorkommt. Wir kommen zur Angelobung einer Abgeordneten zum Landtag Steiermark.

Frau LTAbg. Ing. Sabine Jungwirth hat mit Ablauf des 20. März 2017 ihr Mandat als Abgeordnete zum Landtag Steiermark zurückgelegt.

Für die Besetzung dieses nunmehr freigewordenen Mandates wurde von der Landeswahlbehörde Frau Dipl.-Ing. (FH) Lara Köck in den Landtag Steiermark berufen. Frau Dipl.-Ing. (FH) Lara Köck ist heute erschienen und kann daher die gemäß Art. 13 Abs. 3 L-VG in Verbindung mit § 7 Abs. 2 GeoLT vorgeschriebene Angelobung leisten.

Ich ersuche die Schriftführerin, LTAbg. Gabriele Kolar, die Angelobungsformel vom Rednerpult aus zu verlesen, worauf Frau Dipl.-Ing. (FH) Lara Köck mit den Worten „Ich gelobe“ die Angelobung zu leisten hat.

**LTAbg. Kolar – SPÖ (10.05 Uhr):** Ich gelobe unverbrüchliche Treue zur Republik Österreich und zum Lande Steiermark, dann stete und volle Beachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung der Pflichten.

**Dipl.-Ing. (FH) Köck – Grüne:** Ich gelobe. *(Allgemeiner Beifall – 10.06 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** LTAbg. Dipl.-Ing (FH) Laura Köck, ich begrüße Sie ganz herzlich im Landtag Steiermark. Ich darf Sie einladen Ihren Sitzplatz hier im Landtag einzunehmen. Seien Sie herzlich willkommen im Hohen Haus.

Wir fahren fort mit einer Aktuellen Stunde: Vom Landtagsklub der ÖVP wurde am Donnerstag, dem 09. März 2017 ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde betreffend „Die Steiermark als Gastgeberland der Special Olympics World Winter Games“ eingebracht. Gemäß § 71 GeoLT wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet. Zur Begründung erteile ich Frau Klubobfrau LTAbg. MMag. Barbara Eibinger-Miedl das Wort.

**LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl – ÖVP (10.07 Uhr):** Danke, Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte neue Kollegin und meine sehr geehrten Damen und Herren im Zuschauerraum und auch im Internet!

Der Geist von Special Olympics hat die Steiermark erreicht. Ich denke, die meisten von uns Kolleginnen und Kollegen haben am Samstag die beeindruckende Eröffnung entweder live oder auch im Fernsehen miterlebt. Ich denke, es hätte keinen schöneren Auftakt geben können, als heute die Olympia-Fanfare der Militärmusik auch dazu zu hören und für die Militärmusik auch ein herzliches Dankeschön seitens meiner Fraktion. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Ja, der olympische Geist ist bereits zum zweiten Mal jetzt in der Steiermark eingezogen. Wir konnten bereits 1993 hier die Gastgeberrolle einnehmen. Damals noch gemeinsam mit Salzburg, diesmal sind es rein steirische Spiele, wenn man so sagen kann, nämlich mit den drei Austragungsorten Graz, Schladming und Ramsau. Die Steiermark nimmt damit eine herausragende Rolle ein in der Geschichte von Special Olympics. Bevor ich darauf näher eingehe, aber kurz zu dieser Geschichte, die, wie ich meine, schon bemerkenswert ist. Es ist nämlich gut 50 Jahre her, dass eine sehr engagierte Frau, Eunice Kennedy Shriver, diese ins Leben gerufen hat und damit Integration durch Sport ermöglicht hat. Wenn man sich überlegt, Ende der 60-er Jahre, wie es da mit Integration noch ausgesehen hat – auch bei uns aber auch in den USA –, dann war sie wirklich eine Pionierin, der höchsten Respekt und Anerkennung dafür auszusprechen ist. Sie hat damit etwas Wunderbares, Nachhaltiges geschaffen, denn es sind weltweit 4,5 Millionen Athletinnen und Athleten in 175 Ländern dieser Erde bei Special Olympics dabei und engagiert. Ich hatte das Glück am vergangenen Samstag auch dabei zu sein, als in Schladming das Olympische Feuer eingelangt ist, das übrigens begleitet wurde von vielen Polizistinnen und Polizisten, und auch von Polizeischülern, die hier sehr gerne bei dieser Aktion mitgemacht haben. Ich habe dort, das war am späten Vormittag, auch miterleben können, wie eine kanadische Athletin erzählt hat, wie die Special Olympics ihr Leben verändert haben. Sie hat sich immer etwas als Außenseiterin gefühlt und hat dann durch Special Olympics beim Training in einem Team richtig wie in einer Familie Wertschätzung, Respekt und Anerkennung erfahren können. Ich muss Ihnen sagen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr berührend dieser Bericht und ich kann Ihnen allen nur wünschen, wenn Sie es zeitlich schaffen, dass Sie bei der einen oder anderen Veranstaltung auch dabei sind und diesen Geist von Special Olympics auch selbst ein wenig einatmen können. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Die Mitglieder der Landesregierung haben das bereits getan. Ich habe auch Kollege Lackner, Kollege Schönleitner, auch Kollege Royer in Schladming schon treffen können. Ich denke, es ist auch wichtig, dass wir seitens der Landespolitik hier ein klares Zeichen setzen, weil diese Special Olympics World Winter Games ein Zeichen dafür sind, dass Inklusion und Integration bei uns in der Steiermark einen

sehr hohen Stellenwert haben. Österreich und die Steiermark, habe ich eingangs schon erwähnt, nehmen hier eine herausragende Rolle ein und ich möchte jetzt noch kurz erläutern warum. Und zwar waren wir 1993 das erste Land außerhalb der Vereinigten Staaten, wo die Special Olympics World Winter Games stattgefunden haben. Und wir sind jetzt, heuer, 2017 die erste Region, wo die Special Olympics World Winter Games ein zweites Mal stattfinden. Meine geschätzten Damen und Herren, das ist keine Zufälligkeit. So etwas passiert nur durch außerordentliches Engagement von Persönlichkeiten. In der Steiermark hängt das ganz stark mit einer Person zusammen, nämlich mit dem von uns geschätzten Hermann Kröll. Er war langjähriger Bürgermeister in Schladming, er war Abgeordneter dieses Hauses. Er war auch Abgeordneter im Nationalrat und er war lange, lange Zeit Präsident von Special Olympics Österreich, wo er bis zum Schluss – auch von schwerer Krankheit gezeichnet – dafür gekämpft hat und eingestanden hat, dass wir diese Special Olympics wieder in der Steiermark austragen dürfen und dafür gebührt unser aller Respekt, Dank und Anerkennung. *(Allgemeiner Beifall)* Ich habe es auch als sehr schön empfunden, dass Hermann Kröll wirklich bei jeder einzelnen Ansprache, ob es bei dem Pre-Opening war, ob es bei der Haupteröffnung war oder auch am Rande, er wurde wirklich überall erwähnt, und das zu Recht, das war ein wirklich sehr schönes Zeichen. Und er hat einen guten Nachfolger, den jetzigen Bürgermeister von Schladming, Jürgen Winter, gefunden, der als Präsident der Special Olympics Österreich sein Werk, also das Werk von Hermann Kröll, erfolgreich weiterführen konnte. Aber es gehören immer viele, viele andere Persönlichkeiten auch dazu, um so etwas überhaupt umsetzen zu können. Ich denke da jetzt etwa auch an das Host Town Programm, wo bereits Tage vor der Eröffnung die internationalen Delegationen in die Steiermark eingeladen wurden, und wo wir als Gastgeber unser Land präsentieren konnten. Hier haben sich viele Persönlichkeiten, Firmen und Institutionen eingebracht, beispielsweise sämtliche Rotary-Clubs der Steiermark, auch der Lions-Club, Unternehmen wie Austria Microsystems Unterpremstätten oder AVL List, um nur wenige herauszunehmen. Organisationen wie WIKI, weil Kollege Bernhard Ederer hier auch eine Delegation empfangen hat, und viele, viele Gemeinden und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus allen Fraktionen, die sich hier wirklich toll engagiert haben, um die Steiermark als Gastgeberland entsprechend auch zu repräsentieren und auch dafür ein herzliches Dankeschön an Sie alle. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ, der KPÖ und den Grünen)* Neben dem Host Town Programm geht es natürlich auch um die Betreuung unserer Gäste vor Ort und da haben sich über 3.000 Freiwillige gefunden, die sich hier ehrenamtlich zur Verfügung stellen, um vor Ort

zu begleiten. Da sind unterschiedlichste Persönlichkeiten dabei, die man auch vor Ort treffen konnte, sei es die Wirtin bei mir aus Graz-Umgebung, die sich hier einige Tage freinimmt oder ein großer Firmenchef oder die junge Psychologin, die eigentlich jeden Tag in der Praxis stehen sollte, um sie aufzubauen. All diese Persönlichkeiten nehmen sich viele Tage ehrenamtlich frei und stehen zur Verfügung, um dabei zu sein, um diesen Geist von Special Olympics auch zu erleben. Es sind unglaubliche Dimensionen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die wir im Rahmen dieser Spiele in der Steiermark erleben dürfen. Es sind 2.700 Athletinnen und Athleten aus über 100 Nationen momentan in der Steiermark. Sie werden begleitet von 1.100 Trainerinnen und Trainern, 5.000 Familienmitgliedern, es sind 1.200 Netzwerkpartnerinnen und –partner da und 800 bis 1.000 Medienvertreterinnen und –vertreter hier in der Steiermark. Das heißt, dass neben dem bereits angesprochenen sozialen und inklusiven Aspekt, die Special Olympics auch eine starke touristische und wirtschaftliche Bedeutung für unser Land haben. Ich darf daher im Anschluss Landesrat Christian Buchmann bitten, auf diesen Aspekt näher einzugehen. Es ist aber auch sportlich bedeutsam, denn neben dem sozialen und integrativen Charakter muss man schon klar sagen, welche hervorragende sportliche Leistungen dort von den Athletinnen und Athleten auch erbracht werden. Es finden viele, viele Wettkämpfe statt und es gibt in Summe über 1.000 Siegerehrungen, die auch hier bestritten werden und daher darf ich im Anschluss Sportlandesrat Anton Lang bitten, diesen Aspekt auch näher zu erläutern. Insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, können wir froh und stolz sein, diese Special Olympics ein zweites Mal in der Steiermark abhalten zu können und ich bitte Sie, lassen wir diesen Geist von Special Olympics nicht nur bis 25. März dieses Jahres, sondern auch nachhaltig in der Steiermark wirken. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ, KPÖ und den Grünen – 10.16 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Bevor ich nun den für zuständig erklärten Regierungsmitgliedern das Wort erteile, darf ich eine Begrüßung vornehmen. Und zwar begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der Fachschule für Land- und Ernährungswirtschaft Maria Lankowitz – St. Martin unter der Leitung von Frau FOL Elfriede Kneihsl, Frau Dipl.-Päd. Ing. Ingrid Fröhwein, Frau FOL Helga Gert-Winterleitner und Frau Dipl.-Päd. Ing. Sabine Steirer. Herzlich willkommen in Landtag. *(Allgemeiner Beifall)*



Zur Abgabe der ersten Stellungnahme erteile ich dem als zuständig bezeichneten Regierungsmitglied Landesrat Dr. Christian Buchmann das Wort. Nachdem mehrere Regierungsmitglieder sprechen, beträgt deine Redezeit fünf Minuten.

**Landesrat Dr. Buchmann – ÖVP (10.17 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierung, des Landtages und des Bundesrates, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich beim Landtagsklub der ÖVP sehr herzlich für diese Aktuelle Stunde und für die Begründung dieser Aktuellen Stunde bei Klubobfrau Barbara Eibinger-Miedl bedanken. Es ist in der Tat etwas ganz Besonderes, was wir in diesen Tagen in der Steiermark mit den Special Olympics erleben. Es gibt aber auch der Anlass dieser Welt Winter Spiele die Möglichkeit insgesamt auf die Steiermark als Wirtschafts- und Tourismusland zu blicken und einige Fakten anzusprechen. Die Steiermark hat in den vergangenen Jahren eine echte Erfolgsgeschichte im Tourismus geschrieben. Mit ein Grund für diese Erfolgsgeschichte, neben der Schönheit unserer Landschaft, Kulinarik, die wir zu bieten haben, der Herzlichkeit der Menschen, sind es auch Großveranstaltungen, die in der Steiermark stattfinden. Ich möchte beispielhaft die Alpine Skiweltmeisterschaft des Jahres 2013 erwähnen, und weil es dieser Tage auch in den Medien war, dass unser größtes steirisches Freizeitunternehmen, die Planai-Hochwurzen-Bahnen auch künftig kräftig investieren wollen, hat dieser Event beispielsweise im Jahr 2013 eine Umsatzsteigerung bei unseren Planai-Bahnen von 29,8 % gebracht. Der Cashflow ist um über 70 % angestiegen und der Gewinn des Unternehmens konnte mit der WM auf 4,8 Millionen Euro verfünffacht werden. Der Gesamtjahresumsatz stieg in der Saison 2015/16 erstmalig auf über 40 Millionen Euro und wird in der laufenden Saison noch übertroffen werden. Wir haben aber auch die Snowboard-WM im Jahre 2015 am Kreischberg durchgeführt. Auch diese Veranstaltung hat Menschen aus der ganzen Welt zu uns in die Steiermark gebracht. Über 50.000 Fans waren bei den Bewerben, bei den Trainings und den Side-Events live dabei. 350 Journalisten aus 19 Nationen waren vor Ort. Der ORF hat 54 Stunden von dieser WM berichtet und die Gesamtseherzahl waren 18,6 Millionen Menschen. Alleine in Deutschland waren bei den Übertragungen von ZDF und ARD insgesamt 22,6 Millionen Seher mit dabei und haben damit die Schönheit der Steiermark frei Haus in ihre Wohnstuben berichtet bekommen und Lust gemacht auf Urlaub in der Steiermark. Oder denken Sie daran, es war ein langer Weg, um die Bewilligungen zu

erlangen, aber mit der Wiedererrichtung des seinerzeitigen Österreich-Rings, des heutigen Red Bull Rings, ist es ebenfalls gelungen, viele, viele Menschen für die Steiermark zu begeistern, die motorsport- oder flugsportaffin sind. Und wenn Sie alleine die zehn größten Veranstaltungen des Red Bull Rings sich vor Augen führen, vom Motorrad Grand Prix über die Formel 1, die Deutsche Tourenwagenmeisterschaft oder auch das Air Race, dann sind immerhin eine zusätzliche Wertschöpfung von 72 Millionen Euro entstanden. Damit konnten 19 Millionen Euro beispielsweise durch die Formel 1 generiert werden und die Motorrad GP hat es mit 23 Millionen sogar noch getoppt. Dieser Tage dürfen wir eine ganz besondere Veranstaltung in der Steiermark zum zweiten Mal, Barbara Eibinger-Miedl hat es angesprochen, nach 1993 in unserem Bundesland begrüßen, und diejenigen, die bei der Eröffnung, diejenigen, die bei den Veranstaltungen, wie der Herr Landeshauptmann oder der Herr Bundespräsident oder auch ich und viele andere in Rohrmoos miterleben durften, am vergangenen Sonntag dabei waren, diesen Spirit erleben können, wenn man in die Gesichter der Athletinnen und Athleten blickt, wenn man sieht, wie sich Familienmitglieder gemeinsam mit dem Athleten freuen, die mit besonderen Lebensumständen fertig werden müssen, dann spürt man, dass das in der Tat eine Veranstaltung ist, die den Herzschlag von uns allen, glaube ich, beschleunigt, die uns alle berührt und auch in manchen Situationen des Lebens anrührt. Ich habe es sehr schön gefunden, dass in der offiziellen Unterlage dieser Special Olympics als Spirit für die World Winter Games zu lesen ist: „Dass wir es tun, weil wir Blicke auch auf uns und unser Tun ziehen wollen und Blickwinkel in der Gesellschaft verändern wollen. Wir tun es um zu sensibilisieren, Barrieren abzubauen und Zugänge zu öffnen und wir tun es, weil wir gerne unser Glück teilen und uns von diesen Menschen reich beschenkt fühlen - durch deren Dankbarkeit, Wertschätzung und herzhaft Begegnungen.“ Und wenn Sie gestern am Abend in der Oper dabei waren als der Herr Landeshauptmann und der Grazer Bürgermeister gemeinsam mit dem Präsidenten von Special Olympics Österreich zu einem Kulturevent geladen haben, dann glaube ich, haben Sie auch ein Stück dieser Leidenschaft, dieser Emotion mit gespürt, was in dieser Familien-Special-Olympics im Gange ist. Es ist aber nicht nur diese gesellschaftliche Bedeutung, es ist auch eine wirtschaftliche Bedeutung, die hinter diesem Event steht und ich darf, nach dem die Zeit schon gleich aus ist, nur darauf hinweisen, dass die zusätzliche Wertschöpfung, die die FH Campus O2 für diese Special Olympics für die Steiermark errechnet hat, bei 37 Millionen Euro liegt, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen auf rund vier Millionen geschätzt werden und dass wir in den Regionen der Veranstaltungsorte zwischen 80.000 und 100.000 zusätzliche Nächtigungen

haben werden. In dieser Special Olympics Bewegung ist, möchte man sagen, Musik drinnen. Es ist ein Gesamtkunstwerk, das berührt und gleichermaßen wirtschaftlichen Nutzen stiftet. Nichts Schlechteres soll uns in diesem Land passieren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.22 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Zur Abgabe der zweiten Stellungnahme erteile ich jetzt Landesrat Anton Lang das Wort. Auch deine Redezeit beträgt fünf Minuten.

**Landesrat Anton Lang – SPÖ (10.23 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Landesregierung, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Sport-Landesrat ist es für mich schon etwas ganz Besonderes, dass wir bereits, wie schon heute angeführt, zum zweiten Mal diese Special Olympics World Winter Games in der Steiermark austragen dürfen. Und neben den von Kollege Buchmann erwähnten, sehr eindrucksvollen Werten und der Bedeutung für Wirtschaft und Tourismus in der Steiermark, sehe ich vor allem auch den Wert der Winterspiele für unsere Gesellschaft und für den Sport in der Steiermark. Denn mit diesen Special Olympics World Winter Games soll mit dem Sport vor allem die Akzeptanz von Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung in der Gesellschaft verbessert werden. Und ich weiß aus eigener Erfahrung, wie bedeutend sportliche Veranstaltungen und Bewerbe für diese Menschen sind. Ich war gestern Nachmittag in der Grazer Messehalle, ich war in der Stadthalle und im Liebenauer Eisstadion, und es war einfach fantastisch und schön dabei zuzusehen, wie sie ihren Sport ausüben und mit welcher besonderen Freude die Athletinnen und Athleten hier an die Sache heran gehen und vor allem die Ausstrahlung, die sie dabei haben, und vor allem eine ehrliche und offene Art. Das ist einfach eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Aber auch aus sportlicher Sicht sind diese Spiele äußerst beeindruckend. Es wurde schon angeführt, dass mehr als 2.700 Athletinnen und Athleten aus mehr als 100 Nationen teilnehmen und sich in sportlichen Disziplinen messen. Um allen Sportlerinnen und Sportler hier die gleichen Chancen zu ermöglichen, werden jeweils in den einzelnen Sportarten Vorbewerbe und Hauptbewerbe in Gruppen durchgeführt und auf Basis dieser Ergebnisse der Vorbewerbe treten die Athletinnen und Athleten dann zu den Hauptbewerben an. Neben den offiziellen Sportdisziplinen wie Floorball, Floor Hockey, Stocksport, Eiskunstlauf, Eisschnelllauf, Ski Alpin, Snowboard, Langlauf und Schneeschuhlauf, wird aber, und das ist sehr bemerkenswert, mit dem World Dance Contest ein weiterer beeindruckender Bewerb in Graz stattfinden. Nach der Premiere

in Los Angeles im Jahr 2015 bei den Welt Sommer Spielen ist also hier in Österreich, in der Steiermark dieser Bewerb zum zweiten Mal an der Reihe. Unser Team, das Team aus Österreich, besteht aus 321 Sportlerinnen und Sportler. Was aber auch sehr, sehr wichtig ist, ist das, dass durch diese Special Olympics World Winter Games das Thema der Inklusion in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht wird und dass der Sport verbindet. Bei dieser internationalen Veranstaltung kommt dies besonders zu Tage. Ein wesentlicher Punkt ist die Vielzahl an Programmen, die von Special Olympics rund um die Winterspiele organisiert und initiiert wurden – beispielsweise das Host Town Programm in der Steiermark. Ich möchte aber heute bei dieser Gelegenheit auch erwähnen, dass das Land Steiermark bereits seit Jahren eine Vorreiterrolle zum Thema Inklusion und Verbesserung für Menschen mit Beeinträchtigung übernommen hat. Unter Federführung meiner Kollegin, Landesrätin Doris Kampus, wurden bereits viele Maßnahmen des Aktionsplanes u.a. auch in diesem Teilbereich umgesetzt. Beispielsweise ist das Modell Inklusionssport in der Steiermark österreichweit führend. Die sogenannten Schulprogramme bilden in der Ausrichtung der Winterspiele einen wesentlichen Teilbereich und der Fokus dieser Maßnahmen liegt in der Nachhaltigkeit. Unter anderem ist es das Ziel, dass es zu regelmäßigen Kontakten von Menschen mit und ohne Behinderung kommt. Auch in der Sportstrategie 2025, die gemeinsam hier in der Steiermark mit dem organisierten Sport erarbeitet wurde, ist ein wichtiger Grundsatz in Bezug auf Menschen mit Behinderung verankert. Ein besonderes Anliegen des organisierten Sports ist es, Menschen mit Behinderung in Bezug auf Sport- und Bewegungsangebote zu unterstützen. Und vor allem ist es wichtig, für diese Zielgruppe optimale Bedingungen für die aktive sportliche Betätigung zu schaffen. Die Leistungen dieser Athletinnen und Athleten müssen bestmöglich unterstützt und adäquate Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, um auch die öffentliche Wahrnehmung dieser Zielgruppe zu steigern und die Anerkennung zu erhöhen. In der vorigen Woche wurde daher auf meine Initiative vom Landessportrat ein weiterer Sportausschuss zum Thema Behindertensport eingerichtet. Der Fokus dieses Ausschusses soll auf der Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigung im Breiten-, aber auch im Spitzensport liegen. Dazu soll der organisierte Sport in der Steiermark, das sind unsere Verbände und Vereine, zentrale Aspekte beleuchten, Schnittstellen aufzeigen und Lösungen erarbeiten, um das Angebot von Menschen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen weiter zu verbessern. Ich komme schon zum Schluss: Als Sport-Landesrat ist es mir wichtig, dass alle Steirerinnen und Steirer – unabhängig vom Alter, Geschlecht, sozialem Hintergrund, mit körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung – Zugang zum Bewegungs- und

Sportangebot haben. Denn neben dem gesundheitlichen Aspekt der Sportangebote in den örtlichen Vereinen hat der Sport auch einen großen Einfluss auf das soziale Miteinander in unserer Gesellschaft. Abschließend möchte ich mich noch einmal bei Special Olympics und bei den mehr als rund 3.000 freiwilligen HelferInnen für den großartigen Einsatz bedanken. Dieser Einsatz und dieses Engagement sind nicht selbstverständlich und tragen zu einem sozialen Miteinander in unserer Gesellschaft bei. Persönlich darf ich Sie noch einladen, wenn Sie Zeit haben, besuchen Sie diese Spiele in der Steiermark. Danke. *(Beifall bei der SPÖ, ÖVP und Grüne – 10.30 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Auch die Redezeit der weiteren Rednerinnen und Redner in der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten. Die Redezeit von weiteren Mitgliedern der Landesregierung ist auf die Redezeit jenes Klubs anzurechnen, dem sie angehören. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Stefan Hofer von der SPÖ.

**LTabg. Mag. (FH) Hofer – SPÖ (10.30 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, geschätzte Landesräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sport in all seinen Facetten trägt maßgeblich zur Integration von Menschen in die Gesellschaft bei und hat eine unglaublich verbindende Wirkung. 1962 war es die Schwester des US Präsidenten John F. Kennedy, Eunice Shriver, die, beeinflusst von ihrer behinderten Schwester Rosemarie, Special Olympics ins Leben rief. Seitdem hat diese besondere Initiative die Welt erobert. Mit Special Olympics erfährt der olympische Gedanke eine besondere Erfüllung. Special Olympics sind ein sichtbares Zeichen für Inklusion und für mehr Lebenschancen. Sie zeigen uns, dass es mehr solidarisches Miteinander statt neiderfühltem Nebeneinander, mehr Menschlichkeit, Vielfalt, Offenheit und Respekt in unserer Welt braucht. Special Olympics verändert unsere Gesellschaft und beseitigt Barrieren. Durch dieses beispielhafte Sozialprojekt lernt man, was im Leben wirklich wichtig ist. Hermann Kröll, der Motor von Special Olympics in Österreich, meinte einmal: „Special Olympics ist ein Impuls, ein Signal und ein Herzschlag für christliche Nächstenliebe und soziale Verantwortung im Wege des Sports.“ Die Stars von Special Olympics sind die Sportlerinnen und Sportler selbst. Mit Charme, menschlicher Wärme, Herzlichkeit und Lebensfreude berühren uns die Athletinnen und Athleten von Special Olympics in besonderer Art und Weise. Voll Freude, Hoffnung und Mut zeigen Sie uns mit viel Kraft, Ausdauer und Zielstrebigkeit welche Talente

in ihnen stecken. Sie haben sich intensiv auf die Spiele vorbereitet und stehen einmal in ihrem Leben im Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Man kann sich gar nicht vorstellen, wie groß die Motivation und Begeisterung für diese Menschen sein muss. Die Ehrlichkeit und die wahre Freude, die diese Menschen ausstrahlen, sind sehr berührende Erlebnisse. Sie sind wahre Vertreter der Menschlichkeit. 1993 fanden die ersten Special Olympics Winterspiele außerhalb der USA, in Österreich, in Salzburg und in Schladming statt. Nach 1993 werden die Spiele nun zum zweiten Mal in Österreich, in Graz, Schladming und Ramsau ausgetragen. Bis 25. März werden 2.700 Athletinnen und Athleten aus 105 Nationen mit ihren Trainerinnen und Trainern, Helferinnen und Helfern, Familienmitgliedern und Freunden in neun Sportarten daran teilnehmen. Ein großer Dank geht hierbei an den Verein Special Olympics Österreich mit Bürgermeister Jürgen Winter an der Spitze. Aber auch die vielen Gemeinden und Regionen, die im Host Town Programm interessante Kennenlernprogramme für die Athletinnen und Athleten organisierten und so die österreichische Kultur, Lebensweisen und Tradition präsentieren. Die Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen von „CoolSchool“ diverse Projekte und Veranstaltungen für Special Olympics in ihren Schulen bzw. im Rahmen der Mission 3000 umsetzten oder auch die zahlreichen Polizistinnen und Polizisten, die sich beim Fackellauf beteiligten, sind Teil der riesigen Familie der Special Olympics. Auch meine Gemeinde hat im Rahmen des Host Town Projektes an Special Olympics mitgewirkt und eine Delegation aus Schweden drei Tage lang betreut. Ich muss sagen, ich bin unglaublich dankbar über diese Begegnungen. Es ist für mich immer ein persönlicher Gewinn gewesen und wird ein unvergessliches Erlebnis bleiben. Special Olympics öffnet eben wahrlich Herzen. Special Olympics darf aber kein spektakuläres Einzelereignis bleiben, sondern muss uns dazu anleiten, Menschen mit Handicap einen gleichberechtigten gesellschaftlichen Zugang zu ermöglichen, damit sie ein Leben führen können wie andere auch, im Mittelpunkt der Gesellschaft. Und getreu dem Motto: „Let me win, but if I cannot win let me be brave in the attempt“, wünsche ich unfallfreie und interessante Sportbewerbe. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP - 10.35 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Die nächste Wortmeldung ist vom Abgeordneten Christian Cramer von der FPÖ.

**LTabg. Cramer – FPÖ (10.35 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der steirischen Landesregierung, meine lieben Abgeordneten-Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Zuhörer zuhause vor dem Livestream!

Die Special Olympics sind vergangenen Samstag eröffnet worden, zum zweiten Mal, wie man gehört hat hier in der Steiermark und es ist eine ganz großartige Sache, dass jene Menschen, jene Personen, jene Mitglieder der Gesellschaft, die ansonsten nicht im Scheinwerferlicht stehen, sondern eher abseits der Gesellschaft, und das nur deshalb, weil sie in ihrem Leben, möglicherweise gleich am Anfang bei der Geburt, nicht das Glück hatten, das uns allen zuteil wurde, gesund auf die Welt zu kommen. Jene Menschen haben oft das Problem, dass sie zwar mentale Defizite haben aber nicht so große, dass sie nicht merken würden, dass sie Defizite haben und selbst sehr darunter leiden, weil sie sich schwer tun, irgendwo intellektuell Anerkennung zu finden oder eben irgendwo einmal der Star sein zu dürfen. Jene Wettbewerbe, die großartig sind, die jetzt hier in der Steiermark stattfinden, geben jenen Leuten die Möglichkeit, auch einmal zu Recht und mit vollem Stolz im Mittelpunkt stehen zu dürfen und etwas als Erfolg, als Sieg darstellen zu können. Und im größten Teil ist es der Sieg über sich selbst. Dieser Wettbewerb stellt aber nicht nur jene Sportler vor eine Aufgabe, sondern stellt auch uns alle vor die Aufgabe, uns selbst so weit zu bringen, dass wir diese Personen auch, wenn es keinen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder politischen Event gibt, genauso im Mittelpunkt zu sehen, so zu akzeptieren wie sie sind, weil sie ja nichts dafür können, dass sie so sind und dass man sie so anerkennt. Mrs. Shriver, die Schwester vom Präsidenten John F. Kennedy, hat mit mir etwas gemein, was aber natürlich eine Tragik ist einerseits, weil ich habe auch, zwar nicht eine Schwester, sondern eine Nichte, die mental behindert ist und die an diesen Wettbewerben teilnimmt - im Eisschnelllauf, Katharina. Ich nutze hier die Gelegenheit, ihr für diese kommenden Wettbewerbe – sie hat gestern im Vorentscheid gewonnen – vom Pult aus beide Daumen zu drücken. Ich werde sie morgen bei einem Vorentscheid selbst anfeuern und würde mich freuen, wenn das viele, viele von Ihnen auch tun würden. Eines ist entscheidend im Leben, da gibt es einen schönen Satz von de Saint-Exupéry im „Der kleine Prinz“: „Man sieht nur mit dem Herzen gut. Das Wesentliche bleibt für die Augen unsichtbar“. Herzlichen Dank. (*Allgemeiner Beifall – 10.40 Uhr*)

**Präsidentin Dr. Vollath:** Die nächste Wortmeldung ist von der Abgeordneten Dipl.-Ing. Lara Köck von den Grünen.

**LTabg. Dipl.-Ing. (FH) Köck – Grüne (10.40 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher, liebe Schülerinnen und Schüler!

Ich möchte mich zu allererst bei Ihnen bedanken. Diese Aktuelle Stunde ist für mich ein sehr schöner Start in meiner Zeit als Abgeordnete. Dieses Event ist ein tolles Fest. Es ist ein Fest für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und genau das durfte ich auch am Sonntag miterleben, wie ich beim Eiskunstlaufwettbewerb in der Eishalle Liebenau zuschauen war. Es hat mich irrsinnig beeindruckt, wie sich die Athletinnen und Athleten da reingehaut haben, wie sie voller Elan einfach ihr Bestes gegeben haben. Und auf der anderen Seite hat es mich auch sehr berührt und beeindruckt, wie das Publikum reagiert hat. Sie haben die Athletinnen und Athleten zu jedem Zeitpunkt unterstützt, haben sie bejubelt und beklatscht. Es war ein irrsinnig schöner Moment des Zusammenhalts und in Zeiten wie diesen sind diese Momente total wichtig. In Zeiten wie diesen, wo versucht wird, auseinanderzudividieren, wo versucht wird, Keile zwischen uns zu treiben, wo uns eingeredet wird, dass der Kleingeist und der Nationalismus siegen werden, ist so eine Veranstaltung unfassbar wichtig. Hier stehen Menschen im Mittelpunkt, die sonst in ihrem alltäglichen Leben nicht das bekommen, was ihnen zusteht. Und ihnen steht genau das Gleiche zu, wie mir, wie Ihnen, wie uns allen. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Geschwisterlichkeit begegnen. Jetzt fragen Sie sich vielleicht: „Wie passt das jetzt zusammen, was ist da jetzt der Zusammenhang mit den Special Olympics?“ Aber es geht genau um das. Es geht genau darum, dass wir alle die gleichen Rechte haben, dass wir alle gleich viel wert sind, egal wo wir herkommen, egal wie wir ausschauen, egal welche besonderen Bedürfnisse jemand hat. Und es ist unser Auftrag, wir Politikerinnen und Politiker müssen uns mehr in Erinnerung rufen oder noch lauter ins Gedächtnis rufen, dass wir diese Rahmenbedingungen schaffen müssen, dass wir unser Möglichstes tun müssen, dass alle Menschen gleichbehandelt werden. Es sind 2.5000 Sportlerinnen und Sportler aus 105 unterschiedlichen Nationen bei uns zu Gast, in unserer Heimat, in unserer Steiermark. Und sie lernen die Steirerinnen und Steirer als ein offenes, modernes und empathisches Volk kennen. Und unsere Gäste machen uns auch dazu. Dieses Event kann und soll uns zu einer toleranteren Gesellschaft machen. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir es geschafft haben, dieses große Zeichen der Hoffnung in die Steiermark zu holen. Ich habe schon zu Beginn gesagt, die Special Olympics sind für mich ein wirklich sehr schöner Einstieg. Es ist ein tolles Thema, aber ich möchte, dass wir alle etwas mitnehmen,



dass es nicht vorbei ist, wenn die Special Olympics dann aus sind. Und es ist genau das, dass wir es mitnehmen, dass wir allen Menschen auf Augenhöhe begegnen und genau das sollte auch das Kredo für unser aller politische Arbeit sein. Danke. *(Beifall bei den Grünen, der ÖVP, SPÖ und KPÖ – 10.45 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler von der KPÖ.

**LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (10.45 Uhr):** Mit zunehmenden Alter merkt man sich nicht mehr alles auswendig! Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Haus, werte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Alles was bis jetzt gesagt wurde, kann ich zu hundert Prozent unterstreichen, nicht nur ich, sondern meine Fraktion. Das waren natürlich viele schöne Worte und ich bin auch froh und stolz darauf, dass hier großartige Dinge passieren, dass die Steiermark hier auch als Gastgeberin so gut in Erscheinung treten kann und, das war ja so der Grundtenor all der Vorredner und Vorrednerinnen, dass es uns wichtig ist, dass wir Menschen mit Handikap einen gleichberechtigten Zugang bieten. Diese berühmte Teilhabe an der Gesellschaft soll ja in allen Lebensbereichen möglich sein, und Sport ist da sicher auch ein ganz, ganz wichtiger Bereich davon. Es freut mich auch, dass von Seiten der Regierung, aber auch von den Kolleginnen und Kollegen hier im Haus, wirklich ein hohes Engagement da ist und ich das hier auch erleben darf, dass man sich hierherstellt und vor allem diese Gruppe der Menschen mit Beeinträchtigungen oder besonderen Bedürfnissen oder Handikap, wie auch immer man es bezeichnen mag, in den Vordergrund stellt. Ich würde mir das gleich hohe Engagement auch wünschen, wenn es generell um das Leben von behinderten Menschen geht. Das haben jetzt auch Kollege Cramer oder auch Kollegin Köck schon erwähnt. Wir haben 2004 hier im Landtag ein Behindertengesetz in Arbeit gehabt, das wurde dann beschlossen.

Wir sind 2005 in den Landtag eingezogen und ich war sehr stolz darauf, hier auch als Sprecherin für den Behindertenbereich von meiner Fraktion ein Gesetz mitbeschließen zu dürfen, das zu diesem Zeitpunkt wirklich eine VorreiterInnenrolle in der Steiermark eingenommen hat. Allerdings gab es 2011 eine Novellierung dieses Gesetzes und dabei kam es zu Änderungen und zu Einschränkungen. Ich habe mir jetzt noch einmal den Zettel mitgenommen, um das auch noch einmal in Erinnerung zu rufen. Es wurden Stunden bei der

Wohnassistenten gekürzt, bei der Freizeitassistenten. Es wurde der Betreuungsschlüssel in stationären Einrichtungen gekürzt. Es kam zur Streichung der Entwicklungsförderung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung und anderen Dingen. Jetzt mag schon sein, dass das nicht sehr angenehm ist, wenn man das in so einer Situation hier noch einmal in Erinnerung ruft, aber das sind Fakten. Das ist passiert in der Steiermark. Ich möchte darauf hinweisen, dass gerade solche Einsparungen dazu führen, dass Menschen mit Beeinträchtigungen gewisse Dinge eben nicht mehr ausüben können oder nur mehr in einem geringeren Ausmaß ausüben können. Nehmen wir z. B. die Freizeitassistenten. Das ist eine Leistung in der Steiermark, die seit 2011 massiv gekürzt wurde und die aber gerade sportinteressierten behinderten Menschen die Möglichkeit geboten hat, an Sportevents teilzunehmen, zu trainieren und unterwegs zu sein. Behalten Sie das bitte im Kopf, denn wir können uns nicht herstellen und auf der einen Seite sagen, wie toll das ist, und auf der anderen Seite die Rahmenbedingungen einschränken. Wir brauchen dieses hohe Engagement, das ich hier durchaus von Seiten der Landesregierung und von den Kolleginnen und Kollegen wahrnehme, aber nicht nur dann, wenn große Events stattfinden und wenn wir uns dann sozusagen auch mit der Steiermark ein bisschen von diesem Scheinwerferlicht abholen können, sondern wir brauchen dieses hohe Engagement für behinderte Menschen immer und in allen Lebensbereichen, damit diese gleichberechtigte Teilhabe am Leben der Menschen nicht nur eine leere Floskel bleibt.

Und nach dem sich schon sehr viele Vorredner und Vorrednerinnen bedankt haben, möchte ich mich auch bedanken. Ich möchte mich allerdings bei jenen Menschen bedanken, die tagtäglich mit behinderten Menschen arbeiten, in den verschiedensten Einrichtungen und Initiativen, die für diese Menschen immer da sind und die sie letztendlich auch soweit bringen, dass sie an großen Sportereignissen wie den Special Olympics teilnehmen können. Danke für diese wertvolle Arbeit, die Sie leisten! (*Allgemeiner Beifall – 10.49 Uhr*)

**Präsidentin Dr. Vollath:** Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Karl Lackner von der ÖVP.

**LTAbg. Karl Lackner – ÖVP (10.49 Uhr):** Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, Hoher Landtag!

Ich freue mich sehr, dass heute in dieser Aktuellen Stunde das Thema Special Olympics auf der Tagesordnung ist und dass die Ausmaße und Leistungen von allen Rednerinnen und

Redner auch so großartig gewürdigt wurden. Ja, es ist eine große Herausforderung gewesen und sie ist es noch für alle, die Mitverantwortung tragen für die Special Olympics, für die Veranstalter, für alle, die für das Organisations- und Sicherheitskonzept Verantwortung tragen, für das Land, für die Regierung, aber auch für alle Freiwilligen und Sponsoren. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, mich im Namen meiner Region, der Region Schladming-Dachstein, der Austragungsorte Schladming und Ramsau, bei allen dafür ganz herzlich bedanken. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Beide Regierer, die im Ressort zuständig sind, Landesrat Buchmann, Landesrat Lang, alle Debattenredner haben einfühlsam auch die Worte gewählt in die Zielrichtung dieser Menschen mit mentaler Behinderung, aber auch den Wert herausgestrichen, den Mehrwert, der entsteht. Ich möchte auch festhalten, weil es auch ein Thema war zuvor: Im Land wird für diese Menschen sehr viel getan, von Regierungsseite aus, von den Sozialhilfeverbänden und von vielen, vielen Trägerorganisationen. Ich meine, da sind wir in der Steiermark erfreulicherweise wirklich gut aufgestellt und auch dahingehend mein Danke, dass für diese Menschen in diesem Land, in unserem Land auch so viel getan wird. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Hermann Kröll wurde mehrfach angesprochen – Motor, Mentor – und ist in den letzten Jahren immer im Rampenlicht gestanden. Man muss aber wissen, dass seit 1993, seit erstmalige Special Olympics ausgetragen wurden in der Steiermark und in Salzburg, der Hermann an den zweiten Special Olympics gearbeitet hat. Seit 1993 finden in Schladming die Familientage von Special Olympics Österreich statt und der Hermann Kröll war ein umtriebiger Mensch, ob im Rom, ob in Südafrika, ob in Amerika, überall hat er die Werbetrommel gerührt, überall hat er Sponsoren und Zuspruch gefunden. Ich erinnere mich an eine scherzhafte Aussage von Arnold Schwarzenegger – man muss wissen, Hermann Kröll war auch Taufpate eines seiner Kinder: „Der Hermann ist einer meiner besonderen Freunde, aber man kann sich keinen teureren Taufpaten wünschen, als den Hermann.“ Und damit ist zum Ausdruck gebracht, er hat alles für diese Idee, für diesen Herzschatz in die Welt, eingesetzt, auch seine Gesundheit. Er hätte sie so gerne erlebt, diese Special Olympics. Es war ihm nicht mehr gegönnt, er konnte zumindest noch bei den Pre-Spielen dabei sein und das hat uns alle sehr gefreut. Deshalb auch unserem Hermann nochmals die große Anerkennung für dieses Lebenswerk, das ihm auch viele Jahre seiner Gesundheit letztlich gekostet hat, diese Anerkennung muss hier auch erwähnt werden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Voraussetzung, und das möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass diese Spiele in dieser Form, in dieser Größe stattfinden haben können, war durchaus die WM 2013 in Schladming. Denn hätte es das Investment und die Infrastruktur nicht gegeben, wäre es

nicht möglich gewesen, in dieser Qualität diese Spiele durchzuführen und da auch mein Danke an die Landesregierung, Landeshauptmann Schützenhöfer allen vorangestellt, dass damals dieses klare Bekenntnis zu Schladming war und wir heute sagen können: „In dieser Woche in Schladming, in der Ramsau, in Graz, finden die Special Olympics statt, wir sind auch von der Infrastruktur gut aufgestellt und wir können auch das Fenster in die Welt so aufmachen, dass wir Anerkennung haben, dass wir Zuspruch haben. Sie habe es gestern in „Steiermark heute“ gesehen, wie viele amerikanische Fernsehstationen da sind. Und wer bei der Eröffnung dabei war, wie diese 2.700 Athleten und 6.000 Trainer, Begleiter, Familienmitglieder eingezogen sind, bei strömenden Regen, und diese Begeisterung miterlebt hat, der wird dankbar sein dafür, dass es diese Veranstaltung gibt. Ich denke, Special Olympics ist somit auch eine Demonstration weltweiter Völkerverbindung, denn wo sonst treten 106 Nationen mit so vielen Teilnehmern – das ist die größte Sportveranstaltung in der Steiermark betreffend die aktiven Teilnehmer. *(Präsidentin Dr. Vollath: „Ich bitte dich zum Schluss zu kommen, geschätzter Herr Abgeordneter!“)* Danke, Frau Präsidentin. Es geht um Sport, es geht um Inklusion und es geht um Freundschaftspflege. Danke, Frau Präsidenten, dass Sie mir die eine Minute geschenkt haben. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und der Grünen – 10.56 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Ist ein wichtiges Thema. Als nächstes zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Sandra Krautwaschl von den Grünen.

**LTAbg. Krautwaschl - Grüne (10.56 Uhr):** Danke, Frau Präsidentin! Herzlich Willkommen vor allem auch meiner neuen Kollegin Laura Köck und allen Zuseherinnen sowohl hier im Raum, als auch im Livestream!

Ganz besonders freut es mich natürlich heute auch, dass wir hier im Landtag heute auf eine Maßnahme oder Inklusion wieder zurückgreifen, nämlich die Gebärdendolmetscherin, die uns hilft, uns weiter und breiter verständlich zu machen, auch für Menschen, die uns nicht mit ihrem Gehör folgen können. Ich hatte gestern das Glück zwei großartige Sieger der österreichischen Floorball-Mannschaften mit meiner Familie besuchen zu können. Ganz besonders schön war für mich, dass ich einige der Sportlerinnen und auch viele der Betreuerinnen aus meiner Zeit als Physiotherapeutin sehr gute kenne, teilweise schon von Kindheit an kenne, und es ist einfach immer wieder so großartig, diese Entwicklung dieser Menschen dann bei so einem tollen Event mit zu verfolgen. Viele von diesen Kindern,

teilweise waren sie auch bei mir in Therapie, sind darauf angewiesen, und auch jetzt noch darauf angewiesen, dass sie unterstützt werden in ihrem Alltag und auch bei diesen Spielen. Aber es ist ihnen gelungen, ein riesiges Potenzial in ihnen zu heben. Ein Potenzial, das uns allen Bewunderung abringt, das aber auch, wie Lara es schon gesagt hat und auch Claudia Klimt-Weithaler, natürlich ein Engagement über diese Spiele hinaus braucht. Für mich ist es ganz besonders schön, dass bei diesen Spielen die Einzigartigkeit der Menschen im Vordergrund steht. Dass jede einzelne und jeder einzelne von diesen Athletinnen mit ihrer Besonderheit und Einzigartigkeit zu dieser großen Vielfalt in unserer Gesellschaft beiträgt und, dass wir an ihnen auch etwas über uns selbst erkennen. Nämlich, dass jeder Mensch, egal woher er kommt und wer er ist, Stärken und Schwächen hat. Ich glaube, das ist auch ein Grund, dass uns diese Spiele so berühren, weil wir da etwas über uns selbst erkennen, dass wir alle Menschen mit Stärken und Schwächen sind und jeder von uns etwas zu dieser Ganzheit, zu diesem Zusammenhalt in der Gesellschaft beiträgt. Für mich gibt es ein paar Punkte, die ich Ihnen noch mitgeben will, die über diese Spiele hinausreichen sollten, die auch in den Alltag hineinwirken sollten. Das ist etwas, was wir alle immer wieder hier auch besprechen: Abbau von Barrieren. Damit diese Sportlerinnen und Sportler diese tollen Leistungen erbringen können, müssen und mussten schon im Vorfeld viele Barrieren abgebaut werden und müssen das auch noch weiterhin. Es ist schon einiges angeklungen, aber wir brauchen das bei allen politischen Entscheidungen auch für die Zukunft, dass wir immer mitdenken: Bauen wir damit auch weiter Barrieren ab für Menschen, die nicht so sind wie wir, nicht eine Stiege hinaufgehen können, die nicht so wie wir sehen oder hören können oder die intellektuelle Beeinträchtigungen haben. Das gilt bei allen Entscheidungen mitzudenken und das gilt es, vor allem in Zukunft, auch noch mehr mitzudenken, wenn wir diesen Menschen abseits von Spielen zeigen wollen, dass wir für sie da sind, dass sie ein Teil von uns sind und, dass sie zu uns gehören. Was mich besonders beeindruckt, ist das riesige ehrenamtliche Engagement bei diesen Spielen. Ich habe auch gestern ganz viele Leute getroffen, die ich aus der Arbeit noch kenne, die neben dem beruflichen Einsatz hier ganz, ganz, ganz viele Stunden, und zwar nicht nur während der Spiele, sondern wirklich auch im Alltag, in der Zeit, wo sie trainieren, wo sie Therapie machen, wo sie diese Leute hin und her führen, wo sie sie motivieren und mit ihnen arbeiten, ganz viel Freizeit investieren. Es wurde schon angedeutet und ich möchte es noch einmal unterstreichen, es braucht hier einfach auch Professionalität, es braucht dafür Ressourcen, auch über diese Spiele hinaus, die wir zur Verfügung stellen sollten, damit solche Menschen auch weiterhin ihr Potenzial ausschöpfen

können. Zum Schluss möchte ich noch kurz auf was hinweisen, was mir persönlich ein bisschen weh tut. Es sind nämlich 105 Nationen da und es könnten 107 sein. Die Athletinnen von Afghanistan und Ghana konnten wegen fehlender Visumberechtigungen nicht einreisen. Ich möchte an dieser Stelle einen ganz besonderen Gruß an diese Sportlerinnen und Sportler schicken und hoffe, dass sie das nächste Mal, wo auch immer die nächsten olympischen Spiele stattfinden werden, wieder dabei sein können. *(Beifall bei den Grünen, der ÖVP und SPÖ)* Danke. Abschließend, es blinkt auch bei mir schon die Zeit, möchte ich noch sagen, dass es mir extrem wichtig ist, dass wir diesen Geist, er wurde schon mehrmals erwähnt, dieser olympischen Spiele, dieser Special Olympics mitnehmen für alles, was wir in nächster Zeit entscheiden werden in diesem Bereich und für uns alle und letztlich auch mitnehmen, dass jeder Einzelne und jede Einzelne von uns dazu beiträgt, dass wir diese starke und zusammenhaltende Gesellschaft sind. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen, der ÖVP und SPÖ – 11.02 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Die nächste Wortmeldung ist vom Abgeordneten Bernhard Ederer von der ÖVP.

**LTAbg. Ederer - ÖVP (11.02 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es ist ganz wichtig, dass wir uns heute diese Zeit nehmen für diese Aktuelle Stunde zum Thema Special Olympics. Denn neben allen Gewinnern in Wirtschaft, Tourismus, man kann es nicht oft genug sagen, der erste Sieger bei den World Winter Games sind die Menschen und das ist das Wichtigste. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Durch die Kraft des Sports entdecken Menschen mit mentaler Beeinträchtigung in sich neue Fähigkeiten und erleben ungeahnten Erfolg. Sie haben Spaß, werden selbstbewusster und erleben Erfüllung, sowohl in den Sportbewerben als auch im Leben. Man sieht ja diese Freude. Es wurde schon einige Mal angesprochen, jeder, der jetzt mit diesen Sportlerinnen und Sportlern zu tun gehabt hat, kann diese Freude unmittelbar erleben und es berührt einen auch sehr. Mehr Lebensqualität durch Sport, Abbau von Ängsten und Stress. Durch die Förderung von Akzeptanz und Inklusion ist Special Olympics bemüht eine bessere Welt für alle zu schaffen. Eine tolle Mission. Über 100 Nationen und die Geschichte der Special Olympics, die bis ins Jahr 1962 zurückgehen. Aber heute gibt es natürlich immer noch Konflikte. Heute ist natürlich noch immer nicht alles so hergestellt, wie wir es uns wünschen, aber man muss sagen, man braucht eben dann solche

Events. Diese öffnen oft Wege und Türen und bringen einen selbst einen Schritt weiter. Es ist eine Bewegung entstanden und Österreich, und da können wir stolz sein, hat einen großen Bestandteil. Ich möchte auch Hermann Kröll nicht unerwähnt lassen, denn in meiner Funktion als Sportsprecher, der ich im Landtag seit 2010 bin, hat er mit mir in den letzten Jahren auch viele Gespräche zu diesem Thema geführt in der Vorbereitung und er hat dafür gelebt. Daher muss Hermann Kröll heute dementsprechend auch hier erwähnt werden, denn er hat hier wirklich Großartiges gegeben. Und diese Gemeinschaft, die dadurch entstanden ist, diese Tausenden freiwilligen Helfer, auch aus meiner Regionen, Jugendliche, teilweise nehmen sie sich Urlaub, um hier helfen zu können, großartig. Und das Land Steiermark ist hier Partner. Wir können stolz sein, weil wir Vorbild für die Welt sind. Die Fortsetzung des Inklusionssportes muss natürlich garantiert sein. Der Herr Landesrat hat es angesprochen, es gibt viele Projekte, wo wir das in den nächsten Jahren auch umsetzen wollen. Es bedarf aber sicher noch viel Information und Aufklärung, aber das Verbindende im Sport ist da. Die Sportangebote und Möglichkeiten für diesen Bereich müssen teilweise natürlich noch verbessert werden. Special Olympics ist die weltweite größte Sportbewegung für Menschen mit geistiger und Mehrfachbehinderung und sie ist vom Internationalen Olympischen Komitee auch offiziell anerkannt. Auch das ist eine Wertschätzung und ein Erfolg jener Menschen, die in den letzten Jahrzehnten dafür gearbeitet haben. Auch ich bedanke mich für diese vielen Empfänge, die durchgeführt wurden. Von Firmen, von Organisationen, von Gemeinden. Ich durfte Gastgeber sein vom Kinderrettungswerk oder wir wurden auch darum gebeten. Zuerst weiß man ja nicht, wen man zugeteilt bekommt. Es sind uns die Vereinigten Arabischen Emirate zugeteilt worden. Aus einer Region, wo wir auch viele Krisen kennen im arabischen Raum. Es sind 50 Athleten gekommen, Sportlerinnen und Sportler plus zehn Pressebetreuer. Sie sind Veranstalter der nächsten Sommerspiele 2019 und es war eine großartige Begegnung. Wir haben zusammen gelacht und getanzt – offenes Volkstanzen. Und wir sind uns hier – und das ist, glaube ich, in allen Bereichen so gewesen – ein Stück nähergekommen. Together – gemeinsam, denn auch auf dem Emblem der Special Olympics sind fünf Personen, die einen Kreis bilden. Sie stehen für das weltweite Agieren für Special Olympics. Und stellvertretend für die fünf Kontinente der Erde bilden sie die weltweite Gemeinschaft der Special Olympics Bewegung. Diesem Beispiel müssen wir folgen. Für die bevorstehenden Wettbewerbe allen Athletinnen und Athleten alles Gute. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.07 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Eine weitere Wortmeldung für die Aktuelle Stunde liegt mir nicht mehr vor. Ich erkläre sie damit für beendet.

Damit komme ich zu weiteren Begrüßungen. Ich begrüße die Damen und Herren des Steirischen Seniorenbundes der Ortsgruppe St. Marein-St. Lorenzen im Mürztal unter der Leitung von Obfrau Ermelindis Gruber. Herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Und ich darf die Damen der ÖVP Frauenbewegung der Ortsgruppe Radkersburg unter der Leitung von Obfrau Hilde Gössler herzlich willkommen heißen. *(Allgemeiner Beifall)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich teile dem Hohen Haus mit, dass eine Anfrage an ein Mitglied der Landesregierung gemäß § 69 GeoLT vorliegt.

Am Donnerstag, dem 16. März 2017 um 15.38 Uhr wurde von Frau LTAbg. Sandra Krautwaschl namens des Landtagsklubs der Grünen eine Anfrage mit der Einl.Zahl 1527/1 an Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus betreffend „Zu lange Wartezeiten bei Wohnunterstützung“ eingebracht.

Gemäß § 69 Abs. 8 GeoLT ist beim Aufruf des gegenständlichen Tagesordnungspunktes die Frage mündlich zu wiederholen. Eine mündliche Begründung der Fragestellung ist im Rahmen dieses Instrumentes nicht zulässig.

Gemäß § 69 Abs. 2 GeoLT hat die Beantwortung der Frage durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen, wie es die Anfrage zulässt. Nach Beantwortung der Frage kann die Fragestellerin eine kurze mündliche Zusatzfrage stellen. Diese darf nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten und muss mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen. Über die Beantwortung der Anfrage findet keine Wechselrede statt. So viel aus den Bestimmungen aus unserer Geschäftsordnung.

Ich ersuche nun die Fragestellerin, Abgeordnete Sandra Krautwaschl, die Frage mündlich am Redepult zu wiederholen.

**LTAbg. Krautwaschl – Grüne (11.09 Uhr):** Danke, Frau Präsidentin!

Die Frage lautet: Wie viele Steirerinnen und Steirer warten, Stand Mitte März 2017, bereits länger als vier Wochen auf die Erledigung ihres Antrages auf Wohnunterstützung?

**Präsidentin Dr. Vollath:** Ich ersuche nun Landesrätin Mag. Doris Kampus die Anfrage zu beantworten. Bitte, Doris.



**Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (11.10 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Gestatten Sie mir zwei Sätze vorweg, auch im Namen der Verwaltung. Ich möchte darauf hinweisen, dass immer und jedenfalls die Dreimonatsfrist durch die Abteilung eingehalten wird, wenn alle Unterlagen vollständig vorliegen. Derzeit braucht die Abteilung rund sechs bis acht Wochen im Schnitt, um Anträge zu bearbeiten. Ich halte das auch aus Sicht – da geht es um Steuergeld – des Steuerzahlers für notwendig, das genau zu tun. Derzeit liegen 2.934 Anträge zur Bearbeitung in der Abteilung. Das entspricht ungefähr dem, was pro Monat in der Abteilung eingeht. Das ist ungefähr das an Anträgen, was jeden Monat in die Abteilung kommt. Seit September sind 23.000 Anträge bearbeitet worden. Das vielleicht auch ein bisschen zu den Größenordnungen, was die Wohnunterstützung betrifft. Den Betroffenen entsteht durch diese sechs bis acht Wochen niemals ein Nachteil, denn die Anträge werden rückwirkend ausbezahlt. Und deshalb noch einmal, von meiner Seite, einen großen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.11 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Frau Abgeordnete, gibt es eine Zusatzfrage? Ja.

**LTAbg. Krautwaschl – Grüne (11.11 Uhr):** Die Zusatzfrage lautet: Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um sicherzustellen, dass die Wartezeiten für Antragstellerinnen, die unseres Wissens teilweise sehr wohl schon vier bis fünf Monate auf Erledigung warten, künftig wirklich auf maximal acht Wochen reduziert werden können? *(11.12 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Ich bitte auch um Beantwortung dieser Frage.

**Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (11.12 Uhr):** Wenn ich es falsch verstehe, tut es mir leid. Ich sage es gleich vorweg, aber zu diesem subtilen Vorwurf, dass das länger dauern würde, ich habe es ausgeführt, ich möchte es wiederholen. Das ist nicht der Fall! Und es können Anträge nur dann abschließend behandelt werden, wenn die Unterlagen vollständig sind. Ich sage es noch einmal, das ist Steuergeld, das ist öffentliches Geld, und da bitte ich um Verständnis, dass man da nicht salopp sagen kann: „Na ja, die eine oder andere Unterlage fehlt, aber macht ja nichts.“ Das tun wir sicher nicht. Wenn der Akt, wenn der Förderantrag

vollständig ist, dauert es im Schnitt sechs bis acht Wochen. Per Gesetz hätte die Abteilung drei Monate Zeit. Diese Dreimonatsfrist wird niemals ausgeschöpft. Aber ich bin bei jedem, der sagt: „Wenn es schneller geht für die Menschen, selbstverständlich, wenn es sorgsam abgewickelt werden kann.“ Immer ein Plädoyer von mir, wie gesagt, Steuergeld. Die Abteilung hat sehr, sehr viele Ressourcen in diesem Bereich. Die Ressourcen sind aufgestockt worden, die Mitarbeiter sind äußerst bemüht, das zu tun, was ihre Aufgabe ist. Es wird ein One-Stop-Shop eingeführt, damit telefonisch die Menschen noch besser beraten werden können, was fehlende Unterlagen betrifft, etc.. Aber ich glaube, da braucht es gar keine große Rechtfertigung oder Erklärung, wenn eine Abteilung in sechs bis acht Wochen diese Anzahl bewältigen muss – und ich wiederhole, 23.000 Fälle seit September, im Schnitt zwischen 2.500 und 3.000 Anträge Monat für Monat. Da denke ich mir, das ist etwas, wo die Mitarbeiter sehr, sehr bemüht sind. Aber wie gesagt, Maßnahmen sind seitens der zuständigen Abteilung schon getroffen worden, zusätzliche Personalressourcen etc.. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.14 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Damit ist die Befragung beendet und ich fahre mit den heute sehr umfangreichen Mitteilungen fort.

Heute hat um 08.30 Uhr der Ausschuss für Regionen über den Antrag, Einl.Zahl 1336/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg betreffend Anpassung der Bebauungsdichteverordnung sowie über den Antrag, Einl.Zahl 1337/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg betreffend Ausweitung der Nachbarrechte im Baurecht beraten und zu diesen Anträgen die in den Schriftlichen Berichten, Einl.Zahl 1336/3 (N1) sowie Einl.Zahl 1337/3 (N2), enthaltenen Ausschussanträge gefasst.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die genannten Tagesordnungspunkte an folgenden Stellen zu behandeln: Tagesordnungspunkt N1 (Einl.Zahl 1336/3) nach TOP 2; Tagesordnungspunkt N2 (Einl.Zahl 1337/3) nach TOP N1.

Gemäß § 39 Abs. 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich lasse daher in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Ergänzung der Tagesordnung an der genannten Stelle abstimmen.

Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.  
Und bedanke mich für die einstimmige Annahme.

Am Montag, dem 20. März 2017, wurde um 13.50 Uhr von Abgeordneten der KPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 1530/1, an Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus betreffend „Hürden bei Kautionsfonds des Landes abbauen“ eingebracht. Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage wird im Sinne des § 68 Abs.2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß § 68 Abs.1 GeoLT die Wechselrede statt.

Ich komme nun zur Bekanntgabe der Anfragen und Anfragebeantwortungen:

Es wurden zwölf Anfragen mit den Einl.Zahlen 1469/1 bis 1472/1, 1474/1, 1476/1, 1480/1, 1491/1 bis 1493/1, 1520/1 sowie 1532/1 gemäß § 66 Abs. 1 GeoLT eingebracht.

Außerdem wurden 33 Anfragebeantwortungen mit den Einl.Zahlen 1222/2 und 1223/2, 1332/2, 1338/2, 1352/2, 1369/2 bis 1372/2, 1388/2 bis 1395/2, 1398/2, 1400/2 bis 1409/2, 1416/2, 1421/2, 1443/2, 1461/2 sowie 1468/2 gemäß § 66 Abs. 3 GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Tagesordnungspunkt

**1. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.Zahl 1272/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend Einsparungspotenzial durch „intelligente“ LED-Straßenbeleuchtung.**

Die erste Wortmeldung ist vom Abgeordneten Erich Hafner von der FPÖ

**LTAbg. Hafner – FPÖ (11.18 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kollegen des Landtages Steiermark, liebe Zuhörer und Zuseher via Livestream!

Einsparungspotential durch intelligente LED-Straßenbeleuchtung nutzen. Ich möchte heute einerseits zu unserem vorher erwähnten, selbständigen Antrag Stellung nehmen weiters die Stellungnahme der Landesregierung beleuchten und den Abänderungsantrag dazu von der SPÖ einfach wiederholen. In den letzten Jahren wurden bereits an zahlreichen Landes- und Gemeindestraßen LED-Beleuchtungskörper installiert. Diese erweisen sich als Sparmeister im Stromverbrauch, haben eine längere Lebensdauer und weisen niedrige Energie- und Instandhaltungskosten auf. Neben der hohen Energieeffizienz und einem guten Wirkungsgrad der LED-Technologie, sind Langlebigkeit und neue Gestaltungsmöglichkeiten als wesentliche Vorteile zu nennen. Dazu gibt es weitere technische Vorzüge wie optimierte Lichtverteilung, Unempfindlichkeit gegen hohe Schalldämpfung, problemlose Dimmbarkeit, Ansteuerbarkeit einzelner Lichtpunkte, die allesamt einen energiesparenden und wirtschaftlichen Betrieb in der Praxis ermöglichen. Dem gegenüber zum Nachteil stehen die relativ noch hohen Anschaffungskosten, welche sich im Preis-Leistungsverhältnis mittlerweile nicht mehr so arg darstellen. Die Stadt Graz mit ihren südlichen Bezirken Liebenau und Puntigam, gemeinsam mit der Nachbargemeinde Seiersberg, haben hier bereits neue Standards in Sachen effizienter Straßenbeleuchtung gesetzt. Neben der Installierung vieler LED-Lampen wurden diese an verschiedenen Straßenzügen mit einer Anwesenheitserkennung ausgestattet. Diese sogenannte „intelligente Straßenbeleuchtung“ als leuchtendes Beispiel wies zahlreiche Vorteile auf wie Stromkostenreduktion, Einsparungen bei CO<sup>2</sup>-Emissionen und vieles mehr. Wenn sich niemand auf der Straße oder Gehwegen aufhält, wird das Licht heruntergedimmt, um dann wieder normale Lichtwerte zu erreichen, wenn sich jemand nähert. Deshalb haben wir in unserem Antrag vom November 2016 die Landesregierung auch aufgefordert zu prüfen, an welchen Landesstraßenzügen die „intelligente Straßenbeleuchtung“ nach dem Vorbild von Graz und Seiersberg Anwendung finden könnte, um künftig diese Technologie bei Bauvorhaben an diesen Straßen einzusetzen. Die Stellungnahme der Landesregierung mit Beschluss des Ausschusses für Infrastruktur vom 06. Dezember 2016, eingebracht am 09.02.2017, werde ich wie folgt kurz und bündig anführen: „Die Einhaltung der Gesetze und Pflichten nach ABGB durch das Land Steiermark sind selbstredend und in Konfliktzonen einzuhalten. Die Verpflichtung, die Beleuchtungseinrichtungen so zu erhalten und zu betreiben, dass sie der Verkehrssicherheit und Verbesserung der Sichtverhältnisse an Landesstraßen dienen, ist durch die neue LED-Technologie weitgehendst gegeben. Auch der Austausch von altgedienten Lampen, ersetzt durch LED-Lampen, wird von vielen Gemeinden schon durchgeführt und ist nur zu begrüßen.“ Hier wird in vielen der steirischen Kommunen

nach dem Motto der Gemeindeordnung und des Prüfungsausschusses Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit, gearbeitet und so sollten auch wir es hier im Land sehen und deshalb auch unser Antrag dahingehend. So eine in dieser Form abgegebene Stellungnahme durch die Abteilung 16 ist nicht wirklich sehr aufschlussreich und könnte in Zukunft von dieser Abteilung als besser und konkreter gestaltet werden. *(Beifall bei der FPÖ)* Deshalb abschließend zum Abänderungsantrag der SPÖ und der Stellungnahme der Landesregierung. Beiden können wir nicht die Zustimmung erteilen, denn, wie es im jeweiligen Schlusssatz steht: „Aus diesen Gründen kann seitens der Abteilung 16, Verkehr und Landeshochbau, dem im Selbständigen Antrag formulierten Vorschlag künftig „intelligente LED-Straßenbeleuchtung“ auf Landesstraßen einzusetzen, nicht nähergetreten werden“, denn, wir haben in unserem Antrag, wie vorhin bereits mündlich erwähnt und schriftlich eingebracht, um Prüfung ersucht, wo die „intelligente Straßenbeleuchtung“ Anwendung finden könnte und künftig bei Bauvorhaben diese Technologie eingesetzt werden kann. Nicht mehr und nicht weniger. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 11.23 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Die nächste Wortmeldung ist von der Abgeordneten Helga Ahrer von der SPÖ.

**LTAbg. Ahrer – SPÖ (11.24 Uhr):** Nun, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, sehr geehrte Damen und Herren hier im Zuschauerraum und via Livestream!

Ich erlaube mir ein paar Bemerkungen zu diesem vorhin angeführten Tagesordnungspunkt und möchte vielleicht etwas ausführlicher auf die Stellungnahme eingehen bezüglich „intelligenter LED-Straßenbeleuchtung“. Das Land Steiermark ist ja zum gefahrlosen Bau und zur verkehrssicheren Erhaltung unserer Landesstraßen verpflichtet und keinen unwesentlichen Teil spielt dabei, dass dabei alle Beleuchtungseinrichtungen so zu erhalten und zu betreiben sind, dass sie ihrem Zweck – insbesondere die Verbesserung der Sichtverhältnisse in den Nachtstunden und die Erhöhung der Verkehrssicherheit – entsprechen. Da die Beleuchtung an Landesstraßen, wie vorhin bereits erwähnt, diesen Zweck besonders erfüllen soll, ist die „intelligente Beleuchtung“ mittels Annäherungssensor, die Lichtstärke, dem Verkehrsaufkommen angepasst nicht zielführend, da auf unseren Landesstraßen, die bereits mit einer Straßenbeleuchtung ausgestattet sind, naturgemäß und oft

ein ständig hohes Verkehrsaufkommen gegeben ist und damit auch besondere Lichtverhältnisse gefragt sind. Ich darf jedoch erwähnen, dass alle neuen Leuchten im LED ausgeführt werden und in den Nachtstunden mittels Reduktionsschaltung, damit eben die Stromkosten geringer bzw. der Verbrauch geringer erzielt werden kann, errichtet werden. Jene Leuchten, die bereits vor Jahren mit Quecksilberdampf oder Natriumdampf errichtet wurden, werden laufend, unter Berücksichtigung der Norm, auf LED umgerüstet, um so auch die laufenden Stromkosten zu senken. Und je nach Hersteller und technischer Ausstattung ist pro Lichtpunkt ein Energieeinsparungspotential von ungefähr 40 % erreichbar. Ja, und abschließend darf ich vielleicht auch noch erwähnen, dass auch Neuampelanlagen bzw. bestehende Anlagen im Falle einer Adaptierung mit modernster LED-Technik ausgestattet werden und hier beläuft sich das Einsparungspotential sogar Richtung 50 %. Also es wird genug getan, aber wie gesagt, vorrangig müssen natürlich unsere Verkehrssicherheit und dementsprechend die Lichtverhältnisse gegeben sein. In diesem Sinne eine gute Fahrt auf unseren sicheren Straßen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.27 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Die nächste Wortmeldung ist vom Abgeordneten Franz Fartek von der ÖVP.

**LTAbg. Fartek – ÖVP (11.27 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kollegen hier im Hohen Haus, liebe Zuseherinnen und Zuseher!

Ich möchte das Thema nur noch ganz kurz abrunden, inhaltlich ist praktisch alles gesagt, aber grundsätzlich, wie hier im Antrag Einsparungspotential durch „intelligente LED-Straßenbeleuchtung“, das klingt zwar gut und auch verlockend, aber ich glaube, es muss auch sicherheitstechnisch hinterfragt werden und gut angeschaut und beleuchtet werden. Inhaltlich, glaube ich, was die Kollegin Ahrer gesagt hat, ist alles gesagt. Hier passiert viel in den Gemeinden draußen, was die Neuausstattung betrifft, aber auch, was den Austausch der Natriumdampflampen und der Quecksilberdampflampen betrifft. Hier wird von den Gemeinden viel gemacht, aber es braucht auch finanzielle Mittel, dass wir das finanzieren können. Ich glaube, da müssen wir Geduld haben. Es braucht ein wenig Zeit, dann werden wir da in die richtige Richtung kommen und was diese „intelligente Beleuchtung“ betrifft, diese Sensoren, ich glaube, das ist schon ein wenig ein Experiment und da soll man schon einmal abwarten, bis diese Dinge gut erprobt sind, dass sie dann vielleicht da und dort auch

flächendeckend einzusetzen sind. Abschließend möchte ich nur noch sagen, grundsätzlich hat die Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer oberste Priorität. Hier sollten wir keine Experimente machen, sondern die erprobten und erfahrenen Dinge weiter betreiben und weitermachen. Ich bitte hier um Verständnis und danke für die Aufmerksamkeit. *Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.28 Uhr*)

**Präsidentin Dr. Vollath:** Eine weitere Wortmeldung liegt mir hier nicht vor, ich komme damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1272/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich sehe die mehrheitliche Annahme mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und KPÖ, gegen die Stimmen der FPÖ.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

**2. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1441/1, betreffend „Beschluss der regionalen Mobilitätspläne RMP Südweststeiermark und RMP Teilregion Voitsberg“.**

Die erste Wortmeldung ist von der Abgeordneten Bernadette Kerschler.

**LTAbg. Kerschler – SPÖ (11.29 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Hohen Haus und zu Hause via Livestream!

Die Regionalen Mobilitätspläne, eine neue Ära – ich werde mich auf den Regionalen Mobilitätsplan Südweststeiermark beziehen in erster Linie, weil das meine Region ist, die Bezirke Leibnitz und Deutschlandsberg. Mit den Regionalen Mobilitätsplänen sind wir jetzt in einen neuen Teilbereich eingetreten. Früher waren es die Pläne für Bezirke und sie haben sich eher auf die Straße bezogen. Jetzt haben wir Mobilitätspläne und sie sind für eine Region. Ich spreche vom Mobilitätsplan Südweststeiermark für Leibnitz und Deutschlandsberg, d.h. es ist ein Mobilitätsplan für uns alle – für alle Menschen, die mobil unterwegs sind, sei es zu Fuß, sei es mit dem Fahrrad, sei es im Individualverkehr, sei es im Öffentlichen Verkehr, die sich in der Region bewegen. Er ist bezirksübergreifend. Was ist

wichtig? Er muss uns alle treffen. Er ist ein Plan für uns alle. Er betrifft auch den Mikro-ÖV. Ich werde später noch darauf zurückkommen und er muss in die Zukunft schauen. Er beschäftigt sich auch mit Themen wie E-Mobilität und er wurde von vielen Menschen gemeinsam erarbeitet. Er wurde in Gruppen, in Workshops, erarbeitet. Wir haben uns zusammengesetzt. Viele von hier, die Abgeordneten aus der Region, haben sich zusammengesetzt mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit den Regionalmanagements, mit der Wirtschaftskammer, mit der Arbeiterkammer, mit dem Arbeitsmarktservice, mit allen, die betroffen sind. Wir haben einen gemeinsamen Plan erstellt, der die Straßen angeschaut hat. Früher wurden hauptsächlich die Straßen betrachtet und dazu möchte ich noch sagen, dass die die alten Pläne sehr gut abgearbeitet wurden. Wir haben Schwerpunkte im öffentlichen Bereich festgesetzt, für unsere Region sind das natürlich der Weiterbau der Koralmbahn, der zweigleisige Ausbau der Südbahnstrecke und der weitere Ausbau der S-Bahn, aber auch alles, was rundherum gehört. Das heißt, wir haben uns die Bahnhöfe angeschaut – die neuen Bahnhöfe, die entstehen werden, und die bestehenden Bahnhöfe. Die bestehenden Bahnhöfe werden Vernetzungspunkte werden mit dem Öffentlichen Verkehr, mit dem Radverkehr, mit dem Individualverkehr und mit dem Fußgängerverkehr. Hier kommt aber dazu, dass wir uns sehr wohl bewusst sind, in was für einer Region wir leben. Dass wir hier nicht alles öffentlich aufschließen können. Wir haben uns sehr genau den Öffentlichen Verkehr angeschaut, auch natürlich sind hier die öffentlichen Verkehrsbetriebe, die Konzessionen, die auslaufen, ein Thema. Aber wir wissen, dass wir ein weitläufiges Gebiet haben in unserer Region. Unsere Region Weststeiermark, Südweststeiermark, geht von der Soboth bis Spielfeld, bis Heiligenkreuz am Waasen, und deshalb ist auch das Thema Mikro-ÖV bei uns ein so großes Thema. Jetzt ist die Region Südweststeiermark die zweite Region nach Graz-Umgebung, die sich mit diesem Thema sehr intensiv auseinandergesetzt hat. Jetzt sind wir in unserem regionalen Vorstand dazu gekommen, dass wir uns flächendeckend dazu entschlossen haben, uns mit dem Thema Mikro-ÖV auseinanderzusetzen und haben das auch eingereicht und sind jetzt wirklich so weit, dass wir die Haltestellen für Mikro-ÖV schon festlegen. Kurz möchte ich noch darauf eingehen, wie wir das angehen. Also wir hatten ja schon Systeme und haben laufende Systeme in der Südweststeiermark für Mikro-ÖV, Ruftaxisysteme, z.B. das Weinmobil in der Gegend Leutschach, in Eibiswald Systeme oder in Leibnitz das „Leibnitz-Mobil“ als Ruftaxisysteme. Und wir haben es wirklich geschafft, dass wir das jetzt flächendeckend einreichen und die Haltestellen festlegen. Gemeinsam mit dem bestehenden Öffentlichen



Verkehr und den Mikro-ÖV-Systemen und den Radwegsystemen, die wir jetzt überarbeiten in Leibnitz und Deutschlandsberg, werden unsere großen Bahnhöfe und der neue Bahnhof Weststeiermark Verkehrsknotenpunkte. Das konnten wir sehr gut im regionalen Mobilitätsplan Südweststeiermark festlegen. Wir haben uns aber auch angeschaut, was braucht es, um in die Zukunft zu schauen. Also, wir beschäftigen uns auch mit dem Thema E-Mobilität, wo braucht es die Tankstellen dazu? Können diese an den Bahnhöfen sein, wo müssen sie sonst noch sein? Wir haben uns auch angeschaut, weil wir wissen ganz genau, die Menschen in der Region werden nicht ganz auf ihr Auto verzichten können, was braucht es noch für den Autoverkehr, für den motorisierten Verkehr. Ich nenne hier nur die Halbanschlussstelle Hengsberg, die gut geplant und in der Ausführung ist und die Anschlussstelle Leibnitz-Süd, die wir in Zukunft brauchen werden. Auch die L 601 ist ein Thema für unsere Region und so kann ich davon ausgehen, dass wir alle gemeinsam ein sehr umfassendes Konzept für unsere Region geplant haben. Hier möchte ich mich auch wirklich bei allen Beteiligten bedanken. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.36 Uhr):*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Die nächste Wortmeldung ist von der Abgeordneten Helga Kügerl von der FPÖ.

**LTAbg. Kügerl – FPÖ (11.36 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren von der Landesregierung, mein sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kollegen, liebe Besucher und Zuhörer via Liveübertragung!

Die Südweststeiermark ist eine Region, die sich einerseits durch eine landschaftliche Vielfalt und Schönheit auszeichnet und zum anderen ein innovativer und dynamischer Wirtschaftsstandort ist. Wir haben daher durchaus Grund, optimistisch in die Zukunft zu sehen. Nichts desto trotz müssen wir uns immer vor Augen halten, dass es auch strukturschwächere Regionsteile gibt. Gerade hier sind wir darauf angewiesen zusammen mit Bund und Land eine lebenswerte ländliche Region zu erhalten. In einer peripheren Region zu wohnen oder zu arbeiten, ist schon eine große Herausforderung an sich. Dabei nicht auf die gleichen Möglichkeiten wie zentrale Orte zurückgreifen zu können, wird auf Dauer ein nicht gut zu machender Wettbewerbsnachteil sein. Ein paar Punkte möchte ich hervorheben, die mir in diesem Zusammenhang besonders wichtig erscheinen. So sind dies zuallererst die Menschen, die in der Südweststeiermark wohnen oder arbeiten. Die unsere Region aber vor allem prägen und in die Zukunft führen sollen. Daher sehe ich es als unumgänglich

---

Ausbildungsmöglichkeiten, Arbeitsplätze, in den Regionen zu halten und nicht mit dem Blick auf Budgetzwänge, welche durchaus nachvollziehbar sein können, jede Möglichkeit von Einsparungen zu verfolgen, ohne sich der Auswirkungen für die Entwicklung einer ländlichen Region bewusst zu sein. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Wenn wir auch zukünftig intakte ländliche Regionen haben wollen, muss es möglich sein, die Ausbildung, die Lehre, hier zu absolvieren. Einen Arbeitsplatz zu finden und diesen auch einmal abseits des eigenen Autos erreichen zu können. Mobilität ist ein Grundbedürfnis aller Bevölkerungsgruppen. Gerade für wenig mobile Gruppen wie junge und auch alte Menschen, Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen oder aber auch Zweitverdiener in einer Familie, meist trifft es Frauen, die nach der Babypause gerne wieder Teilzeit arbeiten gehen wollen, ist eine Mobilität mit dem eigenen Auto oft nicht möglich. Und glauben Sie mir, ich weiß, was es heißt, 20 Kilometer von der nächsten Einkaufsmöglichkeit oder öffentlichen Verkehrsmitteln entfernt zu wohnen. Vor diesem Hintergrund müssen wir es schaffen, eine Grundmobilität für unsere gesamte Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Gerade abseits der stark frequentierten Bahn- und Buslinien wird dies eine große Herausforderung, welcher wir uns als Region stellen werden müssen. Mobilität, und hier vor allem öffentliche Mobilität, ist für eine Region wie die Südweststeiermark ein Standortfaktor. Ob ein positiver oder negativer, wird an uns und unserem Partner, wie dem Land Steiermark, hängen. Dass dafür nur Lösungen in Verbindung mit dem Land möglich sein werden, versteht sich von selbst. Mittlerweile sind wir so weit, dass wir an einer regionsweiten Mikro-ÖV-Planung arbeiten, um eine optimale Gesamtversorgung zu gewährleisten und dieses Projekt von nahezu allen Gemeinden in unserer Region mitgetragen wird, was mich als Regionsvorsitzende besonders stolz macht. In diesem Zusammenhang freut es uns auch, dass einer langjährigen Forderung der Region nachgekommen wurde, und es ab diesem Jahr eine Förderung für den Betrieb solcher Mikro-ÖV-Lösungen gibt. Für unseren Wirtschaftsstandort ist die Erschließung mit Straße und Bahn essentiell. Wir konnten bereits in den letzten Jahren merken, wie sich eine gut ausgebaute S-Bahn auf die positive Entwicklung einer Region auswirkt. Noch mehr erwarten wir freilich von der Koralmbahn, die bereits jetzt beginnt, die Landschaft zu prägen. Faire Mobilitätschancen sind eine Grundvoraussetzung für Lebensqualität. Allen Menschen sollen – unabhängig vom Alter, Geschlecht, sozialer Stellung – jene Mobilitätsangebote zur Verfügung stehen, die sie zur Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse benötigen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 11.42 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Karl Petinger, Abgeordneter von der SPÖ. Bitte.

**LTabg. Petinger – SPÖ (11.43 Uhr):** Frau Präsidentin, Herr Landesrat, sehr verehrte Kolleginnen und sehr verehrte Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Vorweg möchte ich mich einmal bei der Abteilung 16 – Gesamtverkehrsplanung beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung, beim gesamten Team und hier im Speziellen beim Projektleiter, beim Herrn Dipl.-Ing. Alfred Nagelschmied, sowie für die inhaltliche Bearbeitung unseres Regionalplans bei den Damen und Herren der Firma PLANUM Fallast Tischler & Partner GmbH recht herzlich bedanken. Die Region oder der Bezirk Voitsberg hat ja bis dato kein regionales Verkehrskonzept gehabt wie andere Regionen in der Steiermark. Vielleicht war das aber in unserer Entwicklung gar nicht schlecht, weil wirklich jetzt in drei intensiven Sitzungen mit sehr vielen Teilnehmern aus dem Bezirk dieser Mobilitätsplan, dieser Regionale Mobilitätsplan, entstanden ist und das ergibt ein Leitbild sämtlicher Prioritäten aller Verkehrsträger für eine gesamte Region. Dadurch haben wir einen sehr unbeeinflussten Einblick, Eindruck bekommen können, wie ein solcher Mobilitätsplan ausschauen kann. Ich habe schon erwähnt, es ist ganz wichtig, dass das verkehrsmittelübergreifend passiert ist, weil eine Region hat ja im Gesamten natürlich verschiedenste Anknüpfungspunkte im Öffentlichen Verkehr, im Individualverkehr, im Fußgängerverkehr und im Radverkehr. Und daraus ist eine durchaus intelligente Kombination aller dieser einzelnen Verkehrsträger für den Bezirk Voitsberg als Teilregion des Zentralraumes Steiermark entstanden. Wenn man sich die Leitsätze dieses Regionalen Mobilitätsplanes anschaut, also faire Mobilitätschancen, der Umweltschutz, die Finanzierbarkeit der Verkehrssysteme und die Entwicklung und der einzelnen Wohn- und Wirtschaftsstandorte, die es ja gesamt gibt, die Kombination aller dieser Verkehrsträger, und in diesem Mobilitätsplan sind wirklich sehr viele verschiedene Strukturen betrachtet worden, unter anderem auch jene Strukturen der Raumplanung, wo es eben Regionssiedlungsentwicklung, Wohnentwicklungen und Gewerbeentwicklungen gegeben hat und dementsprechend ist es ja natürlich sehr wichtig auch, die Mobilität auszurichten. Es wurden auch übergeordnete Ziele festgelegt, und zwar die Sicherung der Mobilität, wie wir es heute schon gehört haben aus allen Teilen unserer Region, die Erhöhung der Verkehrssicherheit war ein wesentliches Thema in all diesen Diskussionen, die Erhöhung, und da sind wir ganz sicherlich einer Meinung, wegen des öffentlichen Anteils am Verkehr,

der Radverkehr, die Steigerung und Erhöhung des Radverkehrs, die Reduktion der KFZ-Verkehrsleistungen, also des Individualverkehrs im Gesamten und somit die Steigerung des Besetzungsgrades des Öffentlichen Verkehrs. Wie schon kurz angedeutet, der Fußgängerverkehr ein wesentlicher Bestandteil, und alle Verkehrsträger sind auch dementsprechend mit Zielen und Handlungsfeldern versehen worden, also auch für die nächsten Jahre dementsprechend messbar und planbar, welche Verkehrswege, Radwege, Fußgängerwege, Individualverkehr und Öffentlicher Verkehr sollen ausgebaut werden, mit welchen Zielen und mit welchem Nutzen. Das Gleiche gibt es beim Radverkehr, die Handlungsfelder und die Ziele, und beim Öffentlichen Verkehr waren die Ziele für uns alle ganz klar, das ist die Weiterentwicklung der S-Bahn-Linie S7, die Umsetzung der Mindestqualität im Buslinienverkehr. Da haben wir genauso zu kämpfen, dass natürlich immer mehr öffentliche Anbieter eigentlich nicht mehr verschiedene Linien anbieten und dadurch auch die Gemeinden immer mehr verpflichtet werden bzw. zum Zug kommen bei der Finanzierung. Dann war der Ausbau der Verbindungsqualität nach der jeweiligen Kategorisierung der öffentlichen Verkehrsmittel, Verkürzung der Fahrzeiten ist auch ein wesentlicher Bestandteil, dass öffentliche Verkehrsmittel attraktiv werden und dementsprechend immer mehr angenommen werden. Das ist ja Gott sei Dank bei der S7, bei unserer S-Bahn-Linie, in einem hohen Ausmaß gegeben. Also hier gibt es wirklich Steigerungszahlen, die beachtlich sind und da gilt es, ganz klar noch bessere Qualität zu liefern und schnellere Fahrzeiten, damit hier weiteres Steigerungspotential möglich ist. Die Flexibilisierung des derzeitigen Modelles, Sicherstellung der Erreichbarkeit mit Mikro-ÖV-Systemen, wird ein ganz wichtiges Thema für die Zukunft sein, der Herr Landesrat hat ja auch schon angekündigt und sich Gedanken darüber gemacht über Förderungsmodelle in dieser Frage, weil wir werden zu unseren Verkehrsknotenpunkten aus der Peripherie verschiedenste Modelle anwenden müssen, damit die zukünftigen Fahrgäste auf der S-Bahn dementsprechend ihre Anbindungen auch in periphere Gebiete haben. Beim Individualverkehr war natürlich für den Bezirk Voitsberg ganz wesentlich der Ausbau der B70, der fertige Ausbau, wenn man es so sagen kann. Es sind ja nur mehr fünf Kilometer in dem Sinn, was heißt, nur mehr auszubauen, der Rest ist ja bereits ausgebaut. Hier sollte es auch zu einer Fertigstellung dieses Anschlusses kommen. Unfallhäufigkeitsstellen waren ein Riesenthema, haben wir im Bezirk welche, die beachtet werden müssen und wo man eine verbesserte Qualität auf der Straße erreichen muss. Verkehrsberuhigungszonen in Ortsgebieten, Sammelparkplätze, Ausbau von Park-und-Ride-Stellplätzen, auch ein wesentlicher

Bestandteil und, was wir nicht vergessen dürfen und was sehr rasch auf uns zukommen wird und wo es eine starke, große Entwicklung gibt, ist die E-Mobilität. Also der Ausbau von Ladestationen im Bezirk Voitsberg und genau aus diesem Konvolut heraus gibt es diese Multimodalität mit den dementsprechenden Zielen, die Erhöhung der Angebote und der Angebotsqualität für ein multimodales Mobilitätsverhalten. Ich danke noch einmal sehr, Erwin Dirnberger, wir beide waren ja immer dabei, bei jeder dieser Besprechungen, für die konstruktive Zusammenarbeit und ich glaube, wir haben hier ein gutes und ein qualitatives Grundwerk für die zukünftige Verkehrserschließung und für den Ausbau des Verkehrs in unserer Region. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.50 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Anton Gangl, Abgeordneter von der ÖVP.

**LTAbg. Gangl – ÖVP (11.50 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, vor allem liebe Gäste aus Bad Radkersburg, liebe Damen, herzlich willkommen im Landtag!

Ich melde mich als Verkehrssprecher zu Wort und auch als einer, der als Regionsvorsitzender gerade in der Region dabei ist, mit meinen Kollegen aus dem Landtag, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und vielen ExpertInnen vor Ort, einen Regionalen Mobilitätsplan zu erstellen. Ich möchte nicht auf die Inhalte von Voitsberg eingehen, aber ich möchte in paar Punkte nennen, die aus meiner Sicht wesentlich sind. Erstens bedanke ich mich beim Herrn Landesrat, bei der Fachabteilung, dass es diese Mobilitätspläne gibt. Warum ist das so wichtig? Weil sich jetzt die gesellschaftlichen Formen verändert haben, weil aufgrund von Veränderungen, Bezirksstrukturreform, Gemeindestrukturreform auch Veränderung der Bildungsstandorte, der Arbeitswelt, ganz andere Mobilitätsfragen auf die Menschen zukommen und weil es zu deren Lösung mittlerweile auch viele andere Möglichkeiten gibt, die es vor zehn Jahren noch nicht gegeben hat. Daher ist es wichtig, dass wir uns das anschauen, denn Mobilität ist enorm wichtig für den Bildungsbereich, für den Freizeitbereich, für den Berufsverkehr, für die Berufe selbst und natürlich auch für das Private. Ich denke, auf was müssen wir aufpassen? Wir müssen aufpassen, dass wir nicht Modelle erstellen, die, wenn die Förderungen auslaufen, dann nicht mehr von den Gemeinden finanziert werden. Die Gemeinden können die Kosten nicht alle selber tragen. Wir brauchen hier intelligente Modelle und die gibt es tatsächlich. Ich denke, wir müssen auch aufpassen,

dass diese Konzepte nachhaltig wirken, d.h. wenn sie erstellt sind, müssen sie vielleicht auch politische Perioden überdauern, denn es hat sonst keinen Sinn, dass das, was in den Regionen jetzt an Einsatz geleistet wird, sozusagen in personeller Hinsicht, in geistiger Hinsicht und auch in der Prioritätensetzung, was es dann umzusetzen gilt, wenn das nicht nachhaltig weiterverfolgt wird. Und daher ist es wichtig, dass auch so viele Partner dabei sind und dass diese Partner auch ständig in ihrer Arbeit draußen in den Regionen, aber auch auf Landesebene, beim Land Steiermark – das sind die für Verkehr zuständigen, die Bauabteilung, die Landesstraßenverwaltung, auf Bezirksebene die Baubezirksleitungen, die Straßenmeistereien –, dass die alle dieses Konzept intus haben und dass sie wissen, wohin die Regionen wollen, welche Notwendigkeiten es gibt und welche Prioritäten die Regionen auch selbst gesetzt haben. Das ist ein wesentlicher Punkt, denn wir erstellen bald ein Konzept, aber wir müssen es auch umsetzen. Und die Umsetzung braucht Nachhaltigkeit und daher darf dieses Konzept, ich kenne eines, wir haben eines auch im ehemaligen Bezirk Radkersburg gehabt, aber manchmal habe ich gesehen, dass die eine Abteilung und die andere das völlig anders sehen bzw. gar nicht gewusst haben, dass es Konzepte gibt, das auf Landes- aber auch auf regionaler Ebene. Also das heißt, ist das Konzept fertig, müssen wir uns am Riemen reißen und es muss sozusagen die Bibel der Mobilität für die ländliche Region sein und muss natürlich die Sicht nach außen an die übergeordneten Verkehrsnetze mitbetrachten. In diesem Sinne, toll, dass wir das machen und toll wird es auch sein, wenn wir es umsetzen und wenn wir nachhaltig daran arbeiten. Ein steirisches Glück auf. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ – 11.54 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Die nächste Wortmeldung ist vom Abgeordneten Peter Tschernko, ebenfalls von der ÖVP.

**LTabg. Tschernko, MSC – ÖVP (11.54 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer und auch via Livestream!

Ich freue mich heute richtig, dass dieser Regionale Mobilitätsplan der Südweststeiermark und Teilregion Voitsberg beschlossen wird, denn ich persönlich habe ca. 20 Jahre an damaligen Verkehrskonzepten mitgearbeitet und heute kommt es zum Beschluss und in weiterer Folge, so hoffe ich, auch zur Umsetzung vor Ort in den Gemeinden, in den Regionen. Und ich habe mich im Rahmen der Regionalentwicklung immer für eine nachhaltige, intelligente

Verkehrslösung stark gemacht. Vor 20 Jahren war die Verkehrslösung noch eine andere als es jetzt, heute, oder in der Gegenwart sein wird, weil sich die Rahmenbedingungen geändert haben. Vor allem die technischen Rahmenbedingungen haben sich geändert – in der Fahrzeugtechnologie, aber auch in der Kommunikationstechnologie. Und so sind wir jetzt gefordert für unsere Räume, für unsere Lebensräume, eine Verkehrslösung und einen Wohn- und Wirtschaftsstandort zu sichern und zu finden. Und der Ausgangspunkt für uns im Bezirk Leibnitz und Deutschlandsberg, oder für die Südweststeiermark, das sind ja die zwei Bezirke von einer Region von sieben Regionen in der Steiermark, waren ja die dynamischen Lebens- und Wirtschaftsentwicklungen in Leibnitz, im Kernraum Leibnitz, aber auch Deutschlandsberg als Wohnort und Wirtschaftsraum. Und hier ist noch unterstützend für uns dazugekommen, dass wir das Glück haben, einerseits an der Bahn, an der Autobahn hier Verbindungen zu haben, an dieser Technologieachse Graz-Marburg, aber auch an der Koralmbahn, die jetzt ausgebaut wird und teilweise schon ausgebaut ist und wir hier eine gute Chance auch erhalten haben, diesen Wohnstandort, aber den Wirtschaftsraum und Lebensraum weiter zu entwickeln. Das waren auch ein Ausgangspunkt und ein Schwerpunkt. Und ein weiterer Schwerpunkt war der periphere Raum, der ländliche Raum, der abseits dieser Wirtschaftszentren liegt und die nicht vorhandene, oder ganz schlechte Verkehrsverbindung und Verkehrslösung, die es für die Menschen in diesen Lebensräumen gibt – ist heute von meinen VorrednerInnen auch schon angesprochen worden. Und so haben wir eineinhalb Jahre lang in Workshops und im Rahmen der Workshops hier diesen Mobilitätsplan mit vielen Akteurinnen und Akteuren heute schon auch erwähnt, entwickelt. Kollege Petinger hat es auch angesprochen, auch wir haben hier mit demselben Büro die Planung gemacht. Danke auch an dieses Büro, danke nochmals auch an die A16 und vielen Dank auch an das EU-Regionalmanagement, die uns hier durchgetragen haben in diesen Workshops und letztendlich auch bis zur Beschlussfassung und danke auch an die Regionalversammlung. Und diese Leitsätze waren, wie schon erwähnt, die faire Mobilitätschance, also haben wir ja hier im peripheren Raum, um die geht es hier, von der Jugend bis zu den Gästen in touristischen Regionen, bis hin zu den SeniorInnen, aber vor allem bis hin zu den Pendlerinnen und Pendlern, die heute den Individualverkehr beanspruchen müssen, sprich: das Auto, und vielleicht noch andere Verkehrsmittel, um zur Arbeit zu kommen. Hier geht es darum, diesen auch dieses Mobilitätsangebot zu gewährleisten oder zur Verfügung zu stellen. Jetzt haben wir es einmal festgeschrieben, jetzt liegt es natürlich an uns und an den Regionen, wie gehen wir mit der Umsetzung um, oder

wie schnell schreiten wir jetzt voran und versuchen hier, in die Umsetzung zu gehen? Der zweite Leitsatz war „Schutz der Umwelt“, auch das ist ein Aspekt, der nicht unwesentlich ist im Rahmen des Klimaschutzes. Das Dritte, auch vom Kollegen Gangl angesprochen, ist, die Finanzierbarkeit des Verkehrssystems muss ja gewährleistet sein. Wir müssen ja noch die Straßen erhalten, instand halten für den Individualverkehr, und wir müssen aber für die peripheren Regionen, oder entwickeln ja den Mikro-ÖV-Verkehr oder diese Art Rufbussysteme, wie sie auch in anderen Bundesländern, in Oberösterreich oder auch in Niederösterreich schon bestens funktionieren. Und das muss auch finanziert werden. Also hier sind die Gemeinden gefordert, aber hier ist auch das Land gefordert, und diese Finanzierung muss auch gesichert sein. Der vierte Leitsatz war für uns diese Entwicklung von Wohnort- und Wirtschaftsstandorten. Das habe ich hier auch schon erwähnt. Hier geht es jetzt auch um eine grenzüberschreitende Entwicklung. Ich denke jetzt entlang der Koralmbahn, dieser Achse, bis nach Hengsberg und die Technologieachse Graz-Marburg, weiter nach Spielfeld, hier geht es darum, dass man Industrie- und Gewerbeentwicklungen grenzüberschreitend sozusagen auch entwickelt und hier auch interkommunale Ausgleichs- und Konzepte noch erstellen muss, um hier auch in Folge oder in weiterer Folge, und das ist ja unser Wunsch und unser Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen. Und der weitere Aspekt dieser Entwicklung von Wohn- und Wirtschaftsstandorten ist ja noch die Zersiedelung. Wird ja auch jetzt in der Raumordnung oder im Unterausschuss „Raumordnung“ schon heftig diskutiert, wird auch hier im Landtag noch diskutiert werden, d.h. dass man auch hier die Zersiedelung stoppen sollte und könnte, aber auch die Mobilitätskosten in weiterer Folge vermeiden sollte. Das waren ebenso die Ausgangspunkte oder unser Ansatz, unser Zugang zur Mobilität und zur Entwicklung in den Zentren, im Kernraum Leibnitz und in Deutschlandsberg, aber auch in 27 teilregionalen Zentren, die wir hier in der Südweststeiermark haben. Auch diese, oder gerade diese gilt es ja zu stärken und auch diese Zentren müssen an die hochrangigen Verkehrsachsen angepasst werden. Und hier kommt uns, Gott sei Dank gibt es seit der Einführung dieser S-Bahn oder dieses Taktes und der S-Bahn noch unter Edlinger-Ploder, die ja für uns ein Rückgrat darstellt, ... gilt es, diese S-Bahn auch weiterhin zu befüllen oder zu verstärken aus den peripheren Räumen und insbesondere dann in die Zentren der Bezirksstädte, aber auch in die Zentren oder in das Zentrum von Graz. Hier sind ja zig-, zigtausende Pendler aus der Südweststeiermark in den Zentralraum auch unterwegs. Und wenn wir noch Menschen in den peripheren Räumen treffen wollen und die Entsiedelung stoppen wollen, dann müssen wir verstärkt hier den Mikro-ÖV ausbauen, ist heute schon



erwähnt worden. Auch die Pilotbeispiele bei uns, das Weinmobil an der Weinstraße, ist ein Gästetaxi, wo auch natürlich alle mitfahren und nutzen können, dieses Weinmobil oder das Zweite, das Sammeltaxi in Eibiswald, und ich könnte noch einige in anderen Bundesländern aufzählen, bewährt sich ja bestens, aber hier müssen wir natürlich auch die Finanzierung sichern und gewährleisten. Ein Punkt, der mir noch wichtig ist und das war auch Thema bei uns in der Verkehrsplanung oder in dieser Mobilitätsplanung, sind die öffentlichen Buslinien. Die öffentlichen Buslinien gibt es, aber die Haltestellen werden nicht bedient. Und diese Haltestellen, weil es die Frequenz nicht gibt, sagt man uns, haben auch ein Bedienungsverbot drauf, d.h., wenn ein Privatunternehmer hier diese bedienen möchte oder will, kann er sie nicht bedienen. Und das ist zu lösen und das wäre jetzt auch meine Bitte an den Landesrat: Nachdem jetzt diese festgelegten Mindestbedienqualitäten für Deutschlandsberg 2020 verhandelt werden und für den Bezirk Leibnitz 2023 verhandelt werden, wäre hier schon darauf zu achten, dass man dieses starre Konzessionsmodell ein wenig aufbricht und auch flexibler gestaltet und vor allem nutzerfreundlicher gestaltet. Das wäre so meine Bitte und auch der Wunsch an den Landesrat oder ich weiß nicht, wer dann für 2023 zuständig sein wird in Zukunft, dass man dieses starre Konzessionsmodell im Auge behält und eben für die Menschen nutzerfreundlicher macht, damit der Verkehr bzw. der Öffentliche Verkehr und der Mikro-ÖV in den Regionen gewährleistet ist und bleibt. Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, diese Festlegungen auch von den Kollegen schon aufgezählt und auch von mir jetzt noch einmal erwähnt bzw. aufgezählt im Mobilitätsplan der Südweststeiermark, ist natürlich die Basis oder ist die Basis für eine Weiterentwicklung in unserer Region und es geht nicht nur um die Weiterentwicklung, es geht auch um den Erhalt und um die Sicherung unserer peripheren Lebensräume und das heißt jetzt, dass wir, eben die Gemeindeverantwortlichen, aber das heißt auch die Landesverantwortlichen, in weiterer Folge auch der Bund hier zur Umsetzung schreiten und zur Umsetzung gehen. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ – 12.04 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Erwin Dirnberger. Bitteschön, Herr Präsident.

**LTAbg. Dirnberger – ÖVP (12.04 Uhr):** Frau Präsidentin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren auf den Zuseher-, Zuhörerrängen und auch Damen und Herren der Landesverwaltung und der Presse!

Ich darf mich auch zu diesem Tagesordnungspunkt kurz zu Wort melden. Mobilitätsplan, im speziellen Teilregion Voitsberg, Lipizzanerheimat, sage ich dazu, Steirischer Zentralraum, wir sind ja ein Teil des Steirischen Zentralraums. Im Wesentlichen, das strategisch Wichtige wurde von Toni Gangl schon erwähnt und im Detail hat auch Karl Petinger im Wesentlichen schon ausgeführt, ich möchte nur das eine oder andere noch ein wenig ergänzen. Es hat 2016 der Diskussionsprozess stattgefunden und zu guter Letzt wurde am 14.12.2016 in der Regionalversammlung „Steirischer Zentralraum“ unser Mobilitätsplan Teilregion beschlossen. Einige Vorstandssitzungen dazu hat es gegeben und für viel wichtiger waren die Workshops, organisiert von der A16, ich darf mich auch hier sehr herzlich bedanken und die Detailarbeit ist dann vom Ziviltechnikerbüro PLANUM erfolgt, auch da ein Danke, auch deswegen, weil die Diskussionen manchmal sehr intensiv und durchaus hin und wieder kontroversiell und hart geführt wurden. Das ist einmal die Ist-Stand-Analyse, durchgeführt wurde eine Wunschaufnahme, Wünsche haben wir ja sehr viele, umsetzen lässt sich dann so manches nicht. Die Leitsätze, Ziele usw. hat Kollege Karl Petinger schon angesprochen, vom öffentlichen und motorisierten Individualverkehr, aber auch vom Fußgänger- und Radverkehr. Und hier z.B. geht es natürlich um die Entwicklung der gesamten Region und wenn man den Radverkehr anspricht, dann soll eigentlich der Radverkehr wesentlich stärker noch stattfinden, also mehr als nur Freizeit sein, sondern dass man das auch quasi als Fortbewegungsmittel in Richtung, wenn man zum Arbeitsplatz unterwegs ist, zum Einkaufen und dergleichen, also hier in diese Richtung sollte noch mehr unternommen werden und noch mehr Maßnahmen gesetzt werden auch in Richtung öffentlicher Verkehr. Da sind wir grundsätzlich, glaube ich, nicht schlecht aufgestellt in unserer Teilregion Lipizzanerheimat, das gilt es einmal erstens zu erhalten und, wenn möglich oder notwendig, auch auszubauen. Das gilt für Bus und Bahn, bedarf es auch natürlich einer dementsprechenden Bewusstseinsbildung und das ist auch Aufgabe, glaube ich, von uns und auch von der Region. Es wurde schon angesprochen, dass manche, vor allem Buslinien, eher reduziert werden, wenn quasi das Angebot nicht so angenommen wird – ist verständlich. Wenn ein 50er-Bus durch die Gegend fährt und dann sitzen zwei bis drei Leute drinnen, dann wird man früher oder später diese Linie einstellen. Da habe ich Verständnis. Im Gegenzug, glaube ich, ist es und wie es in manchen Regionen schon angedacht und zum Teil in der Umsetzung ist, dass man den Mikro-ÖV ausbaut, da sind zum Teil die Gemeinden natürlich gefordert. Dankenswerter Weise auch das Land. Herr Landesrat, danke, dass es diese Unterstützungsinitiative gibt, aber ich meine auch, dass man auf den Bund zugehen müsste und den Bund eigentlich schon in die Pflicht nehmen sollte,

wenn gewisse andere Linien eingestellt werden, wo zum Teil ja auch Gelder dem Bund erspart werden, dass man hier eine Kostenbeteiligung und Kostenunterstützung einfordern sollte. Also das ist mein Zugang.

Wie gesagt, es gibt schon tolle Ansätze, in unserer Zentralregion ist jetzt gerade das GUST-mobil im Entstehen, ist viel Überzeugungsarbeit, dass auch solidarisch Gemeinden, die besser erschlossen sind vom Öffentlichen Verkehr mitfinanzieren, damit man eben die entlegenen Gebiete dann auch möglichst kostengünstig mit Mikro-ÖV versorgen kann. Natürlich, und nicht verschweigen darf man, dass man auch den motorisierten Individualverkehr hat. Das Straßennetz brauchen wir. Es gilt das Landesstraßennetz zu erhalten, das ist manches Mal schon grenzwertig, wissen wir alle, die budgetäre Situation, ist aber wichtig. Das gilt für den Bus und für den Mikro-ÖV und es wird auch weiterhin natürlich den ganz normalen motorisierten Individualverkehr geben. Hier gilt es natürlich, auch das eine besondere Teilstück, das der Karl Petinger angesprochen hat, das letzte Teilstück der B70, endlich auszubauen, das sind 4,3 Kilometer, nach letzter Planung exakt, aktuell liegen die Unterlagen, die Planungsunterlagen beim Landesrechnungshof zur Prüfung und der prüft das auf Plausibilität und ob es überhaupt notwendig ist, so ein Teilstück auszubauen. Wir beide sind zutiefst überzeugt, glaube ich, lieber Karl, aber die Bevölkerung auch draußen, weil es gibt kaum eine Veranstaltung, wo man nicht angesprochen wird, wann kommt sie endlich, die B70. Ist ein sehr umfangreiches Unterfangen, alles muss geprüft werden, ich habe von der zuständigen Planerin der A16 vor zwei Tagen, eigentlich am Freitag, einen Anruf erhalten, dass jetzt diese geplante Trasse von einem Archäologen noch begangen werden muss, ob es nicht eventuell Funde gibt. Ist zu 99,9 % auszuschließen, aber das darf natürlich nicht übersehen werden, sonst wird es eingewandt und dann kann man das Verfahren wieder zum Teil neu aufrollen. Also das ist schon ein sehr umfangreiches Unterfangen geworden, irgendwo eine Straße zu bauen und zu planen. Und wenn ich sage „notwendig“, dann weiß ich das, weil meine Gemeinde Söding - St. Johann, von diesem Teilstück betroffen ist, und in Spitzenzeiten fahren da tagtäglich 20.000 Kraftfahrzeuge, und das ist für die betroffene Bevölkerung dort eine Herausforderung und natürlich, die pendeln auch, dementsprechend eine Herausforderung. Deswegen ist es unbedingt wichtig, dass dieses Teilstück ehebaldigst kommt, das ist für unsere Lipizzanerheimat – neben dem Öffentlichen Verkehr und anderem Mikro-ÖV und Rad- und Fußgängerverkehr stärken – eine ganz wichtige Forderung. In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.11 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Lambert Schönleitner. Bitteschön, Herr Klubobmann.

**LTabg. Schönleitner – Grüne (12.11 Uhr):** Danke, Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mich nur ganz kurz zu dem Thema auch melden. Ich finde es einmal grundsätzlich positiv, dass wir über die Regionalen Mobilitätspläne hier herinnen reden. Es ist ja nicht immer so, bei REPRO's z.B., Regionale Entwicklungsprogramme, da gibt es auch kein gesetzliches Erfordernis darüber hier zu reden. Wir tun es eigentlich nie, ich glaube, es wäre vernünftig ab und zu über diese Dinge hier herinnen auch zu reden. Aber der Grund, warum ich mich gemeldet habe, ist natürlich ein anderer. Ich bin ein bisschen beim Toni Gangl, der hat am Schluss in seiner Rede auf das hingewiesen, was es noch alles braucht, dass man dann wirklich in die Umsetzung kommt und ich glaube, das ist wirklich wichtig. Wir machen jetzt in allen Großregionen derartige Mobilitätspläne bzw. überarbeiten die alten Verkehrskonzepte, und da ist für mich schon auch immer wieder die Frage, inwiefern erfinden wir immer wieder alles neu in jeder Region oder ist es wohl gut genug, und das richtet sich jetzt in deine Richtung, Herr Landesrat, abgestimmt mit dem Land, dass man quasi die großen verkehrspolitischen Fragen, und da gibt es ja einige Fragestellungen, die man immer gut darüberlegen kann, und passen am Ende die Regionalen Mobilitätskonzepte dort hinein? Ich glaube, das ist eine wichtige Frage und das, was der Toni Gangl ein wenig angesprochen hat, ist die Finanzierung indirekt, du hast es nicht ganz so klar gesagt. Du hast gesagt, wenn das Konzept fertig ist, müssen wir uns am Riemen reißen, so hast es du umschrieben, es geht nämlich schon darum, wenn man ein tolles Konzept hat und einen tollen Plan hat und intermodal geplant hat, alle Verkehrsströme quasi sich angeschaut hat, was ist am Wichtigsten und am besten, um es für die Bevölkerung umzusetzen, so ist es am Ende, und das muss uns allen bewusst sein, und das geht noch einmal in deine Richtung, Herr Landesrat, vor allem eine Finanzierungsfrage. Das ist ganz klar. Ich war vor kurzer Zeit in Vorarlberg, habe mir dort die Initiativen im Öffentlichen Verkehrsbereich angeschaut, den Radverkehr, die ganze Busgeschichte, die Bahngeschichte, und die haben wirklich sehr, sehr viel bewegt. Aber sie haben natürlich auch eines getan, sie haben ein paar große Lenkungsschritte gesetzt und haben natürlich auch Geld in die Hand genommen. Dort gibt es ein 365-Euro-Ticket seit einiger Zeit, ein sehr einfaches, verständliches Tarifsystem, was es der Bevölkerung eben noch einfacher macht, den ÖV zu nutzen. Eine sehr hohe Taktdichte

bis in den Bregenzer Wald, z.B. hinein, wo man wirklich in der Lage ist zu fahren. Also dort kommt es genau zu dieser Kulturwechselfgeschichte, die, glaube ich – der Erwin, oder wer hat sie angesprochen – dass es auch natürlich eine Frage der persönlichen Verkehrskultur ist, steige ich irgendwann um, oder nicht. Aber dazu ist es natürlich Voraussetzung, dass die Qualität stimmt, dass die Infrastruktur stimmt, dass die Taktdichte stimmt und dass das Tarifsysteem einfach ist. Und aus diesem Grund bin ich noch einmal heraus gekommen, weil es gibt eine große Fragestellung, die jetzt offenbar wieder auftaucht auf Bundesebene, du wirst es wissen, das ist die LKW-Maut auf Bundes- und Landesstraßen als Finanzierungsinstrument. Das ist ja auch richtig gesagt worden, unsere Landesstraßen, Brückenbauten etc. sind in einem sehr, sehr schlechten Zustand, da kennen wir den Rechnungshofbericht, aber auch für den Öffentlichen Verkehr brauchen wir natürlich Mittel, um die Qualität sicherstellen zu können. Und ich glaube, es wäre wirklich wichtig, dass die Steiermark hier auch zu jenen Bundesländern gehört, viele sind ja in die Richtung unterwegs, die diese LKW-Maut gemeinsam mit dem Verkehrsminister, ehemaliger Landesrat bei uns und jetzt Verkehrsminister, Jörg Leichtfried, auch umsetzt. Ich glaube, es ist ganz, ganz wichtig, die wirklichen Problematiken dahingehend steuerungsmäßig in den Griff zu bekommen, dass nämlich der Schwerverkehr jener Verkehr ist, der die Straßen massiv belastet und dass natürlich es nicht zu verstehen ist, dass quasi dort, wo das Straßensystem auf Bundesebene finanziert wird, im höherrangigen, im ASFINAG-Bereich, eine Maut eingehoben wird, und dort, wo die Länder zuständig sind, wo wir zuständig sind, schauen wir letztendlich nicht, dass diese Belastungen in einer gewissen Weise auch dazu führen, dass eine Einnahmensituation geschaffen wird, die es uns möglich macht, die Straßen zu sanieren, aber andererseits natürlich auch den ÖV auszubauen. Also ich glaube, es ist wichtig, LKW-Maut anzudenken, klares Finanzierungsinstrument, auf Landesebene haben wir ja immer wieder eine Nahverkehrsabgabe gefordert. Die Stadt Graz hat mehrere Petitionen an dieses Haus, an den Landtag gerichtet, wo sie sagen, wir würden das brauchen, weil es ist ja nicht nur jede Region für sich, wir wissen, aus vielen Regionen der Steiermark fließt der Verkehr nach Graz herein, geht wieder hinaus, das verursacht uns natürlich gerade jetzt Feinstaubprobleme, wenn man die letzte Saison anschaut – wirklich besorgniserregend, wie sich das Ganze entwickelt hat. Darum ist es eine Finanzierungsfrage und ich glaube, wir müssen irgendwann auch so ehrlich sein, wenn es jetzt tolle Pläne gibt, sehr gute Pläne gibt, dass wir auch die nötigen Finanzmittel dafür aufstellen. Beim Tarifsysteem, glaube ich, ist für die Menschen wichtig, etwas Einfaches zu haben, etwas Nachvollziehbares zu haben, und

wenn es auch nicht ein 365-Euro-Ticket ist, die Tiroler machen es jetzt ein wenig höher im Preis, aber mit hoher Qualität, sehr einfach nutzbar. So wird es irgendwann doch wichtig sein, mit einem ganz einfachen, überschaubaren Ticket alle Systeme des ÖV's nutzen zu können. Das wäre es auch schon wieder von meiner Seite, als ich finde das gut, Regionale Mobilitätspläne, es braucht aber eine Gesamtsicht auf die Steiermark und ganz klar, deutliche Finanzierungsinstrumente und Entscheidungen. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 12.16 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1441/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Grünen mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**N1. Bericht des Ausschusses für Regionen über den Antrag, Einl.Zahl 1336/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg, betreffend Anpassung der Bebauungsdichteverordnung.**

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Karl Petinger. Bitteschön.

**LTAbg. Petinger – SPÖ (12.17 Uhr):** Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Zuhörer!

Sie erlauben mir, dass ich beide Nachtragsanträge in einer Wortmeldung zusammenfasse. Wir haben ja dazu eine Unterausschusssitzung gehabt und haben dort über diese beiden Punkte kurz beraten, Anträge der KPÖ. Ich darf vielleicht so beginnen, in dem einen Antrag bezüglich Ausweitung der Nachbarrechte im Baurecht wird von der KPÖ sehr klar festgehalten, dass 3.000 Hauptwohnsitze in Graz jährlich mehr werden, das bedeutet aber auch, das ist ganz klar, dass man fast 3.000 Wohnungen, wenn nicht Altwohnungen teilweise besiedelt werden, 3.000 neue Wohneinheiten braucht. Und da müssen wir uns, und es sind beide Anträge in der Letztfolge dann widersprechend, Gedanken machen, wo wollen wir diese Wohnungen haben? Wollen wir sie im dicht verbauten Gebiet, wozu wir alle stehen

– wir wollen im Prinzip nach Möglichkeit wenige Neubauten auf der grünen Wiese bzw. wir wollen die Verdichtung der Ortskerne massiv fördern bzw. befürworten diese Vorgangsweise. Wenn wir jetzt, wie in diesem Antrag gefordert, Gebäudehöhen, Orts- und Landschaftsbild, Bebauungsdichten in ein Nachbarrecht umwandeln, dann behaupte ich, dass es fast unmöglich ist, Ortskerne zu verdichten, weil es hier immer wieder natürlich subjektive Einwendungen geben wird von dem einen oder anderen Nachbarn, der sagt: „Ich will nicht, dass auf meinem Nachbargrundstück ein derart hohes Haus gebaut wird. Ich will nicht, dass da verdichtet wird, weil da meine Qualität verloren geht.“ Und man stelle sich vor, man hat drei oder vier Nachbarn, dem einen macht es nichts, der andere will das und der andere will das Ortsbild. Wie soll es dann hier zu einem klaren Verhandlungsergebnis kommen mit letztendlich der Möglichkeit einen Investor hier auszubauen? Vielleicht eine Anmerkung dazu noch, das Baugesetz in der momentanen Fassung legt sehr genau fest oder unterscheidet sehr genau zwischen subjektiv-öffentlichen Rechten, zwischen öffentlich-rechtlichen Einsprüchen und zwischen privatrechtlichen Einsprüchen und das ist nicht umsonst so, weil genau hier dahinterliegende rechtsrelevante Dinge liegen. Wenn wir das zu vermischen beginnen, kommen wir in Wirklichkeit in ein Chaos hinein und es lässt sich keine Bauverhandlung mehr dementsprechend positiv abschließen, fast keine Bauverhandlung mehr, weil es sehr viele subjektive Einwendungen gibt, die dann aber einen Öffentlichkeitscharakter haben und in Wirklichkeit dann wirklich rechtsrelevant sind.

Noch einige Bemerkungen jetzt zur Bebauungsdichteverordnung: Ich habe schon gesagt, wir wollen dichte Verbauung, wir wollen Ortskerne verdichten. Dieser Antrag einer 20%-igen Beschränkung einer Überschreitung ist völlig praxisfremd, muss ich sagen, weil auch hier haben wir ganz klar in der Bebauungsdichteverordnung geregelt, dass es geringfügige Überschreitungen mittels eines Gutachtens, eines Ortsplanes geben muss, damit das möglich ist. Wir haben nun mal nicht punktuelle Dichteausweisungen, Gott sei Dank, aber das sagen Sie in Ihrem Antrag selber, dass wir flächige Ausweisungen haben, wo es im Einzelfall in dieser Fläche vorkommen kann. Es geht ja nicht anders, dass es zu Dichteüberschreitungen kommt, wenn wir eine generelle, punktuelle Ausweisung mit einer 20%-igen Begrenzung machen, würden wir hier auch einen Verwaltungsaufwand betreiben und in der Praxis ist nicht umsetzbar, hier dementsprechend auch wirklich zukünftig Ortskerne zu verdichten. Deswegen werden wir von der SPÖ diese beiden Anträge ablehnen und dementsprechend dem Antrag aus dem Ausschuss zustimmen. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.22 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Herr Kollege Petinger hat in seiner Wortmeldung auch gleich auf den Tagesordnungspunkt N2 repliziert, obwohl wir beide Tagesordnungspunkte getrennt behandeln. Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann. Bitteschön, Herr Kollege.

**LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann – FPÖ (12.22 Uhr):** Danke, Frau Präsident! Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Ich hätte das jetzt auch so gesehen wie mein Vorredner, dass man das gemeinsam behandelt, weil ja beides in irgendeiner Form zusammenhängt oder in einer sehr starken Form zusammenhängt. Also wir werden, so, wie im Unterausschuss auch schon besprochen, diesen beiden Stücken auch nicht unsere Zustimmung geben, weil das Gebot der Stunde ist nicht eine zusätzliche Regulierung, geschätzte Damen und Herren, sondern eine Deregulierung. Wenn man überlegt, dass man eigentlich fast nirgends so komplex an die Sache Bauen herangeht wie in der Steiermark in Sachen Verfahren, dann müsste man eigentlich als verantwortungsvoller Mensch, wenn man sagt, die Gesetze sollen ja auch lebbar sein oder umsetzbar sein, hier einen Rotstift hernehmen und gewisse Dinge verändern und vereinfachen und genau mit diesem Zugang der KPÖ machen wir es nicht. Wir machen es noch komplizierter und wir machen noch mehr Regulierung, das wollen wir hier nicht. Und viele, glauben Sie mir, geschätzte Damen und Herren, viele Bauträger, Baumeister, Architekten und Menschen, die bauen wollen, in unserem Land, wollen das auch nicht. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ich gebe Ihnen nur ein Beispiel der Stadt Graz, es kann Ihnen passieren, dass Sie hier zwei bis drei Jahre warten, sie haben eine Altstadtsachverständigenkommission, sie haben einen Fachbeirat, sie haben die Behörde von der Stadtplanung über das Kanalbauamt bis hin zur Bauverhandlung. Das dauert, ist mir klar, Graz ist eine große Stadt, es wird viel gebaut. Aber das alles sind ja Dinge, die die Politik in Form ihrer Rahmenbedingungen bestimmen oder verändern könnte, wenn sie es wollte. Und da sehe ich hier den falschen Zugang. Zum Zweiten haben wir ja nicht nur die Gesetze, die uns hier hemmen, sondern wir haben auch Normen, die früher die Ö-Normen waren, dann die Europa-Normen und jetzt nur mehr als rein österreichische Normen, man höre und staune, in den Fokus rücken. Was heißt „rein österreichische Normen“? Die sind mit derartig vielen Konjunktiven besetzt, dass viele von uns gar nicht wissen, dass diese Normen zum Teil von den Normungsinstituten wieder zurückgezogen werden, weil sie am Ende der Tagesordnung nicht wissen, ob es bei irgendwelchen Verfahren, die sich auf die Norm berufen, Probleme juridischer Natur gibt.



Das heißt, sie haben ein zusätzliches Baufeld aufgemacht. Raumordnungsdämmer, weil die Dichte angesprochen wurde, Karl Petinger, völlig richtig, wir haben ja grundsätzlich uns dabei verständigt in der Baukulturenquete von innen nach außen zu entwickeln, das bedeutet selbstredend, geschätzte Damen und Herren, die Dichte ist dort beizubehalten, relativ dichter auch zu werden, wenn es darauf ankommt in Zentren und zentrumsnahe zu entwickeln. Vor allem, wenn man die großen Städte nimmt, ist ohnehin in fast jedem großen Bereich hier die Dichte nach Flächenwidmungsplan ohnehin überschritten und hier noch Dichteverordnungen vorzugeben, ist im Grunde nach schon einmal nicht möglich. Also das ist eine Geschichte, die können wir, glaube ich, lassen. Vernünftig wäre es, dass wir hier in der Raumordnung, in Verbindung mit dem Baugesetz vielleicht einen Schritt weiter gehen und auch hier deregulieren, aber diese Dinge, und ich habe es hier schon oft gesagt von dieser Stelle aus und an diesem Pult, die in der Baukulturenquete wichtigen Eckpfeiler mittragen und auch umsetzen. Jetzt war das 2013, jetzt weiß ich schon alles, es hat eine gewisse Zeit gebraucht, bis das angekommen ist, aber jetzt wäre es an der Zeit, dass wir in dieser Periode, glaube ich, den Schnitt machen und hier wirklich für vernünftige, entschlackte Gesetzgebung in Bau- und Raumordnung durchführen. Teilweise, geschätzte Damen und Herren, haben wir ein Verhinderungsinstrument und kein Gebrauchsinstrument und das ist das, was wir aber am Bau brauchen würden. Also, abgesehen davon, haben wir noch OEB-Richtlinien, wo die Frage sich stellt, was gilt wann? Auch hier gibt es Experten, die in vielen Bereichen bei Bauverhandlungen anderer Meinung sind, das Baugesetz mit der OEB-Richtlinie in dem Fall, obwohl es inkludiert ist, abgleichen wollend. Geschätzte Damen und Herren, abschließend, wir sind gegen diese Veränderungen, wir glauben, eine Novelle ist notwendig, das ist keine Frage, aber die muss rasch, einfach, verständlich und umsetzbar werden. Danke. Glück auf.  
*(Beifall bei der FPÖ - 12.27 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1336/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**N2. Bericht des Ausschusses für Regionen über den Antrag, Einl.Zahl 1337/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg, betreffend „Ausweitung der Nachbarrechte im Baurecht“.**

Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Erwin Dirnberger. Bitteschön, Herr Präsident.

**LTabg. Dirnberger – ÖVP (12.28 Uhr):** Frau Präsidentin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf mich auch hier kurz zu Wort melden, wobei die zwei Tagesordnungspunkte thematisch ineinander spielen und gemeinsam eigentlich zu behandeln sind. Ich kann das nur unterstützen, was die Kollegen Petinger und Deutschmann hier ausgeführt haben und bin sehr dankbar, ich war leider im Unterausschuss nicht dabei, weil ich verhindert war, dass hier diese Entscheidung getroffen worden ist im Namen der Gemeinden, aber auch natürlich der jeweiligen betroffenen Bauwerberinnen und Bauwerber. Die Nachbarrechte sind klar geregelt, es ist alles schon angesprochen worden, und wenn wir das jetzt in Richtung Gebäudehöhe, Bauplatzeignung und Orts- und Landschaftsbild erweitern würden, was durchaus legitim ist, dass man darüber diskutiert, dann wäre das vor allem beim Letzten, dem Orts- und Landschaftsbild, ein Wahnsinn, weil selbst Fachleute sich manchmal schwer tun, und wenn dann individuelles Empfinden dazu kommt von Betroffenen, dann wäre das eine besondere Herausforderung und es gibt bei uns vielfältigste Situationen draußen. Zum einen gibt es Bebauungspläne, wo relativ klar alles geregelt ist, aber es gibt auch die freie Bauweise, wo ich in einem Ortsteil das klassische Satteldach, das Walmdach, das Pultdach und auch jetzt neu, das Flachdach, vorfinde, und jetzt hat der Nachbar diese Dachform und der andere möchte etwas anders bauen, dann plötzlich würde er meinen, das passt nicht ins Landschaftsbild oder Ortsbild. Also das wäre sehr weitgehend und würde natürlich bei allem persönlichen Empfinden, dass das gerechtfertigt ist, aber ein elegantes Verhinderungsinstrument sein, was dann automatisch das Bauverfahren verzögert und auch natürlich das Landesverwaltungsgericht sehr beschäftigen würde, weil dann viele Verfahren dann dort enden würden. Und es hat vor Jahren, damals war, glaube ich, Landesrat Schmid zuständig für die ganzen Bauagenden, sprich Baugesetz und dergleichen, einmal die Diskussion gegeben, man sollte eigentlich bei den Grenzabständen diese Sonneneinstrahlung, sprich: die Belichtung des Bauplatzes berücksichtigen, und da war einmal die Idee, dass man

das aufgrund der Höhe des Bauwerkes und des Grenzabstandes nach der Einstrahlung der Sonne definiert. Dann ist man gleich in der Diskussion darauf gekommen, wann nehme ich das, nehme ich es im Frühjahr, nehme ich es im Sommer, im Herbst, im Winter? Also das wäre ein Unterfangen, unendlich schwierig. Jetzt hat man eine klare Regelung, die man beibehalten hat, zwei Meter Grenzabstand plus Geschoßhöhe ein Meter. Nachvollziehbar für den Nachbarn und ist bei den Bauverhandlungen draußen eigentlich nie eine Diskussion, weil das ist Gesetzeslage, das wird akzeptiert und ist auch leicht erklärbar. Das ist nur ein Beispiel, wie kompliziert es werden könnte, wenn man da so individuelle Lösungen zulassen möchte oder Bedürfnisse zulassen möchte. Also ein Danke, dass das in die richtige Richtung geht, auch, wie gesagt, im Namen der Gemeinden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.31 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Vielen Dank.

Somit kommen wir jetzt zur Abstimmung beim Tagesordnungspunkt N2, der natürlich im inneren Zusammenhang mit N1 steht.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 1337/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mit Stimmen von SPÖ, FPÖ und der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**3. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft über den Antrag, Einl.Zahl 1214/1, der Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Lambert Schönleitner und Sandra Krautwaschl betreffend Pestizide müssen reduziert werden!**

Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Albert Royer. Bitteschön.

**LTAbg. Royer – FPÖ (12.32 Uhr):** Ja, Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen!

Ich habe die ehrenvolle Aufgabe und darf den Antrag über eine punktuelle Abstimmung zum Grünen Entschließungsantrag stellen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 12.32 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Ich glaube, der Grüne Entschließungsantrag wurde abgeändert nach meiner Information. Vielleicht kann das ganz kurz jemand aufklären, aber aus meiner Sicht der Dinge gibt es jetzt nur mehr einen Punkt auf dem geänderten Entschließer und ich möchte bitte, das noch einmal zu überdenken.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Gabriele Kolar. Bitteschön Gabi.

**LTabg. Kolar – SPÖ (12.33 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es geht wieder bei diesem Antrag der Grünen um eine ganz wichtige Materie zum Thema Umwelt, Gesundheit und Vorsorge. Es geht um die Pestizide. Pestizide ist ein Sammelbegriff für Giftstoffe, die gegen Schädlinge eingesetzt werden und diese Giftstoffe sollen lästige und schädliche Lebewesen töten. Sie sollen sie vertreiben oder in Keimung, Wachstum oder Vermehrung hemmen. Pestizide werden in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt, in der Lagerhaltung von Lebensmitteln aber auch in Privatgärten und Haushaltsproduktionen. Will man Materialien, wie Kleider, Möbel oder Baustoffe vor Schädlingen schützen, nennt man diese verwendeten Wirkstoffe Biozide. Werden Spritzmittel zum Schutz von Kulturpflanzen eingesetzt, bezeichnet man sie auch als Pflanzenschutzmittel. Je nach Einsatzgebiet und Wirkung unterscheidet man zwischen verschiedenen Pestizidgruppen, zum Beispiel gegen Unkräuter und Insekten, gegen Schimmelpilze und Mikroorganismen, gegen Milben, gegen Nagetiere, gegen Schnecken und vieles mehr. Die Geschichte der Pestizide beginnt mit den Anfängen des Ackerbaus schon vor über 4.000 Jahren. Im alten Mesopotamien wurde bereits 2.000 vor Christus Schwefel zum Schutz vor Pflanzen eingesetzt. Im Mittelalter wurde mit hochgiftigen Schwermetallverbindungen experimentiert, zum Beispiel mit Arsen und Quecksilberverbindungen. Im 19. Jahrhundert konnten Wirkstoffe aus Pflanzen isoliert werden, die Insekten abtöten und die zum Teil heute noch als Pflanzenschutzmittel verwendet werden. Kurz vor und während des Ersten Weltkrieges entwickelte sich die industrielle Produktion von Pestiziden, und zwar durch den Einsatz chemischer Kampfstoffe. Seitdem hat sich eine enorme Pestizide-Industrie entwickelt, mit Umsätzen im vielstelligen Milliardenbereich. Während des Zweiten Weltkrieges, und das wissen Sie alle und Sie kennen es aus der Geschichte, wurde die chemische Substanz DDT in großen Maßen hergestellt. DDT wurde zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers und gegen Läuse bei Soldaten eingesetzt. Die gefährlichen Auswirkungen dieser Substanzen waren damals noch kaum bekannt. Die

Industrie bewarb DDT als „für Mensch und Tier unschädlich“, mit dem Zusatz „amtlich geprüft und von der biologischen Zentralanstalt anerkannt“. Heute weiß man, dass DDT krebserregend ist sowie in unvorstellbarem Ausmaß die Umwelt und Tierwelt schädigt, es in den Hormonkreislauf eingreift und Fruchtbarkeitsstörungen hervorruft. Pestizide sind per Definition „zum Töten“ gemacht und können daher auch schädliche Auswirkungen auf andere Organismen, auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit haben. Pestizide können krebserregend, fortpflanzungsschädigend und erbgutverändernd sein, sie können als Nervengifte wirken, sie können Haut, Augen und Atemreizungen hervorrufen. Spritzmittel können Vögel, Fische, Bienen, Regenwürmer und Bodenorganismen schädigen. Sie können sich in der Umwelt anreichern und schädigen dadurch unsere Gewässer und Böden. Wie gesagt, die Pestizide bedrohen auch die Artenvielfalt. In Österreich sind mehr als 50 Prozent aller Säugetier-, Vogel- und Fischarten in den roten Listen unter den Kategorien „potenziell gefährdet“ bis hin zu „vom Aussterben bedroht“ zu finden. Bei Reptilien sind es über 90 % und bei Amphibien sogar 100 %. Zahlreiche Studien belegen, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt hat. Durch das Spritzen schädigt man nicht nur die zu bekämpfenden Schädlinge, sondern ungewollt natürlich auch Nützlinge. Welche Alternativen hätten wir? Die biologische Landwirtschaft versucht mit Hilfe umweltschonender Maßnahmen Pflanzenschutz auf natürliche Weise zu gewährleisten. Es dürfen dabei keine chemisch synthetischen Pestizide verwendet werden. Stattdessen setzt man auf natürliche Wirkstoffe und pflanzenstärkende Maßnahmen, durch Fruchtfolgen und organische Düngung, dadurch wird die Fruchtbarkeit des Bodens erhalten und gefördert. Schädlinge werden unter anderem mit ihren natürlichen Feinden, so genannter Nützlinge, in Schach gehalten. Die Pestizide begünstigen auch chronische Krankheiten. Chronische Krankheiten sind in vielen industrialisierten Staaten wie Deutschland und den USA weit verbreitet. Mehr Studien als je zuvor, bringen die Entstehung chronischer Erkrankungen mit der Pestizidenbelastung unserer Lebensmittel und Umwelt in Verbindung. Pestizide stehen im Verdacht an der Entstehung von Krebs, Fortpflanzungsstörungen, Diabetes, Autismus, Asthma, Geburtsfehlern, Parkinson, Alzheimer und noch weiteren Krankheiten maßgeblich beteiligt zu sein. Wie vorhin schon erwähnt, der Konsum von biologisch erzeugten Lebensmittel ist die einzige Möglichkeit, sich vor diesen Giften zu schützen. Bioprodukte enthalten praktisch nie oder höchstens unbeabsichtigt Pestizide und dann auch nur im Spurenbereich, was leider durch die Allgegenwertigkeit dieser Gifte nicht immer vermeidbar ist. Knapp 450 Stichproben zeigten, dass in rund 81 % der konventionell produzierten

Frischware Pestizide nachweisbar waren. Bei Bioobst und –gemüse war es genau umgekehrt, 87 % der Proben enthielten keine Pestizide. Die übrigen 13 % enthielten, wie gesagt, lediglich Spuren davon. Verbraucher, die Bioobst und Biogemüse kaufen, handeln nicht nur im Sinne ihrer Gesundheit und der ihrer Kinder, sondern sie fördern gleichzeitig die Artenvielfalt und den Umweltschutz. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.42 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Lambert Schönleitner. Bitteschön Herr Klubobmann.

**LTAbg. Schönleitner – Grüne (12.43 Uhr):** Danke Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Die Gabi Kolar hat jetzt eindrucksvoll heruntergelesen und in Ihrer Rede gesagt, welche Problematiken es mit Insektiziden, Pestiziden, Wirkstoffen unterschiedlicher Art auf sich hat, wo die Problematiken entstehen, das möchte ich jetzt nicht noch einmal wiederholen, aber mir ist trotzdem wichtig, mich noch einmal zu diesem, uns sehr wichtigen Punkt, zu melden. Da wende ich mich an dich Herr Landesrat, lieber Hans Seitingner, du hast ja vor nicht allzu langer Zeit, glaube ich, einmal mit der Landwirtschaftskammer gemeinsam oder war es der Bauernbund, ich weiß es jetzt nicht, es ist fast das Gleiche meistens oder eines im Gesamten, eine neue Landwirtschaftsstrategie für die Steiermark präsentiert oder vorgeschlagen oder halt in diese Richtung argumentiert, wo es eben genau darum gegangen ist, auch solche Dinge anzusprechen. Da ist es um Ernährungssouveränität und andere Dinge gegangen, aber natürlich auch um die Lebensmittelqualität, wie unsere Landwirtinnen und Landwirte produzieren. Was sie für Bedingungen haben? Denn es hilft uns ja nichts, wenn wir nur die Gefahren, die jetzt aufgelistet wurden, ansprechen, sondern, ich glaube, es braucht ja auch Mechanismen und Strategien, unsere Bäuerinnen und Bauern dabei zu unterstützen, wie sie den Weg in Richtung einer schonenden Lebensmittelproduktion, einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion, einschlagen können? Und dazu ist es natürlich schon auch wichtig, jene Dinge zu benennen, die nicht so erfreulich sind. Und das ist natürlich der Pestizideinsatz, wenn man den sich anschaut in den letzten Jahren, wie er sich entwickelt hat, vor allem im Bereich der Insektizide, aber auch der Herbizide, ist natürlich in der Landwirtschaft einiges in Bewegung geraten. Das hat natürlich damit zu tun, das wissen wir aus den Zahlen, dass es zunehmend zu einer Intensivierung kommt, das heißt, unsere Bäuerinnen und Bauern haben

kaum mehr die Gelegenheit mit der internationalen Marktentwicklung mitzuhalten und sind natürlich dann auch teilweise gezwungen, im konventionellen Bereich sehr stark in den chemischen Bereich des Pflanzenschutzes hineinzugehen und da braucht es ganz einfache Dinge um gegenzusteuern. Wenn man sich den grünen Bericht 2016 anschaut, ich habe ihn mitgenommen und ein paar Daten herausgenommen, dann sieht man schon sehr klar, dass wir eigentlich auch, was die Zulassung an neuen Wirkstoffen anlangt, eine massive Zunahme haben. Es war so, dass der Stand der Zulassungen im Jahr 2006 noch bei 623 Zulassungen gestanden ist, 2015 haben wir 1.220 Zulassungen, 2014 waren es noch 1.099, das heißt, es steigert sich schon stark auch die Zulassung neuer Substanzen, die in Verwendung geraten. Aber was uns natürlich noch mehr beunruhigt, in der Gesamtheit gesehen, der gesamten Wirkstoffgruppen, ist es auch so, dass die in Verkehr gebrachten Pflanzenschutzmittel massiv zunehmen. Wir haben hier wirklich 12 % Zunahme zu verzeichnen, jetzt wieder unmittelbar in den letzten Jahren und es geht nicht nach unten, sondern es geht nach oben, und ich glaube, das sollte eigentlich für uns das Alarmzeichen sein, dass wir doch noch nicht in die Richtung unterwegs sind, dass wir, was Lebensmittelqualität anlangt, was das in den Verkehr bringen gefährlicher Stoffe anlangt, diesen Strategiewechsel, den du ja zurecht angesprochen hast oder zurecht einforderst, dass wir den noch lange nicht erreicht haben. Was uns aber bei diesem Thema sehr, sehr wichtig ist und auf das möchte ich noch eingehen, weil uns geht es nicht um Mesopotamien, glaube ich, hast du gesagt, Kollegin Kolar, uns geht es um die Steiermark natürlich auch in diesem Fall, da ist es für uns interessant, was wird denn eigentlich in unserem Bundesland an Wirkstoffen ausgebracht? Und ich glaube, das ist legitim zu wissen, vor allem auch im Interesse jener, die nämlich biologisch produzieren, die eine andere Wirtschaftsweise haben. Für die ist es ganz, ganz wichtig, dass es hier Transparenz gibt. Auf der anderen Seite, was wird hier an problematischen Substanzen und Wirkstoffen in unserem Bundesland ausgebracht? Und das hat mich eigentlich, nachdem es ja diese EU Richtlinie gibt, dass es diese Statistiken geben muss, es ist zwar nicht sehr genau definiert, wie sie ausschauen, aber nicht der Fall ist, dass wir – Bundesländergrenze genau – zum Beispiel, oder vielleicht auch Bezirksweise Statistiken führen und feststellen können und Aufzeichnungen machen, was an Wirkstoffen, die problematisch sind, ausgebracht wird. Da geht es mir überhaupt nicht darum, ich sage das ganz klar, um den einzelnen Landwirt oder die Landwirtin vorzuführen, dass man sagt, was hat der gespritzt? Was macht der? Aber ich glaube, in der Menge und in der Summe ist es total wichtig, dass wir wissen, in welche Richtung es geht. Und das ist speziell in der Steiermark besonders wichtig, weil wir ja mit der

Intensivschweinemast, dem Schweinezuchtbereich hier ein Segment der Landwirtschaft haben, wo wir wissen, dass es eben sehr intensiv darum geht, was an Pflanzenschutzmitteln eingesetzt wird und an Stoffen, und wir aber jetzt nicht wissen, was in der Steiermark tatsächlich ausgebracht wird. Ich glaube, es wäre wichtig, diese Daten zu bekommen. Darum ist es für mich eigentlich unverständlich, wenn ich die Stellungnahme der Regierung, der Landesregierung kurz zitieren darf, in einem Absatz wird darauf hingewiesen: „...die beruflichen Verwender von Pflanzenschutzmitteln sind ohnehin bereits nach dem Steiermärkischen Pflanzenschutzmittelgesetz 2012 – das haben wir ja vor einiger Zeit beschlossen – verpflichtet, genaue Aufzeichnungen zu führen, aus denen mindestens die Bezeichnung des Grundstückes, die Schlaggröße, die Kulturpflanze, das angewendete Pflanzenschutzmittel und die Aufwandmenge pro Hektar oder die Konzentration und Brühmenge pro Hektar sowie das Datum und so weiter aufgezeichnet wird.“ Und darum ist es aus meiner Sicht absurd, wenn es die Daten gibt, die Bäuerinnen und Bauern müssen vor Ort die Dinge aufzeichnen, müssen sie in Listen eintragen, dass wir hier nicht zu einem Online-System gehen oder wie auch immer, eine Möglichkeit haben, dass wir steiermarkweit das erfasst, was sie ja ohnehin aufzeichnen müssen. Das ist ja eigentlich auf keinen Fall das Versagen der Bäuerinnen und Bauern, sondern das Versagen eigentlich der kontrollierenden Behörde oder der Verantwortlichen im Landwirtschaftsbereich, dass wir diese Zahlen nicht bekommen. Ich glaube, es wäre wichtig, wenn wir heute, und es freut mich sehr, dass es offenbar Zustimmung gibt, bei ÖVP und SPÖ, zu unserem Entschließungsantrag, den wir noch ein bisschen verschärft haben, damit ihr auch mitgehen könnt's, inhaltlich, wenn wir das beschließen, hier herinnen, dass in Zukunft der Aktionsplan für die Steiermark, was Pflanzenschutzmittel anlangt, evaluiert werden soll, dass wir den auf den Stand der Zeit bringen, dass wir es hier vielleicht dann im Rahmen dieser Evaluierung und Neugestaltung dazu bringen, dass wir auch feststellen können, welche Substanzen konkret in der Steiermark ausgebracht werden. Ich glaube, es geht darum, jenen Unterstützung zu geben, die teilweise unter hohem Risiko in den letzten Jahren einen anderen Weg eingeschlagen haben, die Lebensmittelproduktion wirklich als Lebensmittelproduktion verstehen, nicht in die Intensivierung, in die Industrialisierung hineingehen, ich glaube, jene würde man massiv unterstützen, wenn es uns gelingen würde, und das ist immer das Wichtigste, die Qualitäten konkreter festzuschreiben und hier nicht quasi aufzumachen, für die konventionelle Produktion, die leider immer noch stärker in den chemischen Bereich hingeht.

Ich darf somit unseren Entschließungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt einbringen.



Es heißt jetzt in einem Satz. Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Aktionsplan des Landes Steiermark zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmittel zu evaluieren und zu aktualisieren.

Ich ersuche um Annahme. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 12.50 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Hubert Lang. Bitteschön.

**LTabg. Hubert Lang (12.51Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Darf mich hier an dieser Stelle einmal für das Wort bedanken oder die Gelegenheit, nachdem jetzt beide Vorredner natürlich auf die Gefahren und auf die Auswirkungen hingewiesen haben, darf ich die Gelegenheit wahr nehmen, nachdem ich aus der Praxis komme und als Produzent, als aktiver Landwirt hier stehen darf, nicht nur zu der Grundsatzsituation, im ersten Teil kurz Stellung zu beziehen, sondern zur allgemeinen Situation, wie es den Bäuerinnen und Bauern, wie es den Produzenten tatsächlich vor Ort geht, und wie man das Thema Pestizid tatsächlich lebt. Meine Damen und Herren, es ist eine EU Verordnung oder eine EU Richtlinie angesprochen worden, wo die Definition von Pestizid klar geregelt ist. Und es stimmt schon, was die Frau Kollegin Gabi Kolar angesprochen hat, dass man Pestizide mit Gift in Verbindung bringt. In Wirklichkeit ist es tatsächlich geregelt, in der EU Richtlinie 2009 aus 128 EG – Begriffsbestimmungen für Pestizid – nachdem sowohl Pflanzenschutzmittel im Sinne der Verordnung EG Numero 1107 aus 2009 und auch Biozide Produkte im Sinne der Richtlinie 98 EG über das in Verkehr bringen von Biozidprodukten darunterfallen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, um das zusammenzufassen, die Pestizide sind, sämtliche Pflanzenschutzmittel, die zum Schutz von Pflanzen und die Biozide, die zum Schutz der Gesundheit oder der Produkte des Menschen ausgebracht werden. Das ist die Definition, die auch die Frau Kollegin kurz angesprochen hat. Meine Damen und Herren, alle Pflanzenschutzmittel fallen unter den Begriff Pestizide und ich darf schon darauf hinweisen auch, das hat der Kollege Lambert Schönleiter angesprochen, dass es hier darum geht, auch Pilzkrankheiten werden von Pflanzenschutzmitteln mitbekämpft, aber auch mehrere Begriffe wie nicht nur die Insektenbekämpfung – Insektizide, die Pilzkrankheiten – Fungizide, Herbizide, Unkräuter zu bekämpfen, Bakterien, Milbenkrankheiten werden mit Akariziden zu

behandeln sein. Ich glaube und das ist, glaube ich, in dieser Runde eine Einstimmigkeit, wenn wir vom Schutz sprechen, vom Pflanzenschutz oder vom Schutz sprechen, in erster Linie und das haben wir schon des Öfteren besprochen, dass der Schutz des Menschen im Vordergrund steht, Schutz der Tiere, Schutz der Pflanzen, Schutz der Natur, und wenn wir uns dem Schutz der Pflanzen widmen, dann ist es schon ein Thema, und die Praktiker vor Ort, für die ist Pflanzenschutz wesentlich weiter zu betrachten. Meine Damen und Herren, in erster Linie betrifft es, wenn es um den Pflanzenschutz geht, eine gesunde Pflanze zu erhalten, denn es gibt eine so eine schöne Bezeichnung „nur in einer gesunden Pflanze reifen gesunde Früchte“ und ich darf vielleicht das etwas abwandeln, „nur in gesunden Pflanzenprodukten finden wir auch die Gesundheit für die Menschen und für die Tiere wieder“. Und wenn es um gesunde Pflanzen geht, dann muss man das weiter betrachten als Praktiker. Da geht es nicht nur um den Pflanzenschutz, sondern auch darum, wo werden diese Pflanzen gesetzt, gesät? Da geht es um einen gesunden Bodenaufbau, um Bodenschonung, um gesunde Bodenbewirtschaftung. Die Praktiker vor Ort, die das tagtäglich leben, investieren beträchtliche Summen um Boden zu schonen, um Boden nachhaltig zu bewirtschaften. Meine Damen und Herren, Pflanzenschutz hat auch damit zu tun, dass wir die geeigneten Lagen nützen, auf die geografischen Lagen hinzuweisen, denn es ist nicht in jeder Lage alles möglich, insbesondere dann, wenn es darum geht, speziell bei Pilzkrankheiten darauf zu achten, dass man Pflanzen dort sät oder pflanzt, wo Pilzkrankheiten, Schorf, Mehltaupilz, ob das windige Lage ist oder wie auch immer, die geeignetsten Lagen auszuwählen sind. Weiters ist darauf zu achten, und hier zielt das besondere Pflanzmaterial auch hin, um widerstandsfähiges Sortenmaterial auszusäen, auszupflanzen. Hier ist besonders das Land Steiermark, und ich danke unserem Herrn Landesrat, sehr dahinter, um über Forschungsprojekte, Sorten auszuwählen, zu suchen, die wenig oder große Widerstandskraft gegen Krankheiten aufweisen, um so vorbeugend schon einen Pflanzenschutzmitteleinsatz zu reduzieren. Meine Damen und Herren, bei Pilzkrankheiten ist die Sortenauswahl, die Lage ein entscheidender Faktor. Bei Insekten und insbesondere, weil der Obstbau angesprochen worden ist und Kollege Lambert Schönleitner, du weißt das, Apfelwicklerbefall, Verwurmung im Apfel, wird maßgeblich über Verwirrung bekämpft, wenn ich das sagen darf. Verwirrung ist ein Pheromonpflanzenschutzmittel, ein Duftstoff, um die Vermehrung des Apfelwicklerfalters zu verhindern, dass es nicht zur Paarung kommt, dass sich Männchen und Weibchen nicht treffen und nicht finden, wird in dieser Art und Weise bekämpft. Das ist ein Duftstoff, ein Pheromon, nachweislich auch in diese Richtung, wo unsere Bäuerinnen und Bauern tagtäglich sich damit beschäftigen.

---

Blattläuse meine Damen und Herren, da hat es einen sehr schönen Bericht in Steiermark heute gegeben, Blattlausbekämpfung. Wir haben Verbündete als Bäuerinnen und Bauern, Blattlausbekämpfung mit dem Marienkäfer. Ihr habt möglicherweise auch gesehen, das sind Verbündete in der Landwirtschaft. Und da ist es egal, ob man jetzt konventionell oder biologisch bewirtschaftet, das ist unser Hauptanliegen in der Produktion, mit Verbündeten in der Natur Pflanzenschutz zu betreiben. Die Milbenpopulation, ihr wisst das, Kollege Lambert Schönleitner, selber Gärtner, Milbenpopulation bekämpfen wir mit Raubmilben. Teilweise mit Einsatz, aber teilweise auch auf Schonung dieser Raubmilben. Und wir leben das tagtäglich, meine Damen und Herren, und das ist Erfahrung, wenn es darum geht, die Krankheiten zu bekämpfen und die gesunden Pflanzen nachhaltig zu sichern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir als Menschen krank sind, gehen wir zum Arzt, wenn es nicht anders geht, nehmen wir Medikamente zu uns, entweder nehmen wir auch Alternativmittel oder wenn es notwendig ist, Mittel aus der Schulmedizin zu uns. Wenn unsere Tiere, unsere Haustiere oder unsere Tiere krank sind, gehen wir zum Tierarzt. Und es ist eine Notwendigkeit, auch wenn Pflanzen krank werden oder von Schädlingen befallen werden, dass wir uns dem widmen, dass unsere Pflanzen auch gesunden oder gesund gehalten werden, und darum muss auch Pflanzenschutz in Zukunft möglich sein. Diese Verantwortung haben wir, und wenn Pflanzenschutz betrieben wird, dann wissen Sie, dass wir hier sehr strenge Richtlinien und Auflagen beschlossen haben. Sie wissen das, ob das der Sachkundeausweis ist oder die Dokumentation wo und wie und wieviel und wann Pflanzenschutz betrieben worden ist und wo dieser Pflanzenschutz ausgebracht worden ist. Meine Damen und Herren, es blinkt, bei einem können wir sicher sein, wir sind im Pflanzenschutz steiermarkweit Vorbild gegenüber anderen Bundesländern, wir sind Vorbild europaweit mit unseren Pflanzenschutzrichtlinien und unserer Gesetzgebung hier in der Steiermark. Wir produzieren äußerst gesunde landwirtschaftliche Produkte, hochwertige landwirtschaftliche Produkte und unter Anwendung an das Gesundheitsressort, die gesündesten Lebensmittel der Welt. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.01 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Abschließend zu Wort gemeldet ist unser zuständiger Landesrat Johann Seitinger. Bitteschön Herr Landesrat.

**Landesrat Seitinger – ÖVP (13.02 Uhr):** Danke, geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten!

Ich möchte mich abschließend zu diesem doch wichtigen Punkt zu Wort melden und vielleicht das eine oder das andere reflektieren auf das Gesagte der Damen und Herren geschätzten Abgeordneten. Frau Gabi Kolar hat sich sehr intensiv beschäftigt mit der breiten Materie. Danke dir, das ist eine sehr komplexe Materie, das hast du sehr, sehr umfassend zusammengefasst, ich danke dir auch dafür, und hast einen guten Überblick gebracht über Pestizide, Herbizide, Fungizide und viele andere Zide, die es hier gibt. Die lateinische Begrifflichkeit heißt ja die Geißel, die Seuche im Hintergrund und Hubert Lang hat das sehr klar zum Ausdruck gebracht. Es geht hier auch darum, Krankheiten sozusagen zu bekämpfen, die wir nicht gerufen haben, die zu uns kommen, über Warenimporte, über die Veränderung unseres Klimas, auch über Ansteckungen, die andererseits passieren auch über Tiere und so weiter. Ich bin sehr dankbar, dass sich die Damen und Herren Abgeordneten, die jetzt zu Wort waren oder sich zu Wort gemeldet haben, sich so intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Lieber Lambert Schönleitner, Herr Klubobmann, ich habe das wohl verstanden, was du gesagt hast, dass wir das Datenmaterial herunterbrechen sollen auf eine Bezirks- oder Landesebene und dass das an sich sehr wichtig ist, und der zweite Teil auf den möchte ich dann schon ein bisserl reflektieren, was die Zulassungen von Mitteln anbelangt und dieser böse Gedanke sozusagen zur Rechten, das muss man natürlich ein bisserl relativieren. Zum Ersten zu den Datenmaterialien, es ist natürlich richtig und du hast es ja gesagt, dass unsere Bäuerinnen und Bauern, aber nicht nur die, sondern auch die, die das weitergeben, die die Mittel sozusagen entsprechend verkaufen, strengste Aufzeichnungspflichten haben. Es ist natürlich ein kleiner Unterschied, ob ich diese Daten in ein Logbuch einschreibe, wenn ich das jetzt so nennen darf, oder ob das einem internationalen Dateneingabekomplex sozusagen hier unterzuordnen ist. Wenn es sowas irgendwann einmal gibt, dass die AGES, die Agentur für Ernährung und Gesundheit oder die Europäische Lebensmittelbehörde uns das vorgibt, dass wir all diese Daten eingeben müssen, um sie dann auch sozusagen dann statistisch herunter zu werten, auf betriebliche Einheiten, auf Bezirksgrößen, Landesgrößen, dann werden wir das tun müssen und auch zu tun haben. Faktum ist, dass es zurzeit weder Datengrundlagen diesbezüglich gibt und Dateneingabesysteme gibt, und dass das natürlich einen zur Stunde erheblichen Mehraufwand für uns bedeuten würde. Da muss man natürlich dann weiterdenken, denn es gibt ja, wie du ja weißt, auch in den vielen Lagerhäusern und Baumärkten auch Produkte, die jeder Anwender im Garten kaufen kann, die dann natürlich

auch dieser Aufzeichnungspflicht zugrunde liegen müssen, weil sonst würden wir da hier Unterschiede machen. Obwohl man ein bisserl unterscheiden muss, zwischen dem, der professionell Lebensmittel erzeugt und dem, der vielleicht hier einen Hausgarten betreibt. Aber nachdem ja nicht immer auszuschließen ist, dass der, der einen Hausgarten betreibt, auch einmal Menschen einlädt, bei ihm zu Hause zu essen oder fremden Kindern irgendwas weiterreicht, sollte man sozusagen diesen Sektor weiterdenken. Es ist also zur Stunde nicht möglich, dass wir hier diese Datenbank befüllen und dann letztlich auf allen Ebenen abrufen und daher noch einmal, wenn es soweit einmal ist, wird man auf das natürlich sowieso reflektieren müssen. Was die Mittel anbelangt, so weißt du natürlich als Fachmann auch sehr, sehr genau, dass das hin und wieder, sogar ein Problem ist, dass wir hier keine genügende Breite sozusagen im Angebot haben und sich in einzelnen Teilbereichen Resistenzen bilden, weil wir keine unterschiedlichen Wirkstoffe hier anbieten können und damit die Krankheit so quasi ihren Widerstand sucht und letztlich auch immer wieder findet. Das heißt, dass auch Krankheiten dann gegen Mittel resistent sind, dass Mittel dann gar nicht mehr helfen und hin und wieder dann so quasi das Fatale passiert, dass man diese Quantität der Mittel dann sozusagen verändert im Einsatz, um dann letztlich wieder den Erfolg zu haben. Also das ist eher ein Widerspruch, der hier gegeben ist, weil wir wissen, wie gesagt, dass Resistenzen in den verschiedensten Bereichen natürlich oft fatale Wirkungen haben können. Zum Hubert Lang, der sehr, sehr gut herausgearbeitet hat das Thema Nützlinge und den wichtigen Einsatz auch dieser natürlichen Gegner sozusagen in der Natur, ich glaube, das wird zunehmend wichtiger. Wir haben das zum Beispiel auch beim Maiswurzelbohrer versucht. Einem Schädling, der uns Millionen von Euros an Schaden verursacht hat, und wir haben auch hier gesehen, dass über Nützlinge im Obstbau, im Weinbau in verschiedenen anderen Spezialkulturen erkennen wir das ja, letztlich auch sehr, sehr viel möglich ist, aber dass da natürlich unwahrscheinlich viel auch an Forschungsarbeit noch notwendig ist, wissen wir letztlich auch. Ich möchte einmal grundlegend und ich möchte nicht allzu lang werden, aber eines schon zur Kenntnis bringen, kein Bauer hat ein Interesse Pflanzenschutzmittel aufzubringen, weil es eben solche gibt. Es kostet Geld in der Produktion, es kostet Geld dem Management, die Ausbringung kostet Geld, also keiner hat ein Interesse, hier das Geld beim Fenster hinauszuerwerfen. Aber auch Faktum ist und das müssen wir auch so stehen lassen, dass auch unsere Handelspartner und letztlich in der weiteren Folge die Konsumenten natürlich makellose Produkte haben wollen, auch im Biobereich makellose Produkte haben wollen. Äpfel, Gemüse, wir wissen alle, wenn da hier wo ein kleines Fleckerl oder ein

Schorfrand oben ist, wird das schon selektiert und stehen gelassen. Was passiert dann? Die einzelnen Anbieter müssen die Produkte wieder zurücknehmen, können die praktisch meistens gar nicht verkaufen. Es ist tatsächlich ein furchtbarer Kreislauf, der hier in der sozusagen Sensibilität auch der Konsumenten in Bezug auf Lebensmittel schon gegeben ist. So manche wissen gar nicht, dass vielleicht ein schorfiger Apfel wesentlich gesünder sein kann als einer, der fleckenlos hier angeboten wird. Wir geben sehr viel Geld aus für Forschung und Entwicklung im Bereich der Resistenzen. Ich nenne da hier nur als Beispiel die Piwi-Weinsorten, also die pilzwiderstandsfähigen Sorten. Wo wir über 20 Jahre geforscht haben, um hier in diesen Bereichen Resistenzen sozusagen zu erwirken, in der Zucht zu erwirken, dass eben Pflanzen widerstandsfähiger werden, dass sie sich wehren können gegen verschiedene Krankheiten, die auf sie zukommen. Wir haben aber auch ein Problem, und das möchte ich hier ganz groß ansprechen, das ist der große Verkehr unserer Lebensmittel weltweit, Warenflüsse, Importe, die wir oft nicht im Detail kontrollieren können, die wir natürlich brauchen. Viele Früchte wachsen bei uns ja nicht und der Konsument wünscht sie, von den Bananen, Orangen, Kiwis begonnen, wir kennen sie alle, bis hin natürlich auch zu verschiedensten Gemüsesorten und viele Krankheiten, die wir hier im Land bekämpfen müssen, haben wir auch über diese Früchte importiert. Das sollte man auch einmal dazu sagen. Und das macht uns natürlich da und dort auch sehr, sehr großes Kopfweg. Schädlinge und Krankheiten nicht zu behandeln würde bedeuten, und das hat die Frau Kollegin Kolar herausgearbeitet, dass wir Seuchen provozieren, dass wir natürlich gigantische Einkommensausfälle in unserem Lande natürlich auch provozieren, dass wir mit unseren Produkten dann letztlich auch große Exportsperrern hätten und das auch letztlich zu einem Zusammenbruch vieler ertragreicher Spezialkulturen, die wir im Lande hier ausbauen, kommen würde. Das können wir natürlich nicht riskieren, daher müssen wir auch hier mit Pflanzenschutzmitteln arbeiten und müssen wir natürlich auch selbstverständlich auch sorgsam mit diesen umgehen. Aber was diese Importe anbelangt und was die Kontrollen sozusagen solcher internationalen Produktionsstätten anbelangt, würde ich glauben, da werden wir noch das eine oder das andere noch auch zum Schutze der europäischen agrarischen Produktion zu besprechen haben. Natürlich tun wir viel, außer jetzt dieser von mir genannten pilzwiderstandsfähigen Sorten im Bereich des Weines, wir haben die Fruchtfolge, und Sie können sich alle erinnern, wie wir hier über den Maiswurzelbohrer und über die Biene gesprochen haben vor Jahren und über die schwierige Behandlung dieses Maiswurzelbohrers. Wir haben über Fruchtfolgeprogramme sehr, sehr viel erreicht, wir haben

über Nützlingseinsätze, die wir massiv finanziert und gefördert haben, vieles erreicht, über die Nematoden, die wir eingesetzt haben, um den Maiswurzelbohrer und den Zünsler sozusagen hinauszudrängen und letztlich auch über viele, viele Maßnahmen, die wir im Bereich der Pflanzenzüchtung nach wie vor betreiben, wollen wir hier Schutz, Pflanzenschutzmittel oder Gifte, wenn man sie so nennen will, zurückdrängen. Aber eines ist klar, meine Damen und Herren, es geht hier um eine große Verantwortung in unserem Lande, denken wir nur an die Reblaus, ja im 20. Jahrhundert, die uns nahezu über das ganze Land die Weinkulturen vernichtet hätte oder hat, zum Teil vernichtet hat, wenn damals nicht richtig reagiert worden wäre, hätte die Steiermark heute keinen Wein oder keinen Weinbau. Ich kann Ihnen sagen, natürlich wollen wir sie alle zurückschrauben, die Einsätze dieser Pflanzenschutzmittel, dieser Herbizide, Pestizide, Fungizide, was immer, aber es ist letztlich auch eine Frage der Gesamtverantwortung und eines sozusagen großen Planes und eines großen Projektes der natürlichen Gegnerschaft, die wir hier aufzubauen haben. Ich möchte abschließend eines vielleicht noch sagen, weil das hin und wieder natürlich auch missbräuchlich verwendet wird, die Labormethoden, die wir heute haben, die die sechste Stelle hinter dem Komma sozusagen aufzeigt, was da drinnen ist, was da letztlich irgendwann einmal angewendet worden ist, macht natürlich auch für das eine oder andere Medium die Sache interessanter. Sie können sich erinnern, wie die Glyphosatgeschichte mit dem bayrischen Bier veröffentlicht wurde. Wie dann einer allerdings nachgerechnet hat, dass ein Biertrinker 1.600 Liter Bier an einem Tag trinken müsste, damit dieses Glyphosat für ihn auch schädlich wäre, hat dann der eine oder andere gesagt, na gut, das kann man vielleicht doch noch vernachlässigen. Also wir sind heute natürlich auch soweit, dass wir allen (*Landesrätin Khom: „Herr Landesrat, es tut mir leid, aber ich muss auch dich bitten zum Schluss zu kommen.“*) - ach so, ich habe auch zehn Minuten? Ja gut Frau Präsidentin, das habe ich übersehen, dabei ist die Zahl so groß da vor mir. Ich mache die Schlussrunde. Ich wollte nur sagen, wir haben hier natürlich eine große Herausforderung, weil wir Methoden haben, wo wir Gott sei Dank jeden Rückstand heute finden können, aber abschließend und das möchte ich wirklich so meinen, niemand hat ein Interesse Lebensmittel oder die Natur mit diesen Pestiziden sozusagen zu vergiften, sondern im Gegenteil, wir wollen die Qualitätsproduktion von Lebensmittel und auch die Behandlung unserer Natur nach nachhaltigsten Methodiken auch weiter betreiben und das soll auch in Zukunft so sein, und da bitte ich Sie auch um das eine oder andere Verständnis, dass das nicht immer von heute auf morgen geht. Das ist ein natürlicher Prozess, der seinen Zeitraum braucht, in der Forschung, in der Entwicklung und letztlich auch in der Hintanstellung all

dieser Sorgen, die wir in diesem Zusammenhang auch haben. Vielen herzlichen Dank Frau Professor. *(Beifall bei der ÖVP – 13.15 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** So schnell geht das. Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Dankeschön Herr Landesrat.

Ich komme damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 1214/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat gegen die Stimmen der Grünen die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, mit der Einl.Zahl 1214/6, betreffend Pestizideinsatz reduzieren, Gesundheit und Biodiversität schützen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 4. kommen, ist es mir eine Freude die Damen und Herren des Pensionistenvereines der Ortsgruppe Kaindorf an der Sulm unter der Leitung von Stadtrat Bernd Hofer bei uns hier im Haus begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**4. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 1325/2, betreffend Prüfbericht zu Querschnittsprüfung – Errichtung von geförderten Seniorenwohnheimen.**

Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Stefan Hofer. Bitteschön.



**LTAbg. Mag. (FH) Hofer – SPÖ (13.16 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen und wir alle brauchen einen Ort, glaube ich, an dem wir leben können, wo wir uns wohl fühlen, mit einem Wort: Wo wir glücklich sein können. Wir werden statistisch gesehen, Gott sei Dank, immer älter, bleiben aber nicht immer bis zum Lebensende in der glücklichen Lage, uns selbst versorgen zu können. Gleichzeitig sind aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen immer mehr Pflegeleistungen auch außerhalb des Familienverbandes notwendig. Daher steigt auch der Bedarf im Bereich der Seniorenwohnheime. Ältere Menschen, die Betreuung brauchen, die brauchen ein dementsprechendes Angebot und dieses Angebot müssen wir ihnen liefern. Gerade heute ist es wichtig, und das wurde ja schon in der Früh bei der Special Olympics Diskussion mehrmals erwähnt, mehr solidarisches Miteinander zu zeigen und das ist auch bei unseren älteren Menschen notwendig. Besondere Wertschöpfung, das möchte ich auch sagen, verdienen jene Menschen, die in diesem Bereich auch beruflich tätig sind, denn die soziale Sicherheit, die wir in Österreich haben, ist keine Selbstverständlichkeit, glaube ich, sondern eine Errungenschaft, die weiter gepflegt und bewahrt werden muss. Der Landesrechnungshof hat in Form einer Querschnittsüberprüfung die Seniorenwohnheime in Gleisdorf, Eggenberg und Rosenhain im Prüfzeitraum von 2007 bis 2016 überprüft. Allesamt, alle drei Projekte, wurden durch Wohnbauförderungen seitens des Landes Steiermark finanziell unterstützt. Die Bewohnerinnen und Bewohner in diesen Pflegeheimen weisen die Pflegestufen vier bis sieben auf und das größte Heim ist das Heim des Sozialhilfeverbandes in Gleisdorf mit 140 Betten. Hier ist vor allem der Anteil an Doppelzimmern mit rund 74 Prozent besonders hoch, das wird mit einer erhöhten regionalen Nachfrage seitens des Sozialhilfeverbandes begründet. Die modernste Umsetzung bei den drei Projekten findet man beim Pflegeheim Rosenhain. Es wird betrieben vom geriatrischen Gesundheitszentrum. Es weist 52 Betten auf, 85 % davon macht der Einzelzimmeranteil aus und hier ist wirklich familienähnliches Wohnen auf modernsten Niveau möglich. Das Seniorenzentrum in Eggenberg von der Volkshilfe Steiermark betrieben, 90 Betten und 67 % ist der Einzelzimmeranteil. Überprüft wurde vom Landesrechnungshof insbesondere die Planung, die Baudurchführung und die Förderungsabwicklung und man kann sagen, dass der Landesrechnungshof Steiermark allen drei Projekten sehr gute Zeugnisse ausstellt. Insbesondere hebt der Landesrechnungshof positiv hervor, die gute Flächeneffizienz, die wesentliche Einhaltung des Förderungsprozesses, das Projektmanagement ist ausreichend und angemessen verlaufen, die

örtliche Bauaufsicht und auch die Umsetzung des Mängelmanagements war in Ordnung und die Projekte sind allesamt sehr wirtschaftlich auch verglichen mit Projekten aus Niederösterreich bzw. aus Deutschland. So machen die Gesamtkosten in Gleisdorf rund 1,8 Millionen, in Eggenberg 6,6 Millionen und beim Pflegezentrum in Rosenhain 4,7 Millionen Euro aus. Auch die gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich Mindestgröße und Barrierefreiheit wurden bei allen Projekten eingehalten. Positiv umgesetzt wurden auch die Gemeinschaftsterrassen und auch die Honorare für Planungsleistungen und örtliche Bauaufsicht sind nachvollziehbar und die Ausführungsqualität ist insgesamt auch gut. Bei allen drei Wohnheimen wurde der Förderungsbeitrag mit 1.180 Euro pro Quadratmeter Nutzfläche angewandt und die Finanzierung der Pflegeheime erfolgte zu 79,6 bis 82,8 % der jeweiligen Gesamtbaukosten über rückzahlbare geförderte Darlehen. Kritik übt der Landesrechnungshof bei einzelnen Mängeln bei den Bautagesberichten. Bei der förderbaren Nutzfläche erfüllt nur ein Projekt die Fördervorgaben des Wohnbauförderungsgesetzes. Hier fehlt auch eine nachvollziehbare Kontrolle seitens der A15, und bei einem Projekt wurden Rückstellungen gegen Vorgaben des Wohnbauförderungsgesetzes gebildet. In Summe kann aber dem zuständigen Regierungsmitglied, Landesrat Hans Seitinger, dem Team der A15 und den Projektbetreibern zu diesem positiven Landesrechnungshofbericht nur gratuliert werden. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.21 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 1325/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**5. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft über den Antrag, Einl.Zahl 1279/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend Schulschikurs-Offensive für das Schuljahr 2017/18.**

Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Christian Cramer. Bitteschön Herr Kollege.

---

**LTabg. Cramer – FPÖ (13.22 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, meine geschätzten Kollegen im Plenum, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörer!

Es ist schade, schade ist es, wenn es um das Thema Tourismus, Wirtschaft geht, dass der Herr Landesrat Buchmann nicht anwesend ist. Ich hätte ihm hier den einen oder anderen Ratschlag gerne direkt gegeben. Vielleicht hört er es ja. Ja, wir haben in der vergangenen Ausschusssitzung einen Antrag gestellt, bezüglich der Förderung der Schulschikursaktion, wie sie eben schon 2009 und 2010 im Land Steiermark durchgeführt wurde, und diese Aktion hat natürlich – ah er ist ja schon da, Grüß Gott Herr Landesrat – diese Aktion hat natürlich auch zu einer Belebung der Wirtschaft in den jeweiligen Regionen geführt. Der Herr Landesrat Buchmann hat auch selbst gesagt, dass ihn das selbst schmerzt, dass er es nicht durchführen kann, aber es fehlen ihm halt die Mittel. Es ist immer so, dass, wenn man Prioritäten anders setzt, werden einem immer irgendwo die Mittel fehlen. Ich habe bei der Stellungnahme der Landesregierung eines vermisst, nämlich die Gegenüberstellung, was diese Impulsinvestition, umgekehrt wiederum an Steuermitteln eingebracht hat, an Belebung der Wirtschaft und was es auch dahingehend bringt, dass Österreich als Schination, die wir ja sind, noch sind, in Zukunft zu erwarten hat, wenn die Kinder nicht in der Schule zum Schifahren kommen, dann werden sie wahrscheinlich auch nie weiterhin also praktisch Schifahren, sie werden die Regionen nie besuchen, wo Liftstationen bitter warten auf ihre Gäste und dann schließen müssen. Es wäre gerade in den Regionen, die also praktisch nicht die großen Schigebiete sind, sondern eher die kleinen, wäre es eine ganz, ganz wichtige Impulsinvestition gewesen, dass die auch weiterhin ihr Überleben damit sichern. Das zum einen, zum anderen ist es natürlich wie man sieht, eben eine Frage der Priorität, weil ich denke, Oberösterreich kann es finanzieren, ich glaube Salzburg finanziert es auch, naja, wie eben ich schon bei der Ausschusssitzung gesagt habe: „Wer etwas will, der findet Wege, wer etwas nicht will, findet Gründe.“ Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ – 13.26 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Hermann Hartleb. Bitteschön.

**LTabg. Hartleb – ÖVP (13.26 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja geschätzter Herr Kollege Cramer, in einem hast du Recht, es stimmt so, das Tourismusressort hat die Budgetmittel nicht, dass man die Schulschikurse unterstützen

---

könnte, aber 2009, 2010 angesprochen, wo es das gegeben hat, ich habe mich selber mit Lehrer in meiner Region unterhalten, es sind deswegen nicht mehr mitgefahren. Und jetzt ganz kurz dazu, aber trotzdem bestehen bereits umfassende Maßnahmen zur Stärkung des Wintersports seitens des Tourismus. Das Tourismusressort und die Tourismusverbände schauen schon praktisch, dass es intensive Bestrebungen gibt, den Wintersport nachhaltig zu stärken. Und da meine ich damit, es gibt ja die Qualitätsoffensive kleine und mittlere Schigebiete praktisch wirtschaftlich zu unterstützen, wie zum Beispiel, wenn man jetzt hernimmt die letzten zwei Jahre oder auch den Winter 2016/2017, wo es weniger Niederschläge gegeben hat in gewissen Gebieten, aber die Temperaturen schon eher stark im Minusbereich waren, sind ganz wichtig die Beschneiungsanlagen, und das hat man unterstützt. Ich nehme ein Beispiel her aus meiner Region, Obdach, Gaal, Kleinlobming. Wenn diese drei Gebiete, kleine Schigebiete, nicht unterstützt worden wären, hätte es auch in diesem Winter keinen Schibetrieb gegeben, weil ohne Beschneigung – es hat keinen Niederschlag gegeben. So haben sie wirtschaftlich aber gute Zahlen, weil es praktisch ein sehr guter Betrieb war. Von den Tourismusverbänden, aber was es dann schon gibt, gibt es die organisatorische Hilfe. Und da habe ich auch mit den Verantwortlichen, mit den Mitarbeitern vor Ort, sprich gerade im Bereich Murtal – Murau gesprochen, diese organisatorische Hilfe wird stark angenommen. Sei es bei den Quartierbeschaffungen oder es wird auch geschaut, dass es vergünstigte Liftkarten gibt. Aber wie schaut es in der Praxis noch aus? Die Lehrer sagen mir in der neuen Mittelschule zum Beispiel, in der sechsten und siebten Schulstufe gibt es die Schikurse oder auch die Sommersportwoche, aber es sind in der Vergangenheit immer weniger mitgefahren. Es können immer – das stimmt auch – weniger Jugendliche Schifahren. Und ich glaube, umso wichtiger ist es, dass man in den Regionen draußen schaut, dass die kleinen Schigebiete erhalten bleiben, wo die Kinder überhaupt Schifahren lernen. Das ist, glaube ich, das um und auf, damit sie später bei einem Schikurs mitfahren, weil sie sagen auch, dass es auch immer mehr werden, die mitfahren, die noch gar nicht Schifahren können, und denen bringen die paar Tage nicht viel. Aber was sich schon verändert hat, zum Beispiel, es werden Schulschitage immer mehr angenommen. Wo sie nur Vormittag Schifahren gehen und Nachmittag in ein Schwimmbad oder in eine Therme. Oder die sogenannten Turnstunden oder die Freiluftstunden werden auch immer mehr wieder angenommen zum Schifahren und dafür sind die kleinen und mittleren Schigebiete in der gesamten Steiermark verteilt wichtig und dass die wirtschaftlich unterstützt werden. Aber eines, wenn man jetzt von den Schulschikursen spricht, muss man schon sagen, das betrifft nicht alleine das

Tourismusressort. Ich glaube, das betrifft auch das Schul- und Bildungsressort und es betrifft auch das Sportressort. Schifahren ist ein Breitensport und wie wir gerade heuer wieder erlebt haben, praktisch der Weltcup ist gerade zu Ende gegangen, die Weltmeisterschaft war, es gibt keinen Spitzensport ohne Breitensport, und ich glaube dadurch muss das Ganze unterstützt werden. So glaube ich auch, wäre es in der Zukunft überhaupt wichtig ressortübergreifend, da meine ich wieder das Schul- und das Bildungsressort, Sportressort und den Tourismus, dass man da praktisch eine neue Betrachtungsweise anschaut, wo man die Schulschikurse vielleicht dann gemeinsam unterstützen kann. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.30 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Albert Royer. Bitteschön.

**LTAbg. Royer – FPÖ (13.30 Uhr):** Ja, Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kollegen und Kolleginnen!

Der Christian Cramer, mein Kollege, hat ja schon vieles gesagt, aber ich melde mich jetzt hauptsächlich zu Wort zu dem Thema, weil ich ein interessantes Gespräch gehabt habe, mit meinem eigenen Cousin, der ist Geschäftsführer im Tourismusverband Schladming, das ist ein Profi im Tourismusgeschäft, Hansjörg Stocker heißt er, und ich habe den Hansjörg dann eben gefragt oder gesagt, wir haben beim Landtag am Dienstag das Thema Schulschikurse, da habe ich gesagt, was habt ihr da noch für Wichtigkeit, wie wichtig ist euch das Thema in der Region Schladming? Was ein sehr, sehr großes Schigebiet ist, mit sehr vielen Nüchtigungen, wie wir wissen. Ich habe eigentlich gedacht, er sagt vielleicht, naja für sie nicht mehr so wichtig, aber natürlich gut, wenn die kleinen Schigebiete in Zukunft die Leute, die Kinder ausbilden, damit wir die Schifahrer der Zukunft sozusagen kriegen. Der Hansjörg hat mir dann gesagt, nein ganz im Gegenteil, das ist sehr, sehr wichtig für sie. Er macht auch in seiner Funktion als Geschäftsführer eben vom Tourismus Schladming sehr, sehr viele Gästeehrungen, wo er bei den Hotels dann ist, wo Leute zum Teil 30, 40 Jahre im gleichen Hotel Urlaub machen, wo er die Gästeehrung macht, und dann ist immer so die erste Frage: Wann sind sie das erste Mal zu uns hergekommen? Wann haben sie das erste Mal da Urlaub gemacht? Und er sagt, in den abermeisten Fällen sagen sie dann, ja das erste Mal war ich da damals halt vor 30 Jahren mit dem Schulschikurs, und das unterstreicht einfach auch die Wichtigkeit von dieser ganzen Sache. Der Hansjörg hat mir dann noch ein paar Sachen mit

auf dem Weg gegeben. Was aus seiner Sicht wichtig wäre, wäre eine Förderaktion und Neubau von Jugendherbergen. Er sagt, bei den Jugendherbergen haben wir ein bisschen wenig Angebot, vergleichbar das Salzburgerische, Wagrain draußen, die haben da sehr viel gemacht und die ziehen ihnen da zum Teil Gruppen ab. Was er auch gesagt hat, die Lehrer beklagen sich teilweise sehr heftig über die Haftungsfrage, wenn irgendein Unfall passiert. Vielleicht kann man in diese Richtung irgendwelche Überlegungen anstellen. Was der Kollege Hartleb jetzt gesagt hat, halte ich persönlich ehrlich gesagt für einen Blödsinn, wenn du da sagst, in ein paar Tagen das bringt nichts, sie lernen das Schifahren nicht. Also ich glaube, da unterschätzt du sehr unsere Sportlehrer und Schilehrer. Genau wenn sie drei, vier, fünf Tage en bloc wo sind, das bringt das meiste. Wenn du mit der Schule nur einen Tag gehst und dann irgendwann wieder einen Tag und nächstes Jahr wieder einen Tag, lernst du das vielleicht nicht, aber genau der Schulschikurs mit den vier, fünf Tagen en bloc, nach drei Tagen geht das, der vierte, fünfte Tag, und dann können sie das. Ich glaube, die Sportlehrer leisten da Ausgezeichnetes und das Jahr darauf fahren sie dann vielleicht mit der Familie. Das muss man ja auch dazu sagen. Wir wissen es ja aus Untersuchungen, auch beim Familienurlaub ist der entscheidende Faktor, wo wollen die Kinder hin? Die Kinder sagen sehr oft den Eltern, wo sie auf Urlaub hinwollen und meistens wird das dann auch gemacht. Also insgesamt sehr, sehr wichtig, und der Christian Cramer hat es schon gesagt, das hat mir auch der Stocker Hansjörg bestätigt oder mit auf den Weg gegeben, Ober- und Niederösterreich haben eine sehr gute Förderung. In Schladming oben verlieren wir derzeit Schulschikurse aus Niederösterreich, weil sie nicht mehr nach Schladming fahren, sondern in Niederösterreich bleiben und da anscheinend vom Land Niederösterreich sehr gut gefördert werden. Ich kenne das Fördermodell im Detail nicht, aber wie gesagt, die Wichtigkeit möchte ich nur noch einmal unterstreichen und ich würde mir in der Zukunft vom Landesrat Buchmann schon wünschen, dass wir da was zusammenbringen und dass es wieder eine Förderaktion vom Land Steiermark geben möge. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 13.34 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Dass es in diesem Haus unterschiedliche Meinungen gibt und unterschiedliche Zugänge, darauf hinzuweisen ist okay, aber zu sagen, es ist ein Blödsinn, das möge man vielleicht in Zukunft anders formulieren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Mag. Dr. Wolfgang Dolesch. Bitteschön.

**LTabg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (13.35 Uhr):** Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer, Besucherinnen und Besucher!

Das Schifahren, Langlaufen, Snowboarden etc. ist unbestritten und das seit vielen Jahrzehnten in Österreich ein großartiger Teil des Breiten- und Spitzensports, das ist heute schon einmal so angedeutet worden, und beide Seiten sozusagen haben unser Land unbestritten auch geprägt – positiv geprägt, meine ich damit. Während man allerdings in früheren Jahren und Jahrzehnten eigentlich eine relativ überschaubare Anzahl an Freizeitangeboten hatte, auch in der Schule, wenn man so möchte, eine sehr schmale Palette, und das ist durchaus auch vielleicht irgendwo mit anderen Sportarten wie beim Fußball so zu vergleichen, so hat sich dieses Spektrum in den letzten Jahrzehnten doch entsprechend erweitert. Darüber hinaus leben die heutigen jüngeren Menschen ganz normal in einer digitalen Welt, wenn man so möchte, auch in Konkurrenz zu den anderen sportlichen Aktivitäten. Auch wenn natürlich die digitale Welt nicht ursächlich in einem direkten Zusammenhang mit dem Sport steht. Aber die ist einfach gegeben und das muss man so zur Kenntnis nehmen. Ich möchte damit sagen, dass das Angebot für die jüngere Generation mittlerweile sehr groß geworden ist und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei gleichzeitig sinkender Kinderanzahl, denn diese hat sich seit etwa 1970 oder den früheren 1970er Jahren bei uns in etwa halbiert. Und dieser, wenn man so möchte, „Griss“ um die Kinder, seitens der diversen Vereine, der Veranstalter, Einsatzorganisationen etc. hat damit in den letzten Jahrzehnten ebenso massiv zugenommen und man könnte heute schon fast von einem Freizeitstress für die Kinder und Jugendlichen sprechen, zumal ja auch noch zusätzlich die Eltern, zumindest die allermeisten, die ich auch kenne, ja auch hier nur das allerbeste für ihre Kinder wollen, und man neben dem Sport ja dann noch zusätzlich vielleicht noch Musikunterricht nimmt, idealerweise noch bei einer Einsatzorganisation dabei ist, also Feuerwehr, Rettung, etc. etc. Und dann gibt es natürlich auch noch eine, sagen wir einmal, eine Gruppe, denen relativ viel bis alles, wenn man so möchte „wurscht“ ist, die also sozusagen relativ wenig bis gar nichts in die Allgemeinheit mehr einbringen wollen, die Konsumentinnen und Konsumenten in der heutigen Welt sind, die also wollen, dass Vereine, die öffentliche Hand möglichst alles und das gratis auch noch anbieten und man nimmt sich sozusagen ein Häppchen herunter oder auch nicht. So, zurück zu den Schulschikursen, im Bewusstsein, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass der Schisport ein absolut wichtiger Faktor natürlich hier bei uns im Lande ist, hier auch auf den unterschiedlichen Ebenen, und auch im Wissen, dass es in der Vergangenheit auch

entsprechende Förderungen gegeben hat, muss man doch zur Kenntnis nehmen, dass das in den Jahren 2009 bis 2011, insbesondere, weil ja hier immer darauf hingewiesen wird, in erster Linie Anreizmittel, wenn man so möchte, waren, und diese hier nicht als Dauereinrichtung, wenn man so möchte, konzipiert waren. Es ist angedacht gewesen, eine Initialzündung zu setzen, bewusstseinsbildende Maßnahmen zu fördern etc. Das heißt, das Bestreben, die Schulen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern hinsichtlich der gesamten Organisation und natürlich auch damit hinsichtlich der Abwicklung von eben diesen Wintersportwochen, Schulschikursen etc., von der Zimmerreservierung beginnend bis hin zur An- und Abreise zu unterstützen, ist natürlich auch heute noch absolut zu befürworten. Ja, das ist gut so, das ist richtig so, da sollte man sich auch mit aller Kraft, wenn man so möchte, dranhängen. Aber unabhängig davon und das ist auch ein Faktum, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass eben die finanziellen Mittel auch bei uns im Land Steiermark eben nicht unbegrenzt vorhanden sind und wir würden uns alle sicherlich wünschen, dass wir für alle möglichen Bereiche mehr Geld hätten, dass hier nicht immer an der Finanzschraube dort und da gedreht werden müsste, muss man aber doch auch zusätzlich an dieser Stelle einmal festhalten, dass man auch mit den allergrößten finanziellen Anreizen niemanden zwingen kann, irgendwo ein Angebot wahrzunehmen. Damit bin ich wieder bei dem Punkt, den ich vorher schon erwähnt habe, wir haben ein Freiwilligensystem, man kann niemand zwingen dazu, wie es vielleicht in früheren Jahren oder Jahrzehnten durchaus üblicher war und man kann demzufolge auch nicht mit Geld alleine hier die entsprechenden Anreize schaffen, eine bestimmte Sportart, und wir haben ja im Schisport einiges, hier diese eben entsprechend auszuüben. Und darüber hinaus verweise ich bitte auch noch auf etwas, denn auch das sollte man nicht immer nur so abtun, wir leben, ich sage persönlich dazu, leider, leider in einer Zeit des Klimawandels, wo wir insbesondere auch im Wintertourismus hier entsprechende klimatische Bedingungen vorfinden, die es für niedriger gelegene Schigebiete immer schwieriger macht. Also mit anderen Worten, der Wintertourismus ist unabhängig von der Kinderanzahl und unabhängig von finanziellen Anreizen natürlich auch hier mit entsprechenden Veränderungen und Herausforderungen auf diesem Gebiet konfrontiert. Und gerade die letzten Winter, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben uns hier auch entsprechend vor Augen geführt, dass, wie es heute auch schon einmal erwähnt wurde, die Errichtung und den Ausbau von beispielsweise Beschneiungsanlagen eben entsprechend hier weiter ansteigenden Bedarf gezeigt hat, um wenigstens in den kleineren, im Regelfall auch niedriger gelegenen Schigebieten, diese eben zu erhalten. Und auch hier, darauf wurde bereits hingewiesen, ist das



Tourismusressort ja durchaus aktiv gewesen, gemeinsam mit dem Wirtschaftsressort. Die Qualitätsoffensive für kleine und mittlere Schigebiete und auch Langlaufgebiete natürlich, wurde heute bereits erwähnt und auch im Jahr 2017, und auch hier geht es nicht um wenig Geld, nämlich bitte um rund eine Million Euro, von diesen sprechen wir, wurden hier diese Fördermaßnahmen für die kleineren Schi- und Langlaufgebiete ja entsprechend auch verlängert. Zusammenfassend und abschließend denke ich, sollten wir festhalten, dass wir in erster Linie, meine sehr geehrten Damen und Herren, an einer Bewusstseinsbildung arbeiten sollten. Da nützt es nichts, wenn man noch so viel Geld hineinpumpt, wenn jemand nicht möchte, aus welchem Grund auch immer, dann möchte diese Person auch nicht. Das ist auch unabhängig vom Alter natürlich zu sehen und man kann niemanden in den Schisport hineinzwingen. Man kann aber natürlich positiv dafür werben, man kann an der Bewusstseinschraube drehen und dann wird man vielleicht dort und da auch entsprechend wieder den Erfolg haben. Und auf dieser Freiwilligkeit beruhend, meine sehr geehrten Damen und Herren, und natürlich auch zur Kenntnis nehmend, dass es heute eben weniger Kinder gibt als früher und das bei ungleich größeren Freizeitangeboten, sollten wir hier genau an dem gemeinsam auch arbeiten. Wenn wir die Schination erhalten wollen, dann ist aus meiner Sicht auch das Immaterielle nicht von der Hand zu weisen, mit Geld alleine ist es nicht getan und dazu meine sehr geehrten Damen und Herren, lade ich alle diesem Hohen Haus entsprechend ein. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.43 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Gabriele Kolar. Bitte schön Frau Kollegin.

**LTAbsg. Kolar - SPÖ (13.43 Uhr):** Danke Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich spreche jetzt vor allem die Pensionistinnen und Pensionisten von Kaindorf an der Sulm an: Wenn Sie diese Diskussion da hier hören über diese Offensive für Schulschikurse, muss Ihnen ja so die vergangene Zeit irgendwie ... ich sehe ein Nicken, jawohl: Wie war denn das früher? Da hat man sich nicht auf Förderungen und die Schule verlassen, dass das Kind Schi fahren lernt, so wie ich Schi fahren gelernt habe, habe ich es von meinem Papa und von meinem Opa gelernt. Ich habe ja im Kindesalter nicht einmal einen Schilift gehabt, denn das erste war ein Hügel rund um das Haus, da habe ich einmal staffeln lernen müssen - hinaufstaffeln, wieder runterfahren, raufstaffeln, runterfahren. *(LTAbsg. Dirnberger:*

„Deswegen bist du so schlank!“) Danke. Und ich denke mir, wenn es heute noch in der Familie die Möglichkeit gibt, dass das passiert, dass Eltern und Großeltern hier Interesse haben, ihre Kinder dahingehend zu fördern, dann wird das auch passieren. Die Schule in weiterer Folge kann nur darauf aufbauen, aber niemals von Grund auf ansetzen, vielleicht in Einzelfällen. Aber ich bin nicht nur Abgeordnete, ich bin auch Lehrerin, und möchte auf ein paar Dinge, die der Herr Kollege vor mir schon gesagt hat, eingehen, aber ich bin auch Großmutter. Meine Enkelkinder – zwei meiner Enkelkinder – die leben in Berlin und Schifahren in Berlin, das ist überhaupt wenig bis gar nicht möglich. Aber was machen meine Kinder? Aufgrund dessen, dass sie selber diese Leidenschaft als Kinder erfahren haben, versuchen sie jetzt natürlich auch ihren eigenen Kindern, die jetzt zwei und vier Jahre alt sind, dieses Schifahren irgendwie schmackhaft zu machen und fliegen hierher, um ein paar Tage hier in der Steiermark den Kindern das Schifahren beizubringen. Da geht es aber nicht darum, dass sie sofort eine Ausrüstung haben, denn es gibt Gott sei Dank – das hat es ja früher auch nicht gegeben – Gott sei Dank die Möglichkeit, hier Material auszuborgen für ein paar Tage. Die Kinder sind so begeistert, dass sie ein bisschen rutschen dürfen und hier ist der Grundstein zu legen und hier wird der Grundstein gelegt. Und wie der Herr Kollege Dolesch bereits gesagt hat: Heute kannst du niemanden mehr zu irgendetwas zwingen. Wir sind heute überall so liberal. Als ich früher noch junge Lehrerin war, da hat es vereinzelt Fälle gegeben, die nicht zum Schikurs mitgefahren sind. Was hat man gemacht? Man hat einmal hingeschaut und hat gesagt: „Warum fährt das Kind nicht mit auf Schikurs?“ Dann hat man gemerkt: „Okay, das geht sich finanziell nicht so aus“, dann hat man versucht über den Elternverein, über soziale Vereine, über sonstige Spenden, Tauschbörsen: „Was kann man denn noch alles tun, damit auch dieses Kind – auch dieses Kind – daran teilnehmen kann?“ Weil das war ja fast wie eine Bestrafung, damals konnte das Kind nicht mitfahren. Heute gibt es so viele andere Möglichkeiten, womit Kinder beschäftigt sind, die Leidenschaft ist leider Gottes hier nicht mehr so groß. Aber nichts desto trotz bin ich überzeugt davon: Wenn wir uns alle wieder ein bisschen mehr auch selber an der Nase nehmen und Sport betreiben, in welcher Form auch immer, dann werden wir auch dem Schifahren wieder mehr Beachtung beimessen. Abschließend möchte ich noch sagen: Die öffentliche Hand kann nicht alles bezahlen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.47 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Abschließend zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Christian Buchmann. Bitte schön, Herr Landesrat.

---

**Landesrat Dr. Buchmann - ÖVP (13.47 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren des Landtages, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte einleitend in meiner Stellungnahme darauf hinweisen, dass die Seilbahnwirtschaft im heurigen Winter eine sehr, sehr erfolgreiche Saison hat, sowohl bei den gefahrenen Schitagen, als auch beim Kassenumsatz haben die ersten Monate dieses Winters ein Plus von rund 14 % im Vergleich zum Vorjahr ergeben. Auch im Februar dürfte das Plus laut erster Hochrechnung knapp 10 % betragen, was über die gesamte Saison gerechnet gegenüber dem Vorjahr ein zweistelliges Plus ergeben sollte. Das sind keine Daten, die der Tourismusreferent gefälscht hat, sondern das sind die offiziellen Daten, die der Obmann der Fachgruppe der Seilbahnwirtschaft in der Wirtschaftskammer, Arthur Moser, jüngst verkündet hat. Das zeigt uns, dass unser Wintertourismus und unsere Seilbahnwirtschaft durchaus eine sehr, sehr erfolgreiche Wintersaison gerade durchführt.

Jetzt hat der Herr Abgeordnete Cramer ein, aus meiner Sicht, sehr berechtigtes Anliegen angesprochen, nämlich die Förderung von Schulschikursen. Ich sage Ihnen, aus meiner eigenen Erfahrung heraus habe ich Schulschikurse sehr genossen, weil es erstens eine Möglichkeit war, sowohl in der Unterstufe wie auch in der Oberstufe, die Klassengemeinschaft zu stärken, gemeinsam beim Sport sich näher zu kommen und auch gemeinsam das Erlebnis in der freien Natur zu haben – in dem Fall halt durch das Schifahren oder das Schiwandern, wie es durchgeführt worden ist. Ich hätte wirklich sehr, sehr gerne auch auf eine solche Förderung zurückgegriffen, wenn ich ein Budget hätte, das es mir erlauben würde. Nur zu Ihrem Verständnis, weil angesprochen worden ist: „Na ja, da muss man Prioritäten setzen!“ Sie wissen, dass der Landeshaushalt ein Budget in etwa von fünf Milliarden Euro ist, das Tourismusbudget ist ein Budget von 32 Millionen – von 32 Millionen Euro - davon sind 15,9 Millionen Tourismusinteressentenbeiträge. Diese Tourismusinteressentenbeiträge sind ein Durchläufer und von mir nicht gestaltbar, bleiben 16 Millionen in etwa über. Von den 16 Millionen sind einmal fünf Millionen für den Tourismusfonds vorgesehen, also für gewerbliche Förderungen, und vom Rest bestücken wir alles das, was beispielsweise die Steirische Tourismusgesellschaft betrifft, den Tierpark Herberstein und ähnliche Einrichtungen. Sie spüren aus dem also heraus, dass da kein großer Spielraum drinnen ist. Und jetzt sage ich Ihnen schon, dass ich mir das gut überlegt habe und in letzter Konsequenz ist es immer eine Güterabwägung, wie Budgetmittel eingesetzt werden, aber ich sage Ihnen, dass ich glaube, dass wir mehr Wert erzielen, wenn wir einen Teil dieser

Mittel in die Qualitätsoffensive für kleinere und mittlere Schigebiete investieren, weil es da gerade den jungen Leuten abseits der großen Schigebiete im Ennstal auch in anderen Schigebieten die Möglichkeit gibt, direkt vor Ort auch Naturerlebnis zu haben. Das bescheinigt ebenfalls auch die Steirische Seilbahnwirtschaft. Wir haben uns auch dafür entschieden, im Rahmen der Steirischen Tourismusgesellschaft heuer im Dezember - der ist sehr gut angenommen worden, ich glaube, es haben zwei Duzend Schigebiete auch teilgenommen, oder drei Duzend Schigebiete - einen Kinder- und Familienschitag auszurollen, um darauf hinzuweisen, welche Möglichkeiten es gerade auch für die Familien gibt. Es haben ja einzelne Betriebe der Seilbahnwirtschaft auch ganz besondere Angebote für Kinder und für Familien. Ich sage Ihnen schon, bei der Güterabwägung insgesamt ist mir beispielsweise ein Förderprogramm ein Herzensanliegen, das etwas zu tun hat mit dem heute in der Früh diskutierten Bereich der Special Olympics, wo wir ein eigenes Programm haben, wo wir Beherbergungsbetriebe, Hotellerie, Gastronomie anreizen wollen, Barrierefreiheit in ihren Betrieben durchzuführen. Mir ist es in dem Bereich auch wichtig, dass Menschen, die besondere Bedürfnisse haben, auch die Möglichkeit haben, Naturerlebnisse zu haben. Sie spüren also auf der einen Seite knappe Budgetmittel, auf der anderen Seiten Programme, die durchaus sinnhaft sind. Deswegen ist es in letzter Konsequenz eine Güterabwägung, aber es ist aus dem Tourismusbudget heraus nicht zu gestalten. Ich habe daher auch die Gespräche aufgenommen mit der Bildungslandesrätin und mit dem Sportlandesrat, die würden das auch gerne machen, nur haben sie genauso einen Budgetengpass, weshalb es aus den drei Budgets nicht gestaltbar ist. Daher bitte ich um Verständnis, dass wir es aktuell nicht fördern können. Sollte sich die Budgetlage verändern aus dem Tourismusressort heraus, bin ich gerne bereit, in den nächsten Jahren darüber nachzudenken, nur aktuell ist es nicht darstellbar. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.52 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1279/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der FPÖ mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**6. Bericht des Ausschusses für Europa über den Antrag, Einl.Zahl 1483/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend Europäische Auffanglager bzw. Schutzzonen unterstützen.**

Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Hannes Amesbauer. Bitte schön.

**LTabg. Amesbauer, BA - FPÖ (13.53 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, werte Zuhörer und Zuseher!

Der nun zu behandelnde Antrag betreffend die Schaffung von Flüchtlingsauffanglagern außerhalb Europas, konkret in Nordafrika, da handelt es sich ja um eine Uraltforderung der Freiheitlichen Partei, die wir jetzt zu diskutieren haben. Sie wissen ja, was im Jahr 2015 in Österreich los war, Sie wissen, was sich an den Grenzen in Spielfeld für unfassbare Szenen abgespielt haben und es geht ja so weiter. Also ich denke, dieses Chaosflüchtlingsjahr 2015, das war ja noch nicht die Spitze des Eisberges. Wenn man sich die aktuellen Prognosen ansieht – und auch davor warnen wir Freiheitliche seit Jahren -, dann bereitet sich Südeuropa und Europa insgesamt auf einen heißen Flüchtlingssommer vor, ist auch heute in der Presse zu sehen, denn der afrikanische Kontinent setzt sich erst in Bewegung. Also, das war nur ein kleiner Vorbote, dass, was sich 2015 abgespielt hat, hauptsächlich aus der arabischen Welt. Ich habe da den Presseartikel von heute mit. Wenn man sich die Zahlen ansieht: Im Jahr 2015, im Oktober, die Spitze dieses Asylchaos im Jahr 2015 waren in Griechenland und Italien 221.000 Ankünfte zu verzeichnen – wohlgemerkt im Monat Oktober, alleine im Oktober. Interessant ist aber jetzt die Entwicklung im Frühjahr des Jahres 2015 mit der jetzigen Entwicklung zu vergleichen: So waren im Jänner 2015 in Griechenland und Italien 5.550 Ankünfte zu verzeichnen und im Februar dieses Jahres sind es über 10.000, also doppelt so viele und da können wir uns auf etwas gefasst machen und davor warnen uns auch Experten. Jetzt ist es an der Zeit, das Reden zu beenden und konkrete Maßnahmen zu setzen, weil die Bundesregierung kommt jetzt auch darauf, weil es gerade populär ist und weil ihnen in Wahrheit auch das Wasser bis zum Halse steht, solche Forderungen zu erheben, das gilt auch für einzelne Mitglieder, aber jetzt muss Schluss sein mit den Worten, jetzt brauchen wir konkrete Maßnahmen zum Schutz unserer Heimat. *(Beifall bei der FPÖ)* Etwas befremdlich ist für mich schon dieser Abänderungsantrag von SPÖ und ÖVP, ich möchte unseren Antrag noch einmal in Erinnerung rufen: Um was geht es da? „Der Landtag wolle beschließen: Die

Landesregierung wird aufgefordert: Erstens sich auf europäischer Ebene für die Schaffung von Flüchtlingsauffanglagern in Nordafrika einzusetzen, sowie zweitens an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, sich ebenfalls auf europäischer Ebene für die Schaffung von Flüchtlingsauffanglagern in Nordafrika einzusetzen.“ Von all dem, meine sehr geehrten Damen und Herren von Rot und Schwarz, wollen Sie in Ihrem Abänderungsantrag nichts wissen. Sie behaupten darin fälschlicherweise, dass die Bundesregierung ohnehin an der Lösung des Problems arbeitet – wie gesagt: Außer Ankündigungen habe ich noch nicht viel vernommen. Und ich möchte eine Aussage zitieren aus Ihrem Schriftlichen Bericht aus dem Ausschuss Europa, der uns dazu veranlasst, diesen Antrag natürlich abzulehnen. Sie schreiben zwar, dass Sie schon mittlerweile der Meinung sind, dass: „Auffanglager bzw. Schutzzonen für Flüchtlinge vor allem in Nordafrika geschaffen werden sollen“, so weit, so gut, aber – und jetzt kommt der Pferdefuß dieser Geschichte – Sie schreiben weiter: „Von dort aus soll die Möglichkeit bestehen, einen Asylantrag zu stellen, der nach europäischem Maßstab bearbeitet wird.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist Wahnsinn! Das ist eine Verschlechterung des Status quo, das wird zu einer Vervielfachung der Asylanträge und einer Vervielfachung der Arbeit und somit auch der Kosten der österreichischen Behörden führen, weil jetzt ist es ja so, dass Dublin II, wir unsere Grenzen und unsere Asylpolitik so gestalten könnten, dass wir keinen einzigen Flüchtling nehmen müssten, wenn wir denn wollten, da ja die Einreise immer, im Falle Österreichs, über ein sicheres Drittland funktioniert. Also, der Asylwerber muss den Boden Österreichs betreten und dann das magische Wort „Asyl“ aussprechen und dann kommt es erst zum Verfahren. Nach Ihren Vorstellungen kann man in diesen Auffanglagern aber bereits die Anträge stellen, die dann bearbeitet werden. Also das ist eine Verschlechterung des Status quo, das ist klarer Nonsense und das lehnen wir entschieden ab. *(Beifall bei der FPÖ)* Der Sinn und die Idee dahinter, diese Schutzzonen zu errichten ist ja nicht, dass wir mehr Asylanträge bekommen, das ist jener Sinn, dass die Menschen dort in einer sicheren Zone sind auf ihrem Heimatkontinent, ihr Heimatkontinent zuständig ist für sie und sie natürlich auch wieder dann die Möglichkeit haben, schneller zurückzukehren in ihr Heimatland, das ist die Idee dahinter. Ich bitte Sie wirklich, Ihre Haltung noch einmal zu überdenken. Mit dieser Forderung, die Sie hier aufstellen, erreichen Sie keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung zum Status quo. Danke. *(Beifall bei der FPÖ - 13.59 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Es liegt keine weitere Wortmeldung vor, wir kommen damit zur Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1483/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen.

Wir unterbrechen die normale Tagesordnung und kommen zur Dringlichen Anfrage. *(Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten)* Ach so, Entschuldigung, ich wollte jetzt überhaupt schon ... das war ein Test, ob ihr wisst, ob es jetzt zwei oder vier ist. *(Heiterkeit unter den Abgeordneten, Allgemeiner Beifall)* Ihr habt alle den Test bestanden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**7. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1440/1, betreffend Landtag Steiermark Landtagsbeschluss Nr. 326 EZ: 1064/3 betreffend „Zentrales Infrastrukturprojekt zur Entwicklung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes Steiermark: Pyhrn-Schober-Achse“.**

Zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Helga Ahrer. Bitte schön.

**LTabg. Ahrer - SPÖ (14.01 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, werter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer im Zuschauerraum und via Livestream!

Die Strecke Bruck an der Mur – Graz – Maribor – Ljubljana und Koper ist bereits im TEN-Kernnetz enthalten und wird bis 2030 entsprechend der TEN-Richtlinien in Bezug auf Elektrifizierung Mindestachslast von 22,5 Tonnen bei einer Zuglänge im Güterverkehr von 740 m Länge mit mindestens 100 km/h Fahrgeschwindigkeit und mit dem RMDS-Zugsicherungssystem ausgebaut werden. Nun, bevor ich noch genau zu den Erläuterungen komme, weshalb diese wirtschaftliche Notwendigkeit einer Pyhrn-Schober-Achse rechtzeitig und gut ausgebaut werden soll, möchte ich einmal einen Bestandsbericht abgeben, wie es zur Zeit die Situation ist, wenn man hier mit Güterverkehr auf der Schiene unterwegs ist. Zuerst einmal die zulässige Achslast von max. 20 Tonnen stellen für Güterzüge und für

durchgehende Fernverkehrszüge ein Problem dar, nämlich der Bosrucktunnel stellt nämlich auch deswegen aufgrund seiner Anlageverhältnisse insbesondere durch seine Längsneigung von maximal 21 Promille - das ist eine sehr steile Steigung - eine Einschränkung für schwere Güterzüge dar. Demnach können auf dem Streckenabschnitt zwischen dem Bahnhof Selzthal und Spital am Pyhrn nur Züge in Richtung Norden mit einer Taurus-Lokomotive in Einfachtraktion - sprich mit einer Maximallast von 1.020 Tonnen - gefahren werden, und in Richtung Süden ist das Gleiche dann nur mit 1.120 Tonnen möglich. Außerdem hat es in den letzten Jahren Wassereinbrüche gegeben und aufgrund des herrschenden Gebirgsdrucks seit 2015 eine Generalsanierung erforderlich gemacht. Es gibt hier eben in den Jahren 2016 bis heuer, Ende 2017, ein Sanierungsprogramm in der Höhe von 65 Millionen Euro. Genau während dieser Sanierungsarbeiten sind immer wieder Totalsperren des gesamten Bosrucktunnels erforderlich und genau in dieser Zeit müssen diese Güterzüge über Hieflau bzw. über den Tauern umgeleitet werden. Ich brauche, glaube ich, nicht extra erwähnen, dass das natürlich zeitlich ein größerer Aufwand ist. Personenzüge werden in dieser Zeit von einer Totalsperre immer mit Busse im Schienenersatzverkehr geführt zwischen den Bahnhöfen Selzthal, Windischgarsten oder Kirchdorf an der Krems.

Zeit ist Geld, und so hat sich die ÖBB-Infrastruktur schon seit längerem damit befasst, den Neubau des Eisenbahntunnels zu forcieren und es ist auch Ziel zwischen den Bahnhöfen Selzthal und Spital am Pyhrn auf maximal eine Längsneigung auf 16 Promille zu kommen. Wie wäre das möglich? Indem man einen flacheren Tunnel, einfach einen Neubau forcieren würde. Man sprach von einem Zeitraum für die Planung, für die Voruntersuchungen, aber auch für die Unverträglichkeitsprüfungen von acht bis zehn Jahren und auch der Bau würde sechs bis acht Jahre an Zeit in Anspruch nehmen. Kostenpunkt aus heutiger Sicht oder aus der damaligen Betrachtung wäre auf 1,5 Milliarden Euro geschätzt gewesen. Nun, zurzeit ist es allerdings so, wie vielleicht der eine oder andere schon bemerkt hat, dass es gegen den Rahmenplan von 2014 bis 2019 dokumentierten Interventionen der ÖBB und des Bundes, die für den neuen Bosrucktunnelausbau die Planungen bis 2019 bereits fertiggestellt werden hätten sollen und auch diese Kosten bzw. Vorhaben jetzt leider Gottes im neuen Rahmenplan bis 2021 nicht mehr zu finden sind. Auch in Gesprächen mit den ÖBB oder mit den BMViT wurde bestätigt, dass der Neubau und die Lebensdauer der derzeit gesetzten Sanierungsmaßnahmen verschoben wurde und erst frühestens 2040 mit einer Inbetriebnahme eines Neubaus zu rechnen ist. Nun, wie löst man inzwischen die Regelung von Fahrten mit Güterverkehr? Nun, damit die Konkurrenzfähigkeit des Güterverkehrs auf der Pyhrn-Schober-



Achse bestehen bleibt, wird seit 2015 bis auf Weiteres im Schienentransportunternehmen z. B. der RCA, der LT oder der Steiermarkbahn oder DL-Logistik im Bahnhof Selzthal diskriminierungsfrei um 330 Euro eine Vorspannlokomotive angeboten, damit man die vorhin erwähnten angeführten Lasten für eine Doppeltraktion zur Beförderung erreichen kann. Damit können Züge bis Spital am Pyhrn bis zu 1.310 Tonnen bewegen und Richtung Süden bis zu 1.340 Tonnen geführt werden. Diese Lösung bedarf allerdings wiederum einen zeitlichen Aufwand, nämlich es muss eine Lok ja angehängt bzw. vorgespannt oder nachgeschoben werden und es bedarf natürlich auch eines administrativen Aufwandes, denn es muss jeweilig für einen Streckenabschnitt die Neuberechnung der Bremswege, aber auch der Beförderungsvorgaben berechnet werden und das ist ebenfalls ein Zeitfaktor. Dies ist wiederum für unsere steirische Wirtschaft natürlich keine optimale Lösung. Es sind auch im Rahmenplan 2017 bis 2022 auf der Strecke Selzthal – Linz Investitionen in der Höhe von 55 Millionen Euro enthalten, die den Ausbau von Bahnhöfen und Haltestellen, sowie den Neubau vollautomatischer Stellwerksanlagen vorsehen, allerdings nichts zur Beschleunigung unserer Güterzüge bzw. die Forcierung des Wirtschaftsstandortes Steiermark.

Nun, abschließend möchte ich auch noch bemerken, dass es natürlich seitens des Verkehrsressorts die Kooperation der Bundesländer Kärnten, Salzburg, Oberösterreich und Steiermark und deren Sozialpartner weiters fortgesetzt wird. Diese Kooperation hat ja auch die jetzige Lösung zustande gebracht, damit diese Regelung für unseren Güterverkehr zustande kam. In regelmäßigen Sitzungen der bundesländerübergreifenden Pyhrn-Tauern-Kooperation und Abstimmung auf europäischer Ebene sowie mit der ÖBB und BMViT zielen einerseits auf die Vorbereitung zur Anbindung bzw. Anschluss an das TEN-Kernnetz – auch das hätten wir gerne – ab, sowie die zeitgerechte Eintaktung der geologischen Vorarbeiten und Planungen, damit diese so rechtzeitig begonnen werden, dass entsprechend den Vorlaufzeiten zur Umsetzung des Tunnelneubaues die Inbetriebnahme bis spätestens 2040 möglich ist. In diesem Sinne sage ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und schließe mit einem herzlichen „Bahn frei“! *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.10 Uhr)*

**Präsident Dr. Kurzmann:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Schönleitner. Bitte schön.

**LTAbg. Schönleitner – Grüne (14.10 Uhr):** Danke Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nur zwei, drei Sätze dazu. Wir werden diesem Stück nicht zustimmen, ich habe jetzt der Kollegin Ahrer aufmerksam zugehört und am Schluss hat sie es eh noch einmal gesagt: Bis 2040 - das ist der Horizont - wird sich da irgendetwas bewegen. Und ich muss wirklich sagen: Seitdem ich im Landtag sitze, das ist seit 2008, reden wir unentwegt und immer und auch schon mein Vorgänger, der Peter Hagenauer, über die Wichtigkeit der Pyhrn-Schober-Achse. Dann hat es einmal den Vorstoß der seinerzeitigen Ministerin Bures gegeben: „Bei dem Tunnel muss es jetzt ganz schnell gehen, bis 2019 quasi gibt es dann irgendetwas Konkretes an Planung“, und es verzögert sich immer weiter und wird noch weiter nach hinten verschoben. Ich will damit nur sagen: Es ist halt nicht mehr sehr glaubwürdig, dass ÖVP und SPÖ, sei es auf Bundesebene oder hier auch im Land, das wirklich bewerkstelligen können. Es ist zwar schön, wenn wir alle für den Ausbau der Pyhrn-Schober-Achse sind und der wäre wirtschaftlich enorm wichtig - wir sagen das schon seit Jahren -, aber nur wenn wir einen Horizont haben bis 2040, dann ist halt die Glaubwürdigkeit bei diesem Projekt leider nicht mehr ganz so stark. Aus diesem Grund werden wir diesem Stück nicht zustimmen, sind aber natürlich für den Ausbau der Pyhrn-Schober-Achse. Ich meine, jeder, der die Situation – Helga, du hast es eh kurz angesprochen – beim Pyhrn-Tunnel kennt, auch die ganzen Sicherheitsproblemstellungen, die es dort gibt, so würde man doch sagen müssen: Wenn wir es geschafft haben, unentwegt Autobahntunnel zu bauen, jetzt auch wieder zweite Röhre Gleinalm, seinerzeit zweite Röhre Pyhrn-Tunnel, Straßentunnel, was von uns auch gar nicht einmal so kritisch gesehen wurde, so müsste es doch auch möglich sein, einen Bahntunnel zeitgerecht, aber nicht mit einem Horizont eines Bahnausbaues bis 2040 zu planen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 14.12 Uhr)*

**Präsident Dr. Kurzmann:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Gangl. Bitte schön.

**LTAbg. Gangl - ÖVP (14.12 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, die Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen und ZuhörerInnen!

Lieber Lambert, wenn du nach mir gesprochen hättest, hättest vielleicht zugestimmt. Denn, worum geht es bei dieser Regierungsvorlage, die wir zur Kenntnis nehmen wollen? Nämlich, dass wir mit diesem Zeitpunkt 2040 absolut nicht einverstanden sind, weil, wie gesagt, aus dem Rahmenplan die Pyhrn-Schober-Achse herausgefallen ist und wir wollen, dass sie drinnen ist und wir wollen gemeinsam mit den bereits aufgezählten Bundesländern

verwirklichen, dass die Pyhrn-Schober-Achse in das TEN-Netz aufgenommen wird. Wir haben das ja mit einem anderen Netz, mit der Baltisch-Adriatischen Achse mit einem Schulterschluss mit anderen Bundesländern bereits geschafft, warum sollte das nicht noch einmal gelingen? Daher wollen wir ja hier sozusagen den Zeithorizont bei weitem einkürzen, der würde dann – das ist noch immer lang, aber wir wissen, welche Vorlaufzeiten solche Projekte brauchen -, aber der würde dann irgendwo sich doch um 20 Jahre verkürzen. Und warum ist das für die Steiermark so wichtig? Das sehen wir jetzt schon beim Koralmtunnel, wenn wir in die Weststeiermark schauen, dann sehen wir, was sich da jetzt bereits abspielt, obwohl die Strecke noch gar nicht befahren wird, welche Veränderungen es hier bereits entlang der Strecke gibt, welche Betriebsgründungen schon sichtbar sind. Und wir wissen, wie wichtig solche übergeordneten Netze für Regionen sind. Wenn ich die Steiermark europäisch gesehen als Region sehe, dann ist das für uns ein absolutes wichtiges Anliegen. Wir haben ja bereits Einrichtungen, die wir damit stärken können. Die eine Einrichtung ist der Terminal in Werndorf, der sich bestens entwickelt hat, der ein österreichweiter, ja ein europäischer Umschlagplatz für Waren geworden ist, Lagerung und auch Verschickung von Waren geworden ist. Daher hat diese Pyhrn-Schober-Achse für uns absolute Priorität, um an andere große Regionen in Europa besser angeschlossen zu sein. Wir sind ja angeschlossen, es ist nicht gut genug, um noch besser angeschlossen zu sein und daher bitte ich schon, dass wir hier gemeinsam – das tun wir im Endeffekt eh – an einem Strang ziehen. Aber ich denke, wenn es uns gelingt, einen Schulterschluss mit den anderen Bundesländern herzustellen, dass wir hier den Zeithorizont doch deutlich verkürzen können. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.15 Uhr)*

**Präsident Dr. Kurzmann:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1440/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe!

Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Freiheitlichen und der KPÖ mehrheitlich angenommen.

Wir kommen damit zur Behandlung der Dringlichen Anfrage.

Am Montag, dem 20. März 2017 wurde um 13.50 Uhr von Abgeordneten der KPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 1530/1, an Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus betreffend „Hürden bei Kautionsfonds des Landes abbauen“ eingebracht.

Ich erteile Frau Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

**LTAbg. Klimt-Weithaler - KPÖ (14.16 Uhr):** Danke Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landesrätin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Ja, es geht wieder einmal um das Thema Wohnen, und ich sage: Zu Recht, denn im Moment gibt es sehr, sehr viele Menschen, die sich das Wohnen nicht mehr leisten können. Ich habe Ihnen deshalb ein paar Zahlen mitgebracht, bevor ich zur Begründung unserer Dringlichen Anfrage komme. Laut Statistik Austria sind die durchschnittlichen Wohnungskosten in den letzten fünf Jahren um 15 % gestiegen. Die mittleren Löhne und Gehälter allerdings nur um 5 %. Wir sehen schon, welche Diskrepanz es hier gibt. Seit dem EU-Beitritt hat sich die Anzahl der pro Jahr errichteten geförderten Wohnungen halbiert, und 200.000 Haushalte in Österreich haben bereits wohnungsbezogene Zahlungsschwierigkeiten. Wir haben das hier in diesem Haus immer wieder thematisiert und die verschiedensten Anträge gestellt und auch Forderungen diesbezüglich gestellt. Wir haben z. B. immer wieder darauf hingewiesen, dass es wieder notwendig wäre, eine Zweckwidmung der Wohnbauförderung einzuführen. Sie wissen auch, dass in den letzten Monaten immer wieder die Umwandlung der alten Wohnbeihilfe in die neue Wohnunterstützung ein Thema war, weil sie sehr viele Verschlechterungen mit sich bringt. Wir haben Mietzinsobergrenzen gefordert und auch immer wieder die Forderung nach einem Kautionsfonds, nach einem landesweiten Kautionsfonds in der Steiermark gestellt. Warum haben wir das alles gemacht? Weil es eben so ist, dass sich sehr viele Menschen ihre Traumwohnung schon gar nicht leisten können und für einen immer größer werdenden Teil der Menschen auch sogenannte „normale Wohnungen“ einfach nicht mehr leistbar sind. Die Richtwertmieten in der Steiermark im Übrigen zählen zu den höchsten in Österreich und ergeben zusammen mit den auch ständig

steigenden Betriebskosten eine monatliche Belastung für das Wohnen, die mehr als 50 % des Einkommens der Menschen ausmacht. Das muss man sich einmal vorstellen: Mehr als die Hälfte des Einkommens, das jemand im Monat zur Verfügung hat, muss er mittlerweile fürs Wohnen ausgeben. Nicht nur für Mindestpensionisten und Mindestpensionistinnen ist das schlimm und für Erwerbslose oder prekär Beschäftigte, es kommen durch die Situation auch immer mehr sogenannte „Normalverdiener“ ins Schwitzen. Es gab vor einiger Zeit im ORF eine Sendung „Thema“, die sich damit beschäftigt hat und die hat das meiner Meinung sehr gut auf den Punkt gebracht in einem Satz, und ich darf das zitieren: „Der private Wohnungsmarkt in den Städten wurde in den letzten Jahren zunehmend zum preistreibenden Spekulationsobjekt. Miet- und Wohnungspreise explodieren, für den Konsum bleibt immer weniger.“ Das sind die Fakten, meine sehr verehrten Damen und Herren, und wir wissen, oder Sie wissen, wenn Sie sich damit beschäftigen, dass viele Wohnungssuchende auf dem freien Markt überhaupt keine Wohnung mehr finden, weil die erste Hürde schon die hohen Einstiegskosten sind. Dazu gehört eben einerseits die Kautions, aber andererseits auch die Maklergebühren, die sind wiederum ein eigenes Kapitel, auf das ich jetzt gar nicht so intensiv eingehen möchte. Aber: Im Regelfall beträgt eine Kautions drei Bruttomonatsmieten. Es gibt allerdings keine gesetzliche Höchstbegrenzung, d.h. es kann auch sein, dass diese Kautions höher als drei Bruttomonatsmieten ist. Ich kenne auch Mietwohnungen, wo fünf oder mehr Bruttomonatsmieten verlangt werden. Jetzt kommt natürlich dazu, dass natürlich neben dem Aufbringen der Kautions für jemanden, der seine Wohnung wechseln möchte, auch noch andere Kosten dazukommen. Zum Beispiel muss man in der alten Wohnung noch etwas zahlen während der Kündigungsfrist, aber auch der Mietvertrag muss vergibt werden und wie gesagt, dann kommen in dem einen oder anderen Fall auch noch Maklergebühren dazu. Wir haben im Übrigen – also die KPÖ Steiermark – hat im September 2016 dem Nationalrat 7.871 Unterschriften übergeben und gefordert, dass die Maklerprovision für die Mieter und Mieterinnen abgeschafft wird. Das ist jetzt gar keine so weiß Gott was für eine innovative Forderung, denn es gibt einige europäische Länder, wo das bereits der Fall ist, auch in Deutschland ist die Provision nicht von der Person zu zahlen, die eine Wohnung mietet, sondern von der Person, die die Wohnung vermietet, was ja auch einen Sinn macht. Denn die Arbeit, die der Makler oder die Maklerin macht, nützt ja in erster Linie der Person, die die Wohnung vermietet. Angesichts der Tatsache, dass auch in der Steiermark das Wohnen für immer mehr Menschen zu einem finanziellen Problem wird, ist es unserer Meinung nach zwingend notwendig, dass die öffentliche Hand dort, wo sie die Möglichkeit hat, mit Steuern

eingreift. Was aber in der Steiermark derzeit passiert, geht unserer Meinung nach völlig in die falsche Richtung, ich habe es schon erwähnt: Mit der Umwandlung von der Wohnbeihilfe in die Wohnunterstützung neu ist es keine Hilfestellung für viele Menschen, sondern sehr viele Menschen bekommen jetzt weniger Wohnunterstützung oder gar keine mehr. Das trifft natürlich in erster Linie solche Menschen, denen es ohnehin finanziell nicht sehr gut geht, es sind sehr viele Alleinerziehende und Familien betroffen. Meine Fraktion hat unter anderem eben auch immer diesen landesweiten Kautionsfonds gefordert und vorgeschlagen, weil es ja z. B. in der Stadt Graz diese Initiative aufgrund meiner Fraktion schon sehr lange gibt, dass man sich ein Modell anschaut. In Graz gibt es das übrigens seit zehn Jahren und es funktioniert sehr gut. Dort ist es so, dass der Kautionszuschuss von der Stadt Graz direkt an den Vermieter oder die Vermieterin überwiesen wird, die MieterInnen müssen die Kaution nicht zurückzahlen, sie fließt nach der Beendigung des Mietverhältnisses wieder an die Stadt zurück. Wenn es Ausfälle gibt, weil auf die Kaution zurückgegriffen wird, dann ist das nach wie vor der geringere Aufwand und steht in keinem Verhältnis zu dem, der durch die Administration von Kleinkrediten entstehen würde. Auch in der Stadt Knittelfeld gibt es seit einiger Zeit einen Kautionsfonds. Dort ist es auch eine Zuzahlung der Gemeinde, die die Hälfte der Kosten übernimmt, bzw. maximal 700 Euro und die Vergabe erfolgt dort in Form eines Kleinkredites, der dann in kleinen Raten zurückgezahlt werden muss. Meine Kolleginnen und Kollegen von der KPÖ haben in vielen Gemeinderäten Anträge auf die Einführung eines Kautionsfonds gestellt, zuletzt in Voitsberg, dort wurde diese Forderung abgelehnt mit der Begründung: Man warte jetzt einmal, was von Seiten des Landes kommt. Das ist natürlich legitim und auch wir haben uns sehr gefreut, wie wir gehört haben: Es soll nun einen landesweiten Kautionsfonds geben. Die Details haben wir damals noch nicht gekannt. Wir wussten nur, dass künftig 1,5 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre im Landesbudget dafür reserviert sind. Jetzt hat sich aber leider herausgestellt, dass dieses Landesmodell zu bürokratisch und zu aufwändig ist und ich darf Ihnen das Modell jetzt ganz kurz in drei Punkten skizzieren, damit alle wissen, wovon wir sprechen. Erstens: Der Kautionsfonds des Landes sieht vor, dass die Auszahlung über die jeweilige Wohnortgemeinde abgewickelt wird. Zweiter wichtiger Punkt: Der Landeskautionszuschuss muss von den Mietern und Mieterinnen binnen drei Jahren in kleinen Raten wieder zurückgezahlt werden. Das heißt also, dieser Zuschuss ist keine eigentliche Hilfeleistung, sondern ein Mini-Kredit, wenn man es so nennen möchte. Dritter Punkt: Dieses Darlehen kann von der Gemeinde nur gewährt werden, wenn die Finanzen des Empfängers, der

Empfängerin vorher überprüft werden und sowohl die Gemeinde als auch die Landesregierung zustimmt. Das heißt, damit muss jeder einzelne Antrag, den jemand für so einen Kautionszuschuss stellt, in einer Gemeinderatssitzung beschlossen werden. Dass das ein äußerst kompliziertes System ist, liegt meiner Meinung nach auf der Hand, wenn man bedenkt, dass in vielen Gemeinden Gemeinderatssitzungen nur vier bis sechsmal im Jahr stattfinden. Abgesehen davon ist so eine Situation für die Antragsteller und Antragstellerin nicht unbedingt sehr angenehm. Es haben viele Bürgermeister und Bürgermeisterinnen inzwischen kundgetan, dass sie eben aus diesen Gründen nicht diesen Kautionsfonds in Anspruch nehmen werden, auch wenn sie ursprünglich Interesse gezeigt haben, auch wenn ihnen ursprünglich bewusst war, dass eigentlich die Gemeindebürger und -bürgerinnen so etwas brauchen würden. In Kapfenberg z. B., da haben meine zwei Gemeinderatskollegen vor kurzem auch ein Interview in der Kleinen Zeitung dazu gegeben und haben das kritisiert, ich darf daraus zitieren: „Vielen Leuten ist das peinlich, wenn alle Gemeinderäte erfahren, dass sie finanzielle Unterstützung brauchen. Außerdem sei die Zeitspanne zwischen den vier Sitzungen pro Jahr zu groß, dann wären die Wohnungen oder viele der Wohnungen bereits weg. In Graz, wo der aktuelle Kautionsfonds sehr gut funktioniert, will man jedenfalls bei der eigenen Variante bleiben. Von hier kommt auch noch die Kritik dazu, dass man bei diesem Landeskautionsfonds, wenn den die Stadt Graz jetzt übernehmen würde, gleichzeitig ein Mahnwesen einführen müsste. Das steht überhaupt nicht in irgendeiner Relation zu diesen kleinen Beträgen, also dieser Verwaltungsaufwand, den man da zusätzlich hätte. Das heißt, in Graz sagt man: „Nein danke, wir bleiben bei unserer Variante“, und auch in Knittelfeld z. B. ist es so, dass man beschlossen hat, beim eigenen System zu bleiben, weil man festgestellt hat, dass dieses sowohl für die Gemeindebürger und -bürgerinnen, als auch für die Gemeinde weitaus besser ist. In der Kleinen Zeitung werden auch die Bürgermeister von Wagna und Gleisdorf zitiert, beide finden – ich zitiere: „Die Abwicklung viel zu kompliziert!“ Das sind jetzt im Moment die Fakten, und weil wir glauben, dass es notwendig ist, dass man neu über diesen landesweiten Kautionsfonds nachdenkt, wenn nämlich nur ein Drittel der Gemeinden überhaupt diesen Kautionsfonds anbieten will, weil ihnen eben diese Abwicklung zu aufwändig und zu kompliziert ist, dann sollte man von Seiten der Landesregierung unserer Meinung nach schnell auf diese Probleme reagieren. Es ist auch schade, möchte ich an dieser Stelle anmerken, dass man das im Alleingang gemacht hat und nicht mit den anderen Parteien z. B. auch in einem Unterausschuss darüber geredet hat, dann hätte man sich verschiedene Modelle anschauen und auch auf Erfahrungswerte zurückgreifen können. Diese Erwartungen

wurden von unserer Seite her nicht erfüllt und damit wir jetzt in Diskussion kommen, darf ich an dich, Frau Landesrätin, folgende Dringliche Anfrage stellen:

1. Inwiefern muss der Antragsteller/die Antragstellerin von der Gemeinde vor Zuerkennung des Mini-Darlehens in Bezug auf seine/ihre finanzielle Situation geprüft werden?
2. Wie ist das genaue Prozedere in der Gemeinde für die Gewährung des Kautionszuschusses - Beschluss des Gemeinderats, Zustimmung der Gemeindeabteilung, Landesregierungsbeschluss etc.?
3. Wie viele Gemeinden haben auf den "Call zum Kautionsfonds" geantwortet?
4. Wie viele Gemeinden sind aufgrund der Probleme wieder abgesprungen?
5. Welchen Grund geben diese Gemeinden für ihre Ablehnung an?
6. Mit wie vielen Gemeinden wurde nun schlussendlich eine Vereinbarung getroffen bzw. in wie vielen Gemeinden wird der Kautionsfonds tatsächlich angeboten?
7. Wie viele dieser Gemeinden sind SPÖ-geführt und wie viele sind ÖVP-geführt?
8. In welcher Form stellen Sie sich eine Beteiligung von "Partnern wie die Caritas" vor, wie Sie in der Kleinen Zeitung vom 17.3.2017 zitiert werden?

Und ich darf um Antwort bitten. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ - 14.29 Uhr)*

**Präsident Dr. Kurzmann:** Sehr geehrte Damen und Herren, bevor wir fortfahren, begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Landesberufsschule 7 für FriseurInnen und StylistInnen unter der Leitung von Frau Dipl.-Päd. Ingrid Koller sehr herzlich. *(Allgemeiner Beifall)* Ich begrüße hier bei uns auch die Damen und Herren des Pensionistenverbandes Ortsgruppe Feldbach unter der Leitung von Obfrau Monika Schöberl. Herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)* Ich erteile Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt.

**Landesrätin Mag. Kampus - SPÖ (14.31 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrte Abgeordnete, vor allem aber liebe Besucherinnen und Besucher, schön, dass Sie heute bei uns sind!

Ja, zu einem Thema, das immer für heftige Diskussionen sorgt, das Thema Wohnen, und ich möchte mit einem beginnen, damit es da auch keine Missdeutungen und Unklarheiten gibt. Ich möchte mit einem Bekenntnis zum Kautionsfonds beginnen, zum Kautionsfonds, wie wir ihn aufgesetzt haben und wie er geplant und gedacht ist und seinen Zweck erfüllen wird, die



Menschen in der Steiermark, die Steirerinnen und Steirer darin zu unterstützen, wenn es darum geht, leistbares Wohnen wirklich auch realisieren zu können. Von diesem Ziel, nämlich die Menschen zu unterstützen, werden wir keinen Millimeter abrücken, und deswegen ein klares Bekenntnis auch unsererseits zum Kautionsfonds. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Nun zu den Modalitäten der Abwicklung. Auch wenn die KPÖ das möglicherweise anders sieht, das ist ihr gutes Recht. Ich halte sehr viel davon, den Kautionsfonds in den Gemeinden und mit den Gemeinden abzuwickeln. Gemeinden und Bürgermeister sind in vielen, vielen Arbeitsgebieten unsere treuesten Partner. Und in Gemeinden ist das Wissen ob der Menschen, wo die Bedürfnisse sind, naturgemäß sehr, sehr groß. Deswegen macht es Sinn, diesen Kautionsfonds auch gemeinsam mit den steirischen Gemeinden abzuwickeln, auch dazu ein klares Bekenntnis von mir. Es macht Sinn, die steirischen Gemeinden einzubeziehen. Und es ist leider so, da finden wir uns, ja, es gibt noch immer viel zu viele Menschen in der Steiermark, die sich oft einen Wohnungswechsel nicht leisten können, weil sie an der Kautions scheitern. Deswegen, auch wenn es jetzt einzelne Stimmen gibt, die diesen Kautionsfonds schlechtreden wollen: Wir werden uns nicht beirren lassen. Erstmals gibt es steiermarkweit einen Kautionsfonds, erstmalig können alle Steirerinnen und Steirer auf diesen Kautionsfonds zurückgreifen. Und ich weiß nicht, ob das wirklich so wenig ist, wir haben 80 steirische Gemeinden, die sich am Kautionsfonds beteiligen. Ich halte das für ganz beachtlich und möchte mich an dieser Stelle auch bei den steirischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern bedanken, dass wir in so vielen Bereichen so gut zusammenarbeiten. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Wir haben jetzt die Situation, dass für manche Gemeinden der Aufwand, den Kautionsfonds abzuwickeln, zu groß erscheint. Da habe ich Verständnis dafür, die Gemeinden, wie gesagt, haben so viele Aufgaben zu tragen, sie haben so viele unterschiedliche Dinge zu tun – ich habe volles Verständnis dafür. Deswegen: Selbstverständlich haben wir weitere Möglichkeiten gefunden, wie die Steirerinnen und Steirer mit der Gemeinde, aber auch ohne die Gemeinde, zum Kautionsfonds Zugriff haben können. Wir werden die Möglichkeit eröffnen, auch über andere Wege den Kautionsfonds in Anspruch nehmen zu können, das ist unser Ziel. Unser Ziel ist, dass die Mittel dorthin kommen, wo sie hingehören, nämlich zu jenen Menschen in der Steiermark, die sich sonst einen Wohnungswechsel, eine Kautions nicht leisten könnten. Wir haben, wie gesagt, viele Gemeinden, die uns da begleiten, sollte für die eine oder andere Gemeinde der Aufwand zu groß sein, habe ich dafür Verständnis, dann werden wir andere Wege finden, wie die Bürger

trotzdem den Kautionsfonds in Anspruch nehmen können. Und das ist das, was uns wichtig ist, nämlich, dass die Steirerinnen und Steirer bestmöglich seitens dieser Landesregierung unterstützt werden. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Das ist ja eigentlich nichts Neues. Es ist ja bekannt, dass wir auf Landesebene z. B. schon mit großen Trägern zusammenarbeiten, z. B. mit der Caritas zusammenarbeiten, wo es um Armutsbekämpfung geht, wo es um Wohnungslosenhilfe geht, d.h. es ist kein neuer Weg, das ist ein bewährter Weg, und auch diesen Weg werden wir gemeinsam einschlagen, wenn es um das Thema Kautionsfonds geht. Wir haben große und bewährte Träger wie z. B. die Caritas, wie z. B. die Volkshilfe, die auch in diesen Fragen dem Land Steiermark sehr gerne als Partner zur Seite stehen werden. Deswegen möchte ich den Menschen sagen, gerade weil heute so viele hier sind, ich möchte Ihnen eines sagen: Fürchtet euch nicht, diese Landesregierung tut alles, damit die Menschen in diesem Land, die wirkliche Unterstützung brauchen, die notleidend sind, die in Armut leben, von Armut bedroht sind, dass all diese Menschen eine Unterstützung bekommen. Da ist das Thema Wohnen und da ist der Kautionsfonds eine wesentliche Hilfe. Deshalb werden wir uns von diesem Weg auch nicht abbringen lassen, jenen Menschen unter die Arme zu greifen, die gerade in einer schwierigen Lebenssituation sind. Und ich bin ein bisschen überrascht insofern, und Claudia Klimt-Weithaler, du hast es jetzt auch erwähnt, deswegen möchte ich darauf eingehen: Das Grazer Modell, ein möglicherweise bewährtes Modell, ja, von der KPÖ entwickelt, dann bin ich überrascht, wenn heute in Zeitungen zu lesen ist, dass – und das muss man sich schon vorstellen – in einer Gemeinde empfohlen wird von der KPÖ, diesen Kautionsfonds ja nicht zu beschließen, d.h. damit die Menschen ja keinen Zugang zu dieser Sozialleistung haben, und dann wird als einer der Gründe angeführt: „Weil die 500 Euro zu wenig sind“, genau jener Betrag, der auch in Graz ausbezahlt wird. Es ist schon richtig, viele Menschen würden mehr brauchen, aber was ist Sinn auch dieser 1,5 Millionen Euro, die das Land zur Verfügung stellt? Dass möglichst viele Menschen diesen Fonds in Anspruch nehmen können, dieses Ziel wird damit erreicht. Das heißt, trotz möglicher Querschüsse: Wir lassen uns den Kautionsfonds sicher nicht schlechtreden, wir bleiben beim Kautionsfonds, wir bleiben bei dem, dass wir dafür da sind, die Steirerinnen und Steirer bestmöglich zu unterstützen.

Nun darf ich zur Beantwortung der an mich gestellten Fragen kommen.

Zur Frage 1: Die Gemeinden haben analog zu anderen freiwilligen sozialen Leistungen, wie z. B. Heizkostenzuschuss – um nur einen zu nennen – die beschlossenen Einkommensgrenzen für die Gewährung des Kautionsbeitrages zu überprüfen.

Zur Frage 2: Das Sozialressort ist verantwortlich für die Gewährung und Abwicklung der Förderung an die teilnehmenden Gemeinden, diese erhalten eine Musterrichtlinie für den notwendigen Beschluss im Gemeinderat. Bei Bedarf erhalten sie eine Vorlage für die Darlehensabwicklung. Die weitere Abwicklung obliegt der jeweiligen Gemeinde.

Zur Frage 3: Mit Stichtag 01.01.2017 haben 80 Gemeinden einen Förderantrag gestellt.

Zur Frage 4: Eine Gemeinde hat am 09. Jänner 2017 ihren Antrag zurückgezogen.

Zur Frage 5: Es wurde kein Grund für die Zurückziehung angegeben.

Zur Frage 6: 79 Gemeinden haben einen Förderantrag abgegeben.

Zur Frage 7: Von diesen sind 36 SPÖ-Gemeinden und 43 ÖVP-Gemeinden.

Zur Frage 8: Für die Zukunft darf ich mitteilen, dass wir es ermöglichen werden, den Kautionsfonds entweder wie bisher über die Gemeinde oder zusätzlich über dritte gemeinnützige Träger bzw. gemeinnützige Vereine abzuwickeln.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.39 Uhr)*

**Präsident Dr. Kurzmann:** Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder, sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Krautwaschl. Bitte, Frau Abgeordnete.

**LTAbg. Krautwaschl – Grüne (14.39 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, ein herzliches Willkommen an alle, diesmal sehr zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörer.

Ich wollte mich eigentlich gar nicht unbedingt zu Wort melden zu dem Punkt, aber es sind jetzt ein paar Dinge gefallen, auf die ich doch gerne eingehen möchte, weil sie mich doch berührt haben. Prinzipiell habe ich die Dringliche Anfrage der KPÖ nicht so erlebt, dass es darum geht, diesen Kautionsfonds anzugreifen, ich hätte eher gedacht, dass es darum ginge, den Kautionsfonds so aufzustellen, dass er möglichst vielen Menschen möglichst schnell und unkompliziert zugute kommen kann. Also ich finde das nicht ganz gerechtfertigt prinzipiell. Das Anliegen, etwas zu verbessern heißt ja nicht, dass man es aus Prinzip angreift. Ich würde auch meine Wortmeldung gerne so verstanden haben, dass es mir darum geht, hier möglichst schnell Unterstützung genau für diese Menschen zu erreichen, von denen Sie gerade gesprochen haben, nämlich Menschen, für die das Grundbedürfnis Wohnen einfach aufgrund all dieser Bedingungen in unserer Gesellschaft nicht mehr leicht leistbar ist. Das scheint ja ein gemeinsames Anliegen zu sein, also ich versuche ja auch immer herauszufinden in den

Diskussionen hier: Was verbindet uns eigentlich? Wenn es das gemeinsame Anliegen ist, dann würde es jetzt darum gehen aufgrund der Rückmeldungen, die ich zumindest aus vielen Gemeinden, auch aus meiner eigenen, habe: Man möchte das ja gerne machen, man möchte den Menschen helfen, aber es scheint doch relativ kompliziert zu sein mit diesem System, das vorgeschlagen wurde. Da möchte ich jetzt einfach anbringen und kann es mir nicht ganz verkneifen, eben anzubringen, dass es halt im Bereich Wohnen jetzt die zweite Sache ist, wo wir das Gefühl haben: Es ist vielleicht gut gemeint gewesen, ich glaube das ja auch – ich stelle das überhaupt nicht in Abrede, dass da eine gute Absicht dahinter steht -, aber es ist in der Umsetzung offensichtlich nicht ganz optimal bis jetzt. Der zweite Bereich war heute ja schon Thema: Wohnungsunterstützung, auch hier unterscheiden sich offensichtlich halt unsere Informationen ein bisschen von denen, die Sie haben, weil einfach die Menschen, die halt dann doch viel länger warten und trotz Abgabe aller Unterlagen viel länger warten, als das heute gesagt wurde, offensichtlich dann eher zu uns kommen. Ich weiß nicht, woran es sonst liegen könnte. Jedenfalls glaube ich bei dem Kautionsfonds, es scheint so zu sein nach allen Rückmeldungen, die ich bekomme: Hier ist ein Veränderungsbedarf gegeben. Wir haben heute im Zusammenhang mit Special Olympics schon sehr viel über Schwächen und Stärken gesprochen und ich finde, es wäre ein erster Schritt, vielleicht einzugestehen, dass es hier Veränderungsbedarf gibt und relativ rasch dann diese Dinge zu adaptieren, damit es schnell und unkompliziert geht. Ich habe jetzt sehr wohl wahrgenommen, dass auch gesagt wurde: „Es wird auch eine Abwicklungsmöglichkeit abseits der Gemeinden geben“, ich halte das für extrem wichtig. Nämlich aus dem Grund – Claudia Klimt-Weithaler hat es eh auch kurz erwähnt, glaube ich -, dass es für Menschen in den Gemeinden, wo sie jeder kennt, und je kleiner Gemeinde desto schwieriger es oft ist, mit solchen Anliegen überhaupt in den Gemeinderat zu kommen, wo sie wissen, dass das jeder einfach mitbekommt. Deshalb halte ich halt eine andere Form der Abwicklungsmöglichkeit für wichtig und bin auch froh, wenn das jetzt so angedacht wird. Ja, für mich ist es das Wichtigste, dass den Menschen geholfen wird, die das brauchen. Ich hätte ja gedacht, dass die Landesregierung das selbst so bewerkstelligen kann und schnell diesen Kautionsfonds quasi adaptieren kann. Jetzt habe ich das Gefühl: Das ist eher nicht so gewünscht. Wir werden aus diesem Grund dem Entschließungsantrag, der noch von der KPÖ folgen wird, zustimmen, dass man da eine Überarbeitung herbeiführt und das möglichst so macht, dass es wirklich schnellstmöglich bei den Betroffenen ankommt. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 14.43 Uhr)*

**Präsident Dr. Kurzmann:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. (*LTA*bg. *Klimt-Weithaler*: „*Ich melde mich noch einmal – Entschließungsantrag!*“) Bitte schön.

**LTA**bg. **Klimt-Weithaler - KPÖ** (14.44 Uhr): Danke Herr Präsident!

Nachdem ich vorher Wortmeldungen gesehen habe, habe ich gedacht, es gibt noch Redner und Rednerinnen, aber offensichtlich haben die ihre Wortmeldungen alle zurückgezogen, was auch ein Zeichen ist, dass einen das nicht wirklich interessiert.

Gut, ich muss noch einen Entschließungsantrag einbringen, möchte vorher auch auf ein paar Dinge eingehen, die du jetzt gesagt hast, Frau Landesrätin. Eigentlich hat eh die Sandra Krautwaschl zu Beginn schon das gesagt, was mir auch ein Anliegen ist. Und ich muss ganz ehrlich sagen: Ich bin immer wieder überrascht, wie sehr du dich oft persönlich angegriffen fühlst, wenn man hier eine parlamentarische Anfrage stellt. Das hat selbstverständlich nichts mit deiner Person zu tun. Und wenn wir hier seit Jahren einen Kautionsfonds fordern, dann erscheint mir das jetzt auch ein bisschen eigenartig, wenn das so dargestellt wird, wie: „Die KPÖ will das ja gar nicht.“ Natürlich wollen wir das, aber wenn es Schwierigkeiten gibt, dann wird man das, glaube ich, auch aufzeigen dürfen. Wir haben ja gesehen, wie das bei der Wohnunterstützung war, wie oft uns da gesagt wurde: „Ist alles in Ordnung“, und dann hat man sich doch dazu entschlossen, zumindest einen Teil zu novellieren. Und genauso ist es hier jetzt auch. Niemand stellt sich her und sagt: „Wir brauchen keinen Kautionsfonds“, im Gegenteil, wir brauchen ihn sehr dringend. Nur, wenn wir nach kurzer Zeit merken, dass es nicht so gut läuft, wie man sich es vielleicht vorgestellt hat, und ich will ja auch niemandem unterstellen, dass man jetzt hergegangen ist und das möglichst kompliziert machen wollte, aber dann muss man doch auf das eingehen. Wieso kann man sich nicht hinstellen und sagen: „Ja, wir möchten es gerne so gut wie möglich machen“? Warum muss man da hergehen und eine andere Fraktion so hinstellen, als würde sie irgendetwas madig reden. Ich möchte das hier wirklich noch einmal gesagt haben: Um das geht es nicht, es geht um die Inhalte und es geht um die Sache. Du hast auch gesagt, du haltest sehr viel davon, diesen Fonds mit den Gemeinden gemeinsam abzuwickeln. Auch dagegen spricht selbstverständlich nichts. Wenn aber offensichtlich die Gemeinden nicht sehr viel davon halten, das über sie selbst laufen zu lassen, dann muss ich mir doch als Landesregierung die Frage stellen: Warum melden sich dann nur 80 Gemeinden? In allen Gemeinden in der Steiermark gibt es Probleme, wenn es um das Thema Wohnen geht. Wenn dann nur 80 Gemeinden sagen: „Ja, wir nehmen das in Anspruch“, dann muss ja irgendetwas nicht passen. Da wäre es doch sinnvoll, sich mit den

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hinzusetzen und zu sagen: „Sagt uns eure Vorschläge, oder wie glaubt ihr, dass es funktioniert, dass es besser werden kann?“

Nächster Punkt, du hast auch erwähnt: „Alle Steirer und Steirerinnen können in den Genuss kommen.“ Das stimmt jetzt eben noch nicht. Jetzt können nur die diesen Kautionsfonds in Anspruch nehmen, die entweder eine Gemeinde haben, die selbst einen initiiert hat, oder in jenen Gemeinden leben, wo eben dieser landesweite Kautionsfonds derzeit angeboten wird. Und du hast uns gerade gesagt: „Es sind 80 bzw. 79“, also da sind wir weit davon entfernt, dass alle Steirer und Steirerinnen das in Anspruch nehmen können und das scheint ja unser beider gemeinsames Ziel zu sein, dass wir wollen, dass alle, die es notwendig haben, dieses Ziel auch erreichen können. Wenn du jetzt sagst: „Wir werden Möglichkeiten eröffnen, dass auch jene Steirer und Steirerinnen, die in Gemeinden leben, wo es bis dato keinen gibt“, und wo auch die Bürgermeister sagen: „Nein, der vom Land interessiert uns nicht“, dass die auch in den Genuss kommen sollen, dann finden wir das gut. Deswegen gibt es ja auch die Dringliche Anfrage, um zu hören, was geplant ist. Und das ist auch nicht so, dass man uns da gleich wieder unterstellen muss: „Die böse KPÖ will jetzt nicht, dass man mit Trägern zusammenarbeitet.“ Wir möchten gerne wissen, was geplant ist, welche Möglichkeiten. Noch einmal, das finde ich schon ganz besonders keck, sage ich jetzt einmal: Du sagst, in der Zeitung sei drinnen gestanden, dass die KPÖ, ich nehme an, wir reden von dem Artikel von den Gemeinderäten in Kapfenberg, über die da geschrieben wurde, dass die empfehlen, den Kautionsfonds nicht zu beschließen in der Gemeinde. Also, wir haben dort zwei Gemeinderäte. Erfahrungsgemäß können die empfehlen, was sie wollen, der Gemeinderat wird nach einer Mehrheit beschließen. Und nachdem die zwei nicht die Mehrheit haben, wird der Beschluss nach anderen Mehrheitsverhältnissen zustande kommen, entweder ja oder nein. Dass die die gleiche Kritik an diesem landesweiten Kautionsfonds üben, wie der eigene Bürgermeister aus Wagna und der andere aus Gleisdorf, das hast du dabei unerwähnt gelassen. Also, ich verstehe nicht, warum man so erpicht ist darauf zu sagen, dass die KPÖ ganz böse ist und immer nur wortwörtlich „Querschüsse“ schießt. Es gibt Möglichkeiten, einem Medium mitzuteilen, was man von einer Sache hält und das haben die beiden Gemeinderäte genützt.

Nächster Kritikpunkt, du sagst: „In Graz gibt es den Kautionsfonds und dort bekommt man maximal 500 Euro.“ Jetzt gehen die beiden Gemeinderäte in Kapfenberg her und kritisieren genau diese Höhe, ja das ist richtig. Aber man sollte folgende Information dazu auch dazusagen: In Graz wird der Kautionsfonds ausschließlich über das Wohnungsressort

finanziert. In Graz gab es nämlich keine Budgetmehrheit dafür, dass man den Kautionsfonds über das gesamte Stadtbudget erstreckt. Das heißt, ich finde, wenn man die Zahlen kennt, die das Wohnungsressort generell zur Verfügung hat, dann sind die 500 Euro eh sehr hoch angesiedelt. Dass die natürlich, wenn jetzt das Land Steiermark einen Kautionsfonds ausschüttet, dass man hier durchaus höher ansetzen könnte, diese Kritik möge auch erlaubt sein.

Dann hätte ich noch eine Frage zu deiner Beantwortung zum zweiten Punkt. Ich hoffe ... ich habe noch eine Frage zu deiner Beantwortung zum zweiten Punkt. Du hast zwar erklärt, wie das Prozedere jetzt abläuft, dass die Gemeinden zuerst ansuchen müssen, dass sie dann einen Vorschlag bekommen von der Sozialabteilung und dass es dann über die Gemeinde abgewickelt werden muss. Was uns aber interessieren würde – aber vielleicht habe ich das nicht klar genug gesagt, aber in der Frage steht es zwar eigentlich drinnen -, es geht uns ja darum: Muss jeder einzelne Antrag im Gemeinderat beschlossen werden? Weiß also dann der Gemeinderat XY, dass die Frau Z um einen Zuschuss aus dem Kautionsfonds ansucht? Das ist die Frage, die wir hier klären müssen, denn das ist auch das, was von den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen draußen kritisiert wird. Die Sandra Krautwaschl hat es auch gesagt, das ist nicht so einfach in einer kleinen Gemeinde hinzugehen und zu sagen: „Ich hätte bitte gerne einen Zuschuss, denn mir fehlt es an Geld“, und der gesamte Gemeinderat weiß Bescheid. Das ist nicht angenehm. Und eine Bitte, bevor ich den Entschließungsantrag einbringe, habe ich auch noch: Wir haben gesehen, dass die Einführung der neuen Wohnunterstützung eine Sache wäre, die uns hier wahrscheinlich noch Monate beschäftigen wird, weil man einfach hergegangen ist und etwas auf den Tisch geknallt hat – wenn ich das so salopp formulieren darf – und gesagt hat: „Das ist jetzt das Allerbeste!“ Sämtliche Kritikpunkte hat man in den Wind geschlagen. Es ist genauso passiert wie jetzt, man ist nur hergegangen und hat gesagt: „Ihr tut die Leute verunsichern, ihr erzählt Lügen, ihr habt falsche Zahlen!“ Bitte machen Sie den Fehler jetzt bei dem Kautionsfonds nicht wieder! Versuchen wir gemeinsam eine Lösung zu finden, die wirklich dann den Steirern und Steirerinnen hilft und die nicht wieder so ein Schuss vor den Bug ist, wie die Wohnunterstützung.

Ich darf in diesem Zusammenhang jetzt folgenden Entschließungsantrag einbringen. Wir stellen den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die die Landesregierung bei der Verbesserung des Kautionsfonds berät und zu der Vertreter,

Vertreterinnen aller Landtagsfraktionen, Vertreter und Vertreterinnen der Gemeinden der Städte, der A7, Gemeinderecht und des Verfassungsdienstes einzuladen sind.

Ich glaube, das wäre eine sinnvolle Arbeitsgruppe, die dann wirklich auf die Erfahrungen zurückgreifen kann und wo man wirklich das Modell, dass es jetzt schon gibt, dahin verbessern kann, dass man wirklich diese Lösung hat, die wir uns alle wünschen. Nämlich, dass wir damit einen Beitrag leisten, dass es für die Menschen in der Steiermark wieder leichter wird, leistbar zu wohnen. Da geht es nicht um persönliche Befindlichkeiten und da geht es nicht um irgendeinen Grant, den du vielleicht auf uns hast, sondern da geht es wirklich darum, dass wir schauen, wie wir zu einer guten Lösung kommen können. Danke schön.  
*(Beifall bei der KPÖ - 14.53 Uhr)*

**Präsident Dr. Kurzmann:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ Einl.Zahl 1530/2 betreffend Arbeitsgruppe zur verbesserten Gestaltung des Kautionsfonds einrichten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe!

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP und den Freiheitlichen.

Damit ist die Behandlung der Dringlichen Anfrage beendet.

Damit ist auch die Tagesordnung beendet.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 25. April 2017 statt. Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem d.h. elektronischem Weg eingeladen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

*(Ende der Sitzung: 14.54 Uhr)*